

Preußische Allgemeine

Nr. 26 · 2. Juli 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



KULTURKAMPF UM ENGLAND

Wie Aktivisten in Großbritannien gegen angeblichen Rassismus und Sexismus kämpfen Seite 2



Preußen Vor 75 Jahren wurde Königsberg zu Kaliningrad Seite 3



Grüne Landesparteitag im Saarland zeigt Nachteile des Frauenstatuts Seite 4

FOTOS: SHUTTERSTOCK [M]; PA; IMAGO/BECKERBRENDEL

AUFGEFALLEN

Der Abstand zählt, nicht der Anstand

Rücktritte von öffentlichen Ämtern gibt es, seit es öffentliche Ämter gibt. Grund dafür sind in der Regel Verstöße gegen die allgemeinen Anstandsregeln: wenn zum Beispiel ein Politiker in einer wichtigen Angelegenheit der Lüge überführt wurde oder der Steuerhinterziehung oder der Annahme eines finanziellen Vorteils.

Natürlich gehört zu den althergebrachten Rücktrittsgründen auch, wenn ein Amtsträger bei einer außer-ehelichen Liaison erwischt wurde. Denn auch dies gilt als klarer Verstoß gegen die allgemeinen Anstandsregeln. Zumindest bis jetzt.

Denn bei letzterem Punkt scheinen sich gerade die Wertmaßstäbe zu verschieben, zumindest, wenn man den Sturz des britischen Gesundheitsministers Matt Hancock betrachtet. In der vergangenen Woche hatte das Boulevardblatt „The Sun“ Bilder veröffentlicht, die zeigen, wie der verheiratete Minister eine Frau umarmte und küsste. Zum Verhängnis wurde dem 42-Jährigen jedoch nicht das außereheliche Verhältnis, sondern der mit dem Kuss verbundene Verstoß gegen die Corona-Regeln! Wer diese Regeln aufstelle, so Hancock in einer Videobotschaft zur Welle der Empörung, müsse sich selbst daran halten.

Hätte Minister Hancock beim Austausch der Zärtlichkeiten mit seiner Mitarbeiterin – also dem Verstoß gegen die Anstandsregeln – auf die Einhaltung der Abstandsregeln geachtet, wäre er somit vermutlich noch im Amt. Noch Fragen? *neh*

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Das doppelte Scheitern der westlichen Wertegemeinschaft

Während die NATO-Truppen aus Afghanistan abziehen, offenbart der Terroranschlag von Würzburg die wachsende Unsicherheit in Europa und Nordamerika

VON RENÉ NEHRING

Die Eilmeldungen über das Attentat in Würzburg waren kaum gesendet, da folgten die üblichen Relativierungen. Als am vergangenen Freitag in der fränkischen Universitätsstadt ein Somalier drei Frauen mit einem Messer tötete und sieben weitere Menschen schwer verletzte, wurde umgehend berichtet, dass sich der Täter zuvor in psychiatrischer Behandlung befunden hatte.

Dass der Mörder bei seiner Tat den radikalislamischen Schlachtruf „Alahu akbar“ ausgerufen haben soll, wurde von zahlreichen Medien selbst dann verschwiegen, als der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) vom „eklatanten Verdacht“ eines „islamistischen Hintergrunds“ sprach. Abgesehen davon, dass es den Opfern egal sein dürfte, ob der Somalier sie aus einem terroristischen Motiv heraus attackierte oder weil er psychisch krank ist, sind die Zahlen eindeutig. In der Polizeilichen Kriminalstatistik des BKA für 2019 betrug der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei allen Straftaten außer Verstößen gegen das Ausländerrecht 30,4 Prozent, bei Gewaltverbrechen sogar 37,5 Prozent – bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 12,4 Prozent.

Auch wenn Millionen Ausländer gut integriert in Deutschland leben und nicht straffällig werden, ist somit Fakt, dass Mi-

granten weit überdurchschnittlich an schweren Straftaten beteiligt sind. Doch anstatt das Problem offen zu benennen und eine Diskussion über seine Ursachen – und mögliche Lösungen – zuzulassen, wird es immer wieder verschwiegen. Und das nicht nur in Deutschland, sondern nahezu überall in der westlichen Welt.

Ernüchternde Erkenntnisse

Ein Problem ganz anderer Art ist der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan. Grundsätzlich ist das Ende der Mission am Hindukusch nach fast zwanzig Jahren überfällig. Doch markiert der Abzug keinen Triumph, sondern ein Scheitern der westlichen Streitkräfte. Als das Bündnis unter Führung der USA 2002 in das Land einmarschierte, war das erklärte Ziel nicht nur die Vertreibung des Terrorregimes der Taliban, sondern auch das „Nation Building“, also der gezielte Aufbau eines demokratischen Staatswesens. Die Macht der von den USA auserkorenen Politiker im Lande reichte jedoch immer nur so weit wie die Präsenz der NATO-Truppen. Überall dort, wo diese nun abziehen, berichten Medien umgehend von Überläufen afghanischer Truppen zu den Taliban.

Gemein ist beiden Ereignissen, dass sie ein breites Zurückweichen des Westens markieren. Zeigt der Abzug aus Afghanistan, dass die NATO-Staaten nicht mehr in der Lage sind, ihr Wertesystem in andere Gesellschaften zu exportieren, so

belegen die unzähligen Attentate wie das von Würzburg, dass die westlichen Mächte auch zuhause Sicherheit und Ordnung nicht mehr gewährleisten können.

Ursachen für diese Entwicklung gibt es viele. Neben dem Verweigern einer offenen Debatte über die Lage gehört dazu die westliche Gleichheitsdoktrin. Seit Jahrzehnten verkünden Politiker, Philosophen und Publizisten, dass die Werte des Westens universell sind und beliebig weitergegeben werden können. Heute müssen wir nüchtern erkennen, dass Menschenrechte selbst mit militärischen Mitteln nicht beliebig exportierbar sind – und dass nicht jeder, der zu uns kommt, auch unsere Wertvorstellungen teilt.

Nicht zuletzt gehört zu den Ursachen des Niedergangs die Selbstverleugnung der Fundamente der westlichen Welt. Während in islamischen Gesellschaften religiöse Scharfmacher den eigenen Glauben überhöhen und gegen alles Fremde zu Felde ziehen, setzen Ideologen in Europa und Nordamerika den eigenen Glauben, die eigene Kultur und Geschichte zunehmend herab. Selbst die Mathematik wurde von „Woke“-Aktivisten inzwischen als „rassistisch“ gebrandmarkt. Ist es angesichts dieser Selbstvergessenheit ein Wunder, dass der Westen nicht mehr leuchtet?

Fakt ist, dass eine Gesellschaft, die sich ihrer Grundlagen nicht mehr sicher ist, über kurz oder lang auf einem wackeligen Fundament steht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das saudische Königshaus plant ein arabisches Silicon Valley in der Wüste Seite 7

Kultur

Vor 400 Jahren wurde der Fabeldichter Jean de la Fontaine geboren Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Königsberg fördert mit Finanzspritzen den Erhalt des kulturellen Erbes Seite 13

Reise

Tirol: Brixental in den Kitzbüheler Alpen ist das Ziel vieler Einheimischer Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Cancel Culture Aktivisten kämpfen gegen angeblichen Rassismus und Kolonialismus und für LGBT-Inklusion. Doch anders als in den meisten westlichen Ländern stemmt sich die Regierung Johnson gegen den neuen Kulturkampf

Die Löschkultur trifft selbst die Queen

Wie Teile der politischen Linken mittels Denkverbots und Zensur versuchen, die britische Geschichte zu tilgen

VON CLAUDIA HANSEN

Die Cancel Culture (Löschkultur) macht vor nichts und niemandem Halt, selbst nicht vor dem Staatsoberhaupt. Vor Kurzem votierten die älteren Studenten eines der renommiertesten und reichsten Oxford-Colleges dafür, eine große Fotografie von Elizabeth II. aus ihrem Versammlungsraum zu verbannen. Die Königin stehe „für manche Studenten für die koloniale Herrschaft“ und sei deshalb inakzeptabel, begründete die Versammlung des noch im Mittelalter gegründeten Balliol College die Entscheidung. „Einfach absurd“, sagte Bildungsminister Gavin Williamson zum „Canceln“ der Queen.

Angriff auf die britische Geschichte

Der Vorfall, der zur „Times“-Titelgeschichte wurde und hohe Wellen schlug, illustriert das Ausmaß und die Schärfe, die der Kulturkampf und die Cancel Culture in Großbritannien inzwischen angenommen haben. Aktivisten versuchen, mehr oder minder prominente und „umstrittene“ historische oder zeitgenössische Personen auszulöschen.

Meist trifft es Statuen – als erstes die Bronzefigur von Edward Colston, dem Unternehmer und Mäzen in Bristol, der als führendes Mitglied der Royal African Society im späten 17. Jahrhundert am Sklavenhandel beteiligt war. Im Rausch der „Black Lives Matter“-Proteste stürzte ein Mob die Colston-Statue vergangenes Jahr ins Hafenbecken von Bristol. Weitere Persönlichkeiten mit Kolonialverbindungen wurden von Aktivisten attackiert, etwa der Imperialist Cecil Rhodes in Oxford. Manchmal wird auch Sippenhaftung betrieben wie beim liberalen Premier William Gladstone, der nicht selbst, sondern dessen Vater Sklaven besaß. Die Universität Liverpool löschte den Namen „Gladstone“ von einem Studentenheim. Auch Kunstwerken wie dem großen Wandgemälde aus den 1920ern im Restaurant der



Seit Jahrzehnten um Verständigung in alle Richtungen bemüht und nun dennoch Opfer der „Cancel Culture“: Queen Elisabeth II

Tate Gallery in London, das in einer Ecke eine winzige schwarze Person in Ketten zeigt, droht die ewige Verdammnis; der Raum wurde versiegelt.

Vergangenen Sommer beschmierten Protestler das Podest der Winston-Churchill-Statue vor dem Parlament mit den Worten „... war ein Rassist“. Da hörte für Premierminister Boris Johnson, der ein großer Bewunderer des Kriegspremiers ist, der Spaß auf.

Die Regierung Johnson hat beschlossen, sich der Cancel-Culture-Bewegung entgegenzustellen. „Wir werden nicht erlauben, dass die britische Geschichte gecancel wird“, schrieb Kulturminister Oliver Dowden in einem Gastbeitrag im

konservativen „Telegraph“. Er wolle keinen „maoistischen“ Ansatz (Maos Kulturrevolution wollte alles Alte auslöschen). Die Museen und Kultureinrichtungen, die vom Staat Geld erhalten, sollten, so Dowdens Ansicht, nicht von einer linksliberalen „Metropolen-Blase“ gesteuert werden.

Widerstand seitens der Regierung

Bildungsminister Gavin Williamson hat den lautstarken „progressiven“ Zensoren und Cancel-Culture-Aktivisten an den Universitäten den Kampf angesagt. Werden eingeladene Redner aufgrund von Protesten ausgeladen, sollen sie künftig auf Schadenersatz klagen können. Die

Liste der verhinderten Vorträge ist inzwischen lang. Darauf stehen erstaunlich viele Feministinnen, die quer zu den Transgender-Dogmen stehen, wonach das biologische Geschlecht praktisch gar nicht existiere oder irrelevant sei.

Im Parlament fällt die „Gleichheitsministerin“ Kemi Badenoch immer wieder mit scharfem Widerspruch gegen die linken „Progressiven“ auf. Badenoch, die in Nigeria aufwuchs, hat sich dem Kampf gegen den neulinken, anti-weißen Neorassismus verschrieben, der im Gewand der „Critical Race Theory“ daherkommt. Nach dieser Theorie sind alle Weißen das Produkt einer rassistischen Gesellschaft und fast schon genetisch Rassisten und

somit schuldig, während die Schwarzen einen angeborenen Opferbonus erhalten.

Seit „Black Lives Matter“ ist auch das Gerede von „Weißen Privilegien“ lauter geworden. Auch an Schulen wird die These vom „White Privilege“ inzwischen gelehrt. Dabei ist es undifferenziert und vernebelt tatsächliche soziale Spaltungen in der britischen Gesellschaft. Ganz unten sind nämlich nicht nur die Schwarzen oder ethnischen Minderheiten, sondern in Teilen des Landes ist eine sozial abgehängte weiße Arbeiter- und Unterschicht entstanden, der es schlechter als den Zugewanderten geht. Ein vor zwei Wochen publizierter Bericht des Bildungsausschusses des Unterhauses zeigte etwa, dass es Kinder dieser weißen Unterschicht nur sehr selten (und seltener als Schwarze) auf die Universität schaffen. „Was diese weißen Kinder erleben, ist das genaue Gegenteil von Privilegien“, sagte der Ausschussvorsitzende Robert Halfon. Sofort folgte ein Aufschrei linker und schwarzer Aktivisten, die ihm einen „Culture War“, Rassismus und Spaltung der Gesellschaft unterstellten.

Verliert die Linke den Kulturkampf?

Dabei ist die Johnson-Regierung bemerkenswert wach und entschlossen, keine Verdrehung der Verhältnisse zuzulassen. Jedem nicht voreingenommenen Beobachter ist klar, dass die Linke den Kulturkampf begonnen hat. Dazu gehört nicht nur der Kampf gegen die Vergangenheit des Landes, sondern auch der zunehmend bizarre Geschlechterkrieg der LGBT-Bewegung (Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle).

Nun gibt es in der Linken allerdings Sorgen, dass sie den Kulturkrieg verlieren könnten, weil die schrillen „progressiven“ Aktivisten in der breiten Mitte der Gesellschaft wenig Begeisterung erzeugen. Bei den Wahlen haben die Konservativen in alten Industrieregionen gewonnen, Labour wird praktisch nur noch von jungen urbanen Milieus gewählt.

TRANS-DEBATTE

Wenn „Trans-Männer“ Babys die Brust geben

Sieben bizarre und bedrückende Beispiele vom Kampf an der britischen LGBT-Front

Besonders verbissen wird in dem neuen Kulturkampf um „Trans-Fragen“ gekämpft. Es geht dabei um all jene Themen rund um sogenannte Transgender-Personen. Lobbygruppen der LGBT-Bewegung (Lesben, Schwule, Bi- und Trans-Gender) drängen darauf, die Sprache und das Verhalten der Bürger zu verändern. Nachfolgend einige Vorfälle aus der jüngeren Zeit.

1) Aus Rücksicht auf gebärende „Trans-Männer“ sollen Hebammen künftig andere Begriffe für das Stillen von Babys verwenden. Statt „die Brust geben“ (breast-feeding) soll es „Brustkorb-Füttern“ (chest-feeding) heißen, statt „Muttermilch“ soll neutral von „Human Milk“ (Menschenmilch) gesprochen werden. Diese Richtlinien erließ das Universitätskrankenhaus von Brighton im staatlichen Gesundheitsdienst National Health Service. Das Seebad Brighton gilt als LGBT-Hochburg. Der bekannte TV-Moderator Piers Morgan kritisierte die neue Sprachregelung als „PC-Nonsense, der das Gegenteil des Gewünschten zur Folge hat“.

2) Die LGBT-Organisation Stonewall fordert Lehrer auf, nicht mehr „Jungen und Mädchen“ zu sagen, sondern stattdessen „Lernende“, wie der „Daily Telegraph“ meldete. Schon Grundschulkindern sollen lernen, ihr „bevorzugtes Pronomen“ zu nennen: („he/him“ für männliches Gender, „she/her“ für weibliches Gender und „they/them“ für Transgender). Es soll nicht mehr getrennte Toiletten, Sport-Umkleiden und Duschen für Jungen und Mädchen geben, sondern jeder soll sie nach seinen Vorlieben benutzen. Auch soll es keinen getrennten Sportunterricht mehr geben. Die konservative Elterninitiative Safe School Alliance UK kritisierte dies scharf. Stonewall hat in den Jahren 2015 bis 2019 fast drei Millionen Pfund staatliche Förderung erhalten und verdient Millionen mit „Diversity“-Programmen für Unternehmen. Die Ministerin für Gleichberechtigung, Liz Truss, hat aber jüngst staatliche Stellen aufgefordert, nicht mehr an Stonewall-Programmen teilzunehmen.

3) Während der „School Diversity Week“ müssen schon fünfjährige Grundschulkindern Mathematikaufgaben lösen, die sich hauptsächlich um „Trans-Personen“ drehen: „Harley (eine nicht-binäre und gender-nichtkonforme Person, die they/them-Pronomen verwendet) verteilt als freiwilliger Helfer Wasser an Marathonläufer. Sie (they – gemeint ist Harley) haben 15 Flaschen für 25 Läufer. Wie viel Flaschen muss Harley noch kaufen?“ lautet eine typische Aufgabe. Die School Diversity Week wird vom Bildungsministerium unterstützt, Hauptsponsor ist Facebook. Die Safe School Alliance kritisierte, es gehe hier „nicht um Inklusion, sondern Indoktrination“.

Bewirkte der High Court die Wende?

4) Zahlreiche Großunternehmen, darunter auch die Supermarktkette Sainsbury's, sind inzwischen auf eine „Unisex-Klo“-Politik umgeschwenkt. Nachdem eine Sainsbury-Angestellte beklagte, dass in die Frauentoilette nun faktisch Männer

zugelassen werden, wies Finanzvorstand Kevin O'Byrne, der für LGBT-Fragen zuständig ist, die Kritik zurück. Die Mitarbeiter müssten noch viel mehr über LGBT-Inklusion aufgeklärt werden. Sainsbury's beschäftigt in Großbritannien fast 200.000 Mitarbeiter.

5) Ein heißes Eisen ist der Umgang mit Straftätern, die sich als Transpersonen bezeichnen. „Transfrauen“ (also biologische Männer, die sich zu Frauen erklären) dürfen in Frauengefängnisse. Die Kriminologin Jo Phoenix von der Open University, die das als gefährlich ansieht, wurde nach wüsten Protesten von einer Konferenz ausgeladen. Aufsehen erregte der Fall der „Transfrau“ Karen White, die im Frauengefängnis mehrere Insassinnen vergewaltigte und missbrauchte.

6) Auch wegen solcher Probleme gibt es zunehmend „transkritische“ Feministinnen wie die Autorin J.K. Rowling, die das Transgender-Engagement von Organisationen wie Stonewall ablehnen. Viele sind auch besorgt über die stark steigen-

de Zahl von Kindern und Jugendlichen, die als vermeintliche Transgender vom NHS mit Hormonen und Pubertätsblockern behandelt und später geschlechts-umgewandelt werden. Die Patientenzahl ist um mehr als 2500 Prozent auf rund 2000 im Jahr gestiegen. Vor ein paar Monaten stoppte das Höchste Gericht (High Court) die Vergabe von Pubertätsblockern an Kinder.

7) Eine Wende in der Trans-Debatte könnte der Fall der Wissenschaftlerin Maya Forstater sein. Sie hatte trans-ketzerische Ansichten auf Twitter geäußert („Ich glaube, dass männliche Menschen keine Frauen sind. ... Es geht um Biologie“). Wegen solcher Aussagen hatte ihr Arbeitgeber, das Centre for Global Development, ihren Job gekündigt. Ein Arbeitsrichter hatte ihre Klage abgewiesen, ihre Ansichten „verdienen keinen Respekt in einer demokratischen Gesellschaft“. Vor wenigen Wochen urteilte aber der High Court, dass Forstaters Ansichten von der Meinungsfreiheit gedeckt seien. C.H.

Als Ostpreußens Hauptstadt und mit ihr das untergegangene Preußen am Boden lagen: Ruinen von Königsberg am Ende des Zweiten Weltkriegs Foto: pa



Kein Abschied von Königsberg

Vor 75 Jahren, am 4. Juli 1946, wurde Ostpreußens Hauptstadt Königsberg von der Sowjetunion in Kaliningrad umbenannt. Gedanken über den Versuch der Tilgung einer europäischen Metropole aus der Geschichte

VON KLAUS WEIGELT

Ostpreußen und seine Hauptstadt Königsberg haben 1945 eine fast 700-jährige Geschichte verlassen und neue Geschichten beginnen müssen, die inzwischen ein Dreivierteljahrhundert alt sind. Ostpreußen als regionale Einheit hat aufgehört zu bestehen. Es lebt fort in der Erinnerung derer, die dort ihre Heimat haben, und in zahlreichen Geschichtsbüchern. Die aktuelle Realität zeigt dem Blick auf die Europakarte einen litauischen, einen polnischen und einen russischen Teil des alten Ostpreußen, teilweise mit ahistorischen Bezeichnungen, insbesondere in der russischen Kaliningradsckaja Oblast.

Die traditionelle Geschichte Ostpreußens wurde bereits zuvor von den Nationalsozialisten in ihrem Sinne verfälscht, als ostpreußische Städte wie Stallupönen Willkürnamen wie Ebenrode erhielten, also vermeintlich deutsche Bezeichnungen, die man einer deutschen Geschichte Ostpreußens aus nationalistischen Gründen schuldig zu sein vermeinte. Die Russen setzten die nationalsozialistische Sicht auf ihre Weise fort und nannten Stallupönen jetzt Nesterow zum Zeichen eines russischen Neubeginns.

Der Anfang vom Ende

Die Jahre 1945/46 bilden die tragische zeitliche Mitte der 150 Jahre, die seit der Reichsgründung und der Kaiserkrönung vom 18. Januar 1871 bis ins Jahr 2021 vergangen sind. Dieser historische Akt nach dem Deutsch-Französischen Krieg nahm zwar Bezug auf die Selbstkrönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrichs III. in Königsberg zum König Friedrich I. in Preußen am 18. Januar 1701, war aber in jeder Hinsicht ein völlig anderes Ereignis. Merkwürdig war schon, dass man für diesen Akt der nationalen Selbstrepräsentation als Ort Versailles aussuchte, das bedeutendste Schloss der Könige Frankreichs, des gerade besiegten Feindes.

Ein halbes Jahrhundert später sollte sich dieser grobe politische Fauxpas rächen: Das im Ersten Weltkrieg von den europäischen

Mächten und den USA niedergedrängte Deutschland und seine Verbündeten wurden mit den Pariser Vorortverträgen der Alliierten gedemütigt, so Deutschland mit dem Versailler Vertrag (1919) und Ungarn mit dem Vertrag von Trianon (1920).

Die Reichsgründung 1871 bedeutete aber auch das sukzessive Verschwinden Preußens im Deutschen Reich. Die bleibende Streitfrage ist bei diesem Vorgang, was schließlich die Alliierten im Jahre 1947 dazu veranlasst haben mag, den Staat Preußen durch ein „Kontrollratsgesetz“ „aufzulösen“. War es die schon damals stark kritisierte Germanisierungspolitik des Deutschen Reiches gegen Polen? War es die unbewiesene und unhaltbare Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges? War es das Versagen Preußens und des Reiches in der Weimarer Republik? Oder war es schließlich der definitive Verrat an allem, was Preußen an Tradition, Geschichte, Kultur und Werten bis heute ausmacht, durch das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten und seinen im Zweiten Weltkrieg demonstrierten „Militarismus“?

Allein der letzte Gesichtspunkt reicht sicher aus. Aber die Argumentation ist dennoch falsch. Eine historisch gewachsene und über Jahrhunderte geachtete Größe wie Preußen wird durch Verrat nicht einfach obsolet. Die Verräter wurden obsolet und verschwanden, längst geschmäht, auf dem Kehrlichthaufer der Geschichte. Preußen nicht.

Von der Hanse und der Reformation über die Aufklärung und die Preußischen Reformen bis hin zu den Königsberger Naturwissenschaften, zu Literatur und Kunst lebt Preußen weiter im Gedächtnis der Menschheit. Bis heute steht es in reichhaltiger Gestalt wie auch das traditionsreiche Königsberg als seine Hauptstadt am Pregel mit seiner jahrhundertelangen Geschichte unzertrennbar vor den Augen der Welt.

Geistloser Akt der Siegermächte

Deswegen war es nicht nur ein geistloser Akt der Siegermächte, Preußen aufzulösen, sondern es war auch ein Akt geschichtsloser Ignoranz, Königsberg vor 75 Jahren nach einem sowjetischen Politiker zu benennen, der zwar ein getreuer Lakai des Diktators Josef Stalin

war, der ansonsten aber weder Charakter noch die geringste Qualität aufwies, dem einmaligen Rang Königsbergs auch nur näherungsweise zu entsprechen. Als „Kaliningrad“ gehört die altehrwürdige Stadt seit 75 Jahren in eine Welt, die nicht mehr zur weiterlebenden preußischen Tradition zu zählen ist.

Unverändert bleibt der Satz bestehen, den der Archivar und Historiker Fritz Gause am Ende des dritten Bandes seiner „Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen“ als Kommentar zur Ausreise der letzten Königsberger 1948 schrieb: „Die siebenhundertjährige Geschichte Königsbergs nahmen die Ausreisenden mit in ihr Vaterland. Was sie hinter sich ließen, war Kaliningrad.“

Die Beharrlichkeit der Königsberger

Seit über 70 Jahren haben die Königsberger mit der Stadtgemeinschaft Königsberg (gegründet 1949), mit der Patenstadt Duisburg (seit 1951), mit dem „Königsberger Bürgerbrief“ (seit 1960), mit dem Museum Stadt Königsberg (1968–2016) und den großen Kant-Ausstellungen 2004 und 2010 sowie mit der Stiftung Königsberg (gegründet 2003) die Geschichte ihrer Stadt fortgeschrieben, ihr bis ins 21. Jahrhundert bleibende Gestalt und Präsenz verliehen und so manches Neue an Geschichte und Kultur hinzugefügt, das Bild Königsbergs also reicher und vollständiger gemacht.

Seit dreißig Jahren, seit der Öffnung der Oblast nach über 40-jähriger „Quarantäne“, hat es auch ständige Versuche einer friedlichen deutsch-russischen Zusammenarbeit gegeben, von denen das 450. Jubiläum der Albertina im Jahre 1994 an besten gelungen ist. Das Stadtjubiläum 2005 feierten die Regierung der Russischen Föderation mit dem Oblastj-Gouvernement als „60 Jahre Kaliningrad“, die Königsberger mit Kaliningrader Bürgern als „750 Jahre Königsberg“ getrennt.

Auch die erste Kant-Ausstellung nach dem Krieg in Königsberg 2009, mit russischem Katalog, blieb ein kaum erwidertes Angebot von Seiten der Königsberger an Kaliningrad. Erst der Königsberger Stammzellen-Kongress von 2018 wurde wieder ein echtes deutsch-russisches wissenschaftliches Ereignis wie das Universitätsjubiläum. Was die Zukunft brin-

„Wer schreibt, der bleibt“, sagt ein altes Sprichwort. Die Königsberger haben das ihrige dafür getan, dass ihre Stadt nicht vergessen wird, wie immer auch die weitere Entwicklung im russischen Kaliningrad vonstattengeht

gen wird, hängt weniger von den zahlreichen Kaliningrader Freunden der Königsberger ab als von der politischen Großwetterlage zwischen Europa und der Russischen Föderation.

Was von Königsberg bleibt

Von einer preußischen Prägung der Stadt kann heute, außer bei einigen verbliebenen Vierteln, kaum mehr gesprochen werden, dafür aber von einer uniformen modern-großstädtischen Entwicklung und zusätzlich von einer russisch-orthodoxen Ausrichtung der ehemals evangelisch und katholisch erkennbaren Stadt, an die nur noch der Dom auf dem Kneiphof erinnert.

Mit dem Blickwechsel der Kaliningrader nach Osten geht auch eine Mentalitätsveränderung einher, die auch das Verhältnis zu den benachbarten Polen und Litauern beeinflusst, die zur Europäischen Union gehören.

75 Jahre sind ein Menschenleben. Königsberger wird es bald nicht mehr geben. Damit geht auch die authentische Sicht auf die Stadt in die Geschichte ein. „Wer schreibt, der bleibt“, sagt ein altes Sprichwort. Die Königsberger haben das ihrige dafür getan, dass ihre Stadt nicht vergessen wird, wie immer auch die weitere Entwicklung im russischen Kaliningrad vonstattengeht.

Die Gemeinsamkeit der ersten Jahre zwischen Russen und Deutschen nach der Öffnung der Oblast 1991 kann jederzeit wieder aufgenommen und fruchtbar weiterentwickelt werden. Grundlagen sind der in Lüneburg entstehende Neubau der Königsberg-Abteilung, die Kant-Ausstellung 2024 zum 300. Geburtstag des großen Weltweisen, die Garantie zukünftiger Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg über die Stiftung Königsberg im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, vor allem aber die durch neue, junge Mitglieder des Stadtgemeinschaftsvorstandes gesicherte Zukunft Königsbergs noch für viele Jahre.

● Klaus Weigelt ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. Zu seinen Büchern gehört u.a. „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ (Westkreuz-Verlag 2019). www.stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

MELDUNGEN

Linke Gewalt nicht registriert

Potsdam – Wie aus einer Antwort der brandenburgischen Landesregierung auf eine Kleine Anfrage hervorgeht, demonstrierten gegen den Berliner AfD-Landesparteitag im März in Schönwalde-Glien, Landkreis Havelland, neben brandenburgischen Landtagsabgeordneten der Linkspartei und Grünen auch Linksextremisten vor dem Veranstaltungsgelände. Im Rahmen dieser sogenannten Gegendemonstration kam es zu Straftaten. Auf Nachfrage informierte die Landesregierung nun, dass „die Straftaten nicht durch den Kriminalpolizeilichen Meldedienst im Bereich der politisch motivierten Gewalt registriert“ wurden. Begründet wurde dies damit, dass „die Handlungen abseits des Versammlungsgeschehens begangen wurden“. N.H.

Umfrage zu „Geflüchteten“

Berlin – Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Civey im Auftrag der Diakonie Deutschland hat das Ergebnis erbracht, dass 62,5 Prozent der Deutschen die weitere Aufnahme von „Geflüchteten“ ablehnen: 47,3 Prozent wollen „auf keinen Fall“ noch mehr „Geflüchtete“ und weitere 15,2 Prozent tendieren „eher“ zu dieser Haltung. Auf die Frage, ob die bisher aufgenommenen „Geflüchteten... gut in der Gesellschaft angekommen“ seien, antwortete eine Mehrheit von 57,8 Prozent mit „eher nein“ oder „nein, auf keinen Fall“. Der Diakonie-Präsident Ulrich Lilie quittierte das Ergebnis der Untersuchung umgehend mit der Forderung, den „furchtbaren rechten Vereinfachern“, welche die Armen hierzulande gegen die „Geflüchteten“ ausspielen, dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, dass der Staat auch deutlich mehr für deutsche Hartz-IV-Empfänger tue. Nur dann laufe die „Wir-oder-ihr-Logik“ der „fremdenfeindlichen“ „Populisten“ ins Leere. W.K.

Hacker-Bande aus der Ukraine

Kiew – Polizeibehörden der Ukraine, Südkoreas und der Vereinigten Staaten ist ein Schlag gegen eine ukrainische Bande gelungen, die auf Rechnern von ausländischen Firmen und Bildungseinrichtungen Schadprogramme installiert hat. Mit den Programmen wurden Daten von Unternehmen in Südkorea und den USA verschlüsselt. Für die Freischaltung der Rechner forderte die Bande von den Firmen Lösegeld in Kryptowährung. Im Falle der Nichtzahlung drohten die Kriminellen mit der Preisgabe vertraulicher Daten der Opfer. Der Gesamtschaden beläuft sich auf umgerechnet 500 Millionen US-Dollar. Die Strafverfolgungsbehörden führten insgesamt 21 Durchsuchungen in der ukrainischen Hauptstadt und in der Region Kiew durch. Offenbar haben die Ermittler bislang nur Teile der Bande ausgehoben. Wenige Tagen nach den Durchsuchungen und Verhaftungen wurde ein neuer Angriff auf ein Unternehmen bekannt, bei dem im Namen der Bande erneut ein Lösegeld gefordert wurde. N.H.

VON HERMANN MÜLLER

Nach einem Höhenflug im Frühjahr sieht eine aktuelle Insa-Umfrage die Grünen nur noch bei 19 Prozent und damit nur noch knapp vor der SPD. Als maßgebliche Gründe hierfür gelten die Unstimmigkeiten im Lebenslauf, die verspäteten Meldungen von Nebeneinkünften und missglückte öffentliche Auftritte der grünen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock.

Vorsitzende fiel zweimal durch

Nun entwickelt sich ihr Landesverband im Saarland zu einer weiteren Belastung für den Wahlkampf ihrer Partei. Die Delegierten der Saar-Grünen haben bei der Aufstellung einer Wahlliste für den Bundestag ihre Landesvorsitzende Tina Schöpfer in drei Wahlgängen durchfallen lassen. Am Ende entschied der frühere Landesvorsitzende Hubert Ulrich die Wahl zum Spitzenkandidaten für sich. Möglich wurde seine Wahl, weil die Versammlung nach dem dritten Wahlgang den eigentlich für Frauen vorgesehenen Listenplatz eins für Männer geöffnet hatte.

Baerbock monierte danach: „Wir haben uns das anders gewünscht.“ Zudem verwies Baerbock darauf, dass es „aus gutem Grund bei uns in der Partei eine Frauenquote“ gebe.

Gemäß einem bereits 1986 bei den Grünen eingeführten sogenannten Frauenstatut müssen Listenaufstellungen für Wahlen der Spitzenplatz und alle folgenden ungeraden Plätze mit Frauen besetzt werden. Männer haben bei den Grünen lediglich dann eine Chance, Spitzenkandidat zu werden, wenn entweder keine Frau für Platz eins kandidiert oder wenn eine Frau bei der Listenwahl durchfällt.

Wahl eines Mannes zur Nummer eins

Die Aufforderung von Bundesgeschäftsführer Michael Kellner an den saarländischen Landesvorstand, die Listenwahl zu überprüfen und gegebenenfalls zu wiederholen, bezeichnete der gewählte Spitzenkandidat Hubert Ulrich als „unfassbaren Vorgang“ und „massiven Eingriff in die Autonomie des Landesverbandes“.

Die Listenaufstellung der Saar-Grünen hat noch aus einem anderen Grund bundesweites Interesse auf sich gezogen. Wie schon im Rennen um den Spitzenplatz unterlag Tina Schöpfer auch im Rennen um Platz zwei der Landesliste. Die Delegierten wählten stattdessen die damalige stellvertretende Landesvorsitzende Irina Gaydukova. Schon kurz nach dem Parteitag tauchte im Internet ein Videomitschnitt auf, der vermuten lässt, dass die in der Ukraine geborene 53-Jährige nur wenig Ahnung von der grünen Politik hat. Auf dem Parteitag waren Gaydukova drei Fragen zu Kernthemen der Grünen ge-



Wählten nicht so, wie es die Bundesführung wollte: Landesparteitagmitglieder bei der Abstimmung Foto: imago/BeckerBredel

GRÜNE

„Wir haben uns das anders gewünscht“

Landesparteitag im Saarland zeigt Schattenseiten des Frauenstatuts

stellt worden. Die Befragte war nicht einmal in der Lage, als Antwort einen der Standardsätze aus dem grünen Wahlprogramm herunterzuleiern. Die Kandidatin mit Bundestagsambitionen zeigte sich völlig ratlos. Inzwischen hat die zeitweise Nummer zwei die Partei auf eigenen Wunsch wieder verlassen.

Austritt nach Wahl zur Nummer zwei

Mitglieder mehrerer Ortsverbände haben sich mittlerweile zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um gegen die Landesliste und die Wahl von Ulrich zum Spitzenkandidaten vorzugehen. Ein „Grünes Bündnis Saarland“ teilte mit, „das offensichtliche und rücksichtslose Hinwegsetzen über das Frauenstatut“ sei weder für die Grünen im Saarland noch für den Bundesverband hinnehmbar. Mit den Anfechtungsversuchen gegen die

Landesliste wächst die Gefahr, dass die Saar-Grünen am Ende ganz ohne Wahlliste dastehen.

Obendrein hat die Kritik der grünen Kanzlerkandidatin auch noch die Aufmerksamkeit auf das Frauenstatut der Partei gelenkt. Zumindest einem Teil potentieller Wähler der Grünen wurde möglicherweise erst damit bewusst, was die Grünen unter Gleichberechtigung von Frauen und Männern verstehen. Neben Vorgaben zur Aufstellung von Wahllisten enthält das Frauenstatut auch eine Regelung zum Rederecht von Männern. So sieht das Statut vor, auf Versammlungen immer abwechselnd Frauen und Männer zu Wort kommen zu lassen. Falls es nur noch Wortmeldungen von Männern gibt, sind nur die anwesenden Frauen berechtigt, darüber zu entscheiden, ob die Debatte fortgesetzt wird.

Aufschlussreich ist auch ein Blick in das Wahlprogramm der Grünen zur Bundestagswahl. Darin heißt es: „Es wird Zeit für eine feministische Regierung.“ Das Programm sieht zudem vor, die „Stiftung Gleichberechtigung“ zu „einer effektiven Institution“ auszubauen, die „wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung“ entwickelt. Angesprochen ist damit die „Bundesstiftung Gleichstellung“. Das Stiftungsprojekt hatten CDU/CSU und SPD bereits 2018 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Mit der Umsetzung hat sich die Koalition viel Zeit gelassen. Erst Ende Mai ist das Gesetz zur Errichtung einer „Bundesstiftung Gleichstellung“ in Kraft getreten. Die Umsetzung auf den letzten Metern der Legislatur bewertete ein Kommentator in der „Neuen Zürcher Zeitung“ als „Vorbereitung auf Schwarz-Grün im Bund“.

FELDHEIM

60 Windkraftanlagen auf 130 Einwohner

Viele gehen sogar krank zur Arbeit, um den pausenlosen Drehgeräuschen zu Hause zu entfliehen

Mit 60 Windkraftanlagen auf seiner Feldheim ist das brandenburgische Dorf Feldheim-Treuenbrietzen, Landkreis Potsdam-Mittelmark für Außenstehende eher ein Fanal oder Schreckgespenst denn ein Vorzeigedorf. Doch genau damit rühmen sich die Bewohner des 130-Einwohner-Dorfes. Es ist der einzige energieautarke Ort Deutschlands.

Das kleine Feldheim versorgt sich selbst mit Strom und Wärme aus Windkraft, Solaranlagen und Biogas. Im Einvernehmen mit der örtlichen Agrargenossenschaft hat das überregional tätige Unternehmen Energiequelle GmbH zusammen mit dem Anlagenbauer Enercon seit 1994 im Osten, Süden und Norden der Ortschaft die Windparks mit einer

Gesamtleistung von zuletzt 80 Megawatt errichtet. Zusammen mit den Feldheimer Einwohnern und Firmen gründete Energiequelle die Feldheim Energie GmbH & Co. KG, in der die örtlichen Grundstückseigentümer Kommanditisten sind. Über ein eigenes Nahwärme- und Niederspannungsnetz erhalten ihre Häuser den Wind- und Solarstrom und werden von einer Biogasanlage beheizt. Das Dorf selbst benötigt nur bis zu 0,5 Prozent des erzeugten Stroms. Der Rest wird in das Verbundnetz eingespeist. Seit 2015 stabilisiert ein Lithium-Ionen-Speicher mit einer Leistung von zehn Megawatt das lokale Stromnetz. Den gespeicherten Strom können die Kommanditisten verkaufen, wenn Spitzenpreise gezahlt wer-

den. Das regionale Regelkraftwerk wurde ebenfalls von Energiequelle und Enercon unter anderem mit öffentlichen Mitteln realisiert.

Irgendwann aber hatten selbst viele der Energiewende-bewussten Bürger des Musterdorfes genug. Im Juni 2015 gab ihnen die „Berliner Morgenpost“ eine Stimme: „Der Ökoterror mit den Windrädern muss ein Ende haben.“ Dennoch gingen bis 2018 noch 13 weitere Windräder von jeweils 206 Metern Gesamthöhe ans Netz. Noch mehr als bisher fiel damit das „selbstgenügsame Dorf“ auch seinen Nachbarn zur Last. Darüber berichtete die „Märkische Allgemeine“ („MAZ“) im Februar 2016: „Bei Anwohnern aus Lüdenorf stehen die unter anderem auf Waldgrund-

stücken realisierten Projekte wegen der Lärmbelästigung in der Kritik.“ Mitgeteilt wurde an anderer Stelle auch, dass die Einwohner der umliegenden Gemeinden lieber krank zur Arbeit gehen, als den Schallemissionen der Feldheim-Windräder 24 Stunden lang ausgesetzt zu sein.

Der Fall Feldheim ist nur eine von zahllosen derartigen Geschichten aus Mitteldeutschland. Journalisten und Politiker, die immer wieder über die Gründe für die „spezielle“ politische Stimmung in den östlichen Bundesländern spekulieren, wären vor diesem Hintergrund gut beraten, einmal vor Ort zu erkunden, wie stark die Menschen durch ihre im Namen der Klimapolitik versehrte heimatliche Umgebung traumatisiert sind. D. Jestrzowski

BRANDENBURG

Parteien tricksen mit der Verfassung

Änderungen sollen die Rechte der Opposition im Landtag beschneiden – Gemeint ist die AfD

VON NORMAN HANERT

Auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2018 legte sich die CDU auf einen Unvereinbarkeitsbeschluss fest, der „Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland“ ausschließt. In einigen Landesparlamenten zeigt sich inzwischen jedoch ein anderes Bild: In Erfurt amtiert mittlerweile schon seit dem Frühjahr 2020 die linksgeführte Minderheitsregierung von Bodo Ramelow durch eine partielle Duldung durch die CDU. In Schwerin wurde vergangenes Jahr auf Vorschlag der Linkspartei Barbara Borchard zur Richterin am Landesverfassungsgericht gewählt – mit Stimmen der CDU. Borchard ist Mitbegründerin einer vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation.

Bemerkenswert sind auch aktuelle Pläne zur Änderung der brandenburgischen Landesverfassung, die im Potsdamer Landtag diskutiert werden. Die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Linkspartei sowie die Fraktion von BVB/Freie Wähler haben zwei Entwürfe zur Änderung der Verfassung vorgelegt, um dort den Kampf gegen den Anti-Antisemitismus als Staatsziel zu verankern. Mit beiden Entwürfen wollen die beteiligten Fraktionen zudem auch die Freundschaft zu Polen in der Verfassung verankern.

Vizeposten soll verweigert werden

Die Freien Wähler wollen obendrein auch noch den Auftrag zur Vertiefung der europäischen Integration in die Verfassung schreiben. Die AfD-Fraktion wirft Rot-Schwarz-Grün vor, die Verfassung damit für Symbolpolitik missbrauchen zu wollen: „Wer Juden im Land schützen will, der muss Grenzen kontrollieren und importierte Antisemiten konsequent abschieben“, so der AfD-Fraktionschef Christoph Berndt.

Nötig ist für die Verfassungsänderungen eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag. Die Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen ist damit nicht zuletzt auf Stimmen der Linksfraktion angewiesen.

Gleiches gilt für eine weitere geplante Verfassungsänderung, die sich auf das Landesparlament bezieht. Gemäß der aktuell noch gültigen Rechtslage hatte die



Regierungsmehrheit will ihn stürzen: Parlamentsvize Andreas Galau (AfD) im Potsdamer Landtag

Foto: pa

AfD nach der Landtagswahl im Herbst 2019 das Recht, als zweitstärkste Fraktion einen Posten des Vizepräsidenten des Parlaments mit einem ihrer Abgeordneten zu besetzen. Die AfD-Fraktion entschied sich, den ehemaligen Berliner Landesbeamten Andreas Galau ins Rennen zu schicken.

Bereits die Wahl Galaus zum Landtags-Vizepräsidenten im Jahr 2019 war eine Hängepartie, weil Abgeordnete von SPD, Grünen und Linkspartei bereits vor der Wahl erklärten, sie würden für keinen AfD-Politiker votieren. Am Ende wurde Galau doch bestätigt. Durchgesetzt hatte sich damit auch ein Stück weit praktische Vernunft, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten.

Inzwischen sieht sich Galau Vorwürfen ausgesetzt, er sei als Vizepräsident des Parlaments nicht mehr tragbar, weil er bei Corona-Protesten mit Antisemiten und Rechtsextremen zusammengetroffen

sei. Auf der Tagesordnung steht nun nicht nur die Abwahl des Landtags-Vizepräsidenten, sondern gleich auch noch eine generelle Beschneidung der Rechte der Opposition.

Bislang sieht Artikel 69 der brandenburgischen Verfassung bei der Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Landtages ein „Vorschlagsrecht (der Fraktionen, d. Red.) in der Reihenfolge ihrer Stärke“ vor. Zudem heißt es in dem Verfassungsartikel: „Jede Fraktion ist berechtigt, im Präsidium vertreten zu sein.“

Boykott läuft faktisch seit 2019

Setzen sich Rot-Schwarz-Grün, Linkspartei und Freie Wähler per Zwei-Drittel-Mehrheit durch, wird die Regelung so geändert, dass künftig nur noch eine der Oppositionsparteien im Präsidium des Parlaments vertreten sein muss. Für den derzeitigen Landtag würde dies bedeuten, dass zwar Linkspartei oder Freie Wähler

im Präsidium vertreten wären, nicht aber die stärkste Oppositionskraft, die AfD.

Im Potsdamer Landtag läuft bereits seit der Landtagswahl 2019 faktisch eine Boykott-Strategie gegen die Fraktion der AfD. Rein rechtlich hat die Fraktion beispielsweise einen Anspruch darauf, auch in dem Gremium zur Kontrolle des Verfassungsschutzes vertreten zu sein. In der Praxis wird dieses Recht aber durch die anderen Fraktionen seit mittlerweile fast zwei Jahren blockiert. Inzwischen haben sich alle 23 Mitglieder der AfD-Fraktion für die parlamentarische Kontrollkommission zur Wahl gestellt – kein einziger der vorgeschlagenen Parlamentarier aber erhielt aus den anderen Fraktionen die nötige Unterstützung. Gleiches gilt für den Vorsitz im Kulturausschuss und den stellvertretenden Vorsitz im Hauptausschuss, die der AfD-Fraktion laut Parlamentsregeln zwar zustehen, faktisch aber nicht wahrgenommen werden können.

EINWANDERUNG

Asylgesetze sollen maximal gedehnt werden

Brandenburgs Integrationsministerin Nonnemacher will Ausreisepflichtige im Land behalten

Die brandenburgische Integrationsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) setzt sich dem Verdacht aus, zum Gesetzesbruch aufzufordern oder ihn sogar voranzutreiben. Es geht um abgelehnte Asylbewerber. Deren Aufenthaltsmöglichkeiten in Deutschland regeln die Paragraphen 25a und 25b des Aufenthaltsgesetzes. Das sind Bundesgesetze, auf deren Gültigkeit und Veränderung Nonnemacher als Landesministerin keinen Einfluss hat.

Anlässlich des Weltflüchtlingstags sprach sie sich aber dafür aus, Geflüchtete, die „gut integriert“ seien und in Brandenburg „dringend gebraucht“ würden, hier zu behalten. Dem stehen aber Altersgrenzen und Voraufenthaltszeiten für die Erteilung eines Aufenthaltstitels entgegen.

Die in den Jahren 2015 und 2016 nach Brandenburg gekommenen Minderjähri-

gen und jungen Erwachsenen hätten vielfach erfolgreich ihren Weg in Ausbildung und Arbeit gemeistert und seien längst in Brandenburg zu Hause, so Nonnemacher. Der von der Ministerin angesprochene Personenkreis habe jedoch das gesetzlich vorgeschriebene Maximalalter bereits überschritten und erfülle andererseits die geforderte Aufenthaltszeit noch nicht.

Reger Zulauf hält unvermindert an

Vor allem für junge Asylsucher verschließt sich laut Integrationsministerium dieser Weg nach Abschluss des Asylverfahrens, weil sie das erforderliche Maximalalter von 21 Jahren für eine Beantragung eines Aufenthaltstitels nach Paragraph 25a bereits überschritten haben und die Aufenthaltszeit von acht

Jahren nach 25b noch nicht erfüllen. Welche Gesetzesspielräume Nonnemacher nun zugunsten „junger Geflüchteter“ ausschöpfen will, erklärte sie nicht: „Wir haben uns als Landesregierung darauf verständigt, die gesetzlichen Spielräume der Bleiberechtsregelungen bei Ausbildung und Arbeit so gut wie möglich auszuschöpfen, um den jungen Menschen, die wir dringend im Land Brandenburg brauchen, eine Bleibeperspektive zu eröffnen.“

Hans Hansen vom „Runden Tisch Asyl und Migration“ verlangt: „In unserem Netzwerk verbindet uns das Anliegen, Menschen mit Fluchterfahrung wirkliche Perspektiven in allen Bereichen der Gesellschaft zu eröffnen.“ Dabei kommen immer noch viele dazu. 416 Afghanen, 227 Syrer, 64 Iraker, 68 Georgier und 23 Kameruner

– insgesamt 1222 Personen – verschafften sich dieses Jahr bislang Zugang nach Brandenburg und stellten Asylanträge.

Die Landesintegrationsbeauftragte Doris Lemmermeier gibt die entsprechende Begleitmusik vor: „Die Menschen, die zu uns gekommen sind, haben Unbeschreibliches in ihren Heimatländern und auf ihrer Flucht erlebt. Wir sollten ihnen, auch rechtlich, eine Lebensperspektive in Brandenburg eröffnen.“

Landesinnenminister Michael Stübgen von der CDU lässt sich zu den Forderungen seiner grünen Kabinettskollegin bislang nicht vernehmen. Der Innenminister, der auch „Verfassungsminister“ ist, wäre qua Amtes für Gesetzesbrüche zuständig. Insbesondere, wenn sie sich mit Ansage gewissermaßen per Ansage ankündigen. Frank Bückler

KOLUMNE

Wieder etwas enteignen

VON THEO MAASS

Berlin möchte wieder einmal „Rechtsgeschichte“ schreiben. Nach dem verfassungswidrigen Mietendeckel, dem Anti-Diskriminierungsgesetz und dem Mobilitätsgesetz will Rot-Rot-Grün nun die Besitzer von Wassergrundstücken enteignen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen des Landesparlaments beschloss mit den Stimmen der Berliner Linkscoalition gegen den Widerstand von CDU, AfD und FDP: „Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass alle Ufer der Berliner Gewässer grundsätzlich öffentlich zugänglich sind.“ Die Antragsteller meinen zur Begründung: „Der freie Zugang zum Ufer ist ein Jedermannsrecht.“

Dabei geht es nicht um den Erwerb oder den Verkauf von öffentlichem Eigentum, sondern Eigentümer sollen enteignet werden, weil Uferstreifen „zu sichern“ und „zurückzugewinnen“ seien. Die Abgeordnete Katalin Gennburg von der Linkspartei (sie hatte kürzlich die Errichtung von Wohnungen und Schwimmbädern auf dem Autobahnabschnitt 16 der A 100 gefordert): „Wir enteignen natürlich für Grünflächen am Wasser.“ Sie schwadroniert von „Rückeroberung“ „gegen Kapitalinteressen und Privatinteressen“.

Daniela Billig (Grüne) ergänzt: „Wir wollen am Ende von Köpenick bis nach Spandau am Wasser entlangwandern.“ Man fragt sich angesichts dieser Deckungsgleichheit: Wie viel Kommunismus steckt in den Grünen? Bei der Linkspartei ist das ja bekannt: KPD und Ost-SPD wurden zur SED zwangsvereinigt, diese anschließend mehrfach umbenannt zu „Die Linke“.

Die SPD versucht zu relativieren: Der Abgeordnete Daniel Buchholz geht die Opposition an, beim Straßenbau werde ja auch enteignet. Wie will Franziska Giffey – die versucht, der SPD einen gemäßigten Anstrich zu verpassen – den Vortob ihrer Genossen wohl erklären?

MELDUNG

Olaf Scholz sorgt für Ärger

Potsdam – Nach einem Umzug von Olaf Scholz fühlt sich ein Teil seiner neuen Nachbarschaft massiv durch die Sicherheitsvorkehrungen für den Politiker gestört. Der Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat ist vor wenigen Monaten mit seiner Frau Britta Ernst von Potsdams Berliner Vorstadt in die Innenstadt, in ein Domizil nahe dem Museum Barberini, umgezogen. Wie es in Medienberichten heißt, wickeln die Hausbewohner die Freude über den neuen Nachbarn bald Verärgerung über die Sicherheitsvorkehrungen für den Vizekanzler. Beamte des Bundeskriminalamts patrouillieren nicht nur vor dem Haus, sondern auch bei den Mülltonnen und der Tiefgarage. Nachts werden zudem helle Scheinwerfer rund um das Haus eingeschaltet. Ein entnervter Anwohner wollte schließlich sogar ein Hausverbot für den Personenschutz von Olaf Scholz durchsetzen. Die Behörden entschieden allerdings, den Objekt- und Personenschutz unverändert fortzusetzen. N.H.

● MELDUNGEN

Konkurrenz für die BBC

London – „GB News“ hat im Vereinigten Königreich vergangenen Monat den Betrieb aufgenommen. Laut dem 72-jährigen Geschäftsführer Andrew Neil soll der rechtskonservative Nachrichtensender die Themen aufgreifen, die in den regierungstreuen und linksradikalen anderen nationalen Medien aus politischen Gründen übergangen würden. Neil war früher Chefredakteur der „Sunday Times“. Zuvor hatte er politische Programme der British Broadcasting Corporation (BBC) moderiert. Als Investoren stehen hinter dem Projekt der Milliardär Paul Marshall, die US-Medienfirma Discovery und die in Dubai beheimatete Investmentfirma Legatum des britisch-maltesisch-neuseeländischen Milliardärs Christopher Chandler. Zusätzlich zum Fernsehprogramm will GB News diesen Monat auch einen Nachrichtenkanal im Radio starten. N.H.

Eklatanter Unterschied

Bozen – Im zur Italienischen Republik gehörenden Südtirol starben im bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie deutlich mehr Covid-Patienten als im zur Republik Österreich gehörenden Nord- und Osttirol. Auf drei Tote in Südtirol kam ein Toter in den anderen beiden Regionen, wobei die Zählweise jeweils gleich war. Die Gründe für dieses Mortalitätsgefälle liegen offensichtlich im italienischen Gesundheitssystem. So verfügen die Kliniken in Südtirol über deutlich weniger Intensivbetten. Auf 15.000 Einwohner kommt dort ein Intensivbett, während das Verhältnis auf der österreichischen Seite 5000 zu eins beträgt. Verantwortlich hierfür sind die Sparmaßnahmen der Regierung in Rom. Darüber hinaus gab es in den staatlichen Krankenhäusern auf der italienischen Seite der Grenze zu Beginn der Pandemie überproportional viele Behandlungsfehler. Das ist unter anderem damit zu erklären, dass die kompetenteren Ärzte in der Vergangenheit eher in Privatkliniken gingen. W.K.

Klimaanlagen gedrosselt

Austin – Der „Electric Reliability Council of Texas“ hat angesichts einer Hitzewelle und Ausfällen in der Stromproduktion die Bewohner des US-Bundesstaates dazu aufgerufen, ihren Stromverbrauch einzuschränken. Für einen Teil der Bewohner überraschend, regelten Stromversorger in dem Lone Star State den Stromverbrauch häuslicher Klimaanlagen ungefragt herunter. Als Folge lieferten Klimaanlagen teilweise gar keine Kühlung mehr, zum Teil ließen sich die Thermostate der Anlagen nicht mehr auf unter eine bestimmte Innentemperatur einstellen. Betroffenen Stromkunden war in vielen Fällen gar nicht bewusst, dass sie mit ihren Energielieferanten Vertragsklauseln unterschrieben hatten, die eine derartige Drosselung des Stromverbrauchs erlauben. Mit dem Herunterregeln der Klimaanlagen versuchen die Stromversorger, großflächige Ausfälle des Stromnetzes zu verhindern. N.H.

POSTKOLONIALISMUS

In die Fußstapfen der Ex-Kolonialmacht

Russland drängt mit Hilfe der Gruppe Wagner Frankreich aus der Sahelzone

VON BODO BOST

Schon vor zwei Jahren haben Mitarbeiter des privaten russischen Sicherheits- und Militärunternehmens Gruppe Wagner, die dem Kreml und dem russischen Militärgeheimdienst nahe stehen, in Libyen Marschall Chalifa Haftar, den einst starken Mann im Osten, der die Luftwaffenstützpunkte von Sirte südöstlich von Tripolis und von al-Jufra im Zentrum des Landes kontrolliert, nach einer Offensive Truppen der Türkei und deren syrische Söldner vor dem Sturz gerettet.

Vor zwei Jahren in Libyen

Diesen April erhielten im benachbarten Tschad aus Libyen kommende Rebellen der Front für Veränderung und Eintracht im Tschad (FACT) Hilfe von der Gruppe Wagner bei ihren Zusammenstößen mit der Regierungsarmee des Tschad, denen auch Idriss Deby zum Opfer. Der ab 1990

amtierende langjährige Präsident des Tschad erlag am 20. April dieses Jahres Verletzungen, die er durch Kampfhandlungen bei einem Truppenbesuch an der Frontlinie im Norden des Tschad erlitten hatte.

Diesen April im Tschad

Seit einigen Jahren breiten russische Söldner ihren Einfluss über den gesamten afrikanischen Kontinent aus. In der Sahelzone „versucht Russland, sich aufzudrängen, in die Freiräume einzudringen und uns immer wieder zu diskreditieren“, klagte kürzlich die französische Verteidigungsministerin Florence Parly. Im Jahr 2019 unterzeichnete Mali, obwohl dort eine von der ehemaligen Kolonialmacht dominierte UN-Mission für Recht und Ordnung sorgen sollte, ein Verteidigungsabkommen mit Russland, das der Gruppe Wagner als Türöffner diente. Im August 2020, nach dem ersten Putsch, war der russische Botschafter der erste ausländi-

sche Diplomat, der von der neuen Militärjunta empfangen wurde. Jetzt vermuten viele Franzosen hinter dem zweiten Putsch in neun Monaten auch die Russen. Mehrere der Putschisten wurden in Russland ausgebildet. Der Chef der Junta, Oberst Assimi Goïta, gilt als Moskau nahe stehend. Da die antifranzösische Stimmung nach acht Jahren Militärpräsenz in Mali, welche Ruhe und Ordnung nicht wiederhergestellt hat, wächst, sind russische Flaggen im Land immer häufiger zu sehen.

Paradebeispiel Zentralafrika

Die Rolle des Kremls in Afrika wird vor allem in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) deutlich, in der Russland Frankreich als dominierende ausländische Macht buchstäblich gestürzt hat. Innerhalb weniger Jahre ist das Land zu Russlands Brückenkopf in Afrika geworden. In wenigen Jahren hat Russland die ehemalige französische Kolonialmacht vertrie-

ben, indem es die Armee und die Präsidentengarde ausbildete, die Sicherheit für die Institutionen wiederherstellte und dafür sich die Einnahmen aus den Gold- und Silberminen sicherte.

Zusammenarbeit mit China

Seitdem haben sich Söldner der Gruppe Wagner in den meisten afrikanischen Ländern niedergelassen. Sudan, Angola, Guinea, Mosambik, Südafrika oder der Kongo wären hier zu nennen. Moskau hat mit etwa zwanzig Ländern des Kontinents Kooperationsabkommen unterzeichnet. Manchmal durch Tochterunternehmen der Gruppe Wagner getarnt trainieren russische Paramilitärs lokale Armeen, schützen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, kämpfen oder schützen Gold-, Silber- und Uranminen. Im Gegenzug gewähren die Geschützten ihren Beschützern die Rechte zur Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ihrer Staaten. Oft arbeiten die Russen bereits mit den Chinesen zusammen, die schon lange wirtschaftliche Aktivitäten in Afrika haben, aber sich bislang noch bei Sicherheitsproblemen zurückgehalten haben.

Russland will den Einfluss zurückgewinnen, den es zur Sowjetzeit in Afrika hatte. In nur wenigen Jahren ist die Gruppe Wagner zum Spezialisten für ausländische Militärinterventionen nicht nur in Afrika geworden. Angehörige der Gruppe Wagner waren bereits 2014 unter Moskaus grünen Männlein auf der Krim. Die Gruppe Wagner bietet afrikanischen Regimen je nach Bedarf einen Katalog vielfältiger und modularer Optionen. Dazu gehören technische Unterstützung, Waffen, Spezialkräfte, militärische Ausbildung und politische Unterstützung.

Kenner der Region bezweifeln jedoch, dass es Russland gelingen wird, die Sahelzone wie die Zentralafrikanische Republik unter seinen Einfluss zu bringen. Dieses riesige Gebiet könnte die Ressourcen Russlands übersteigen, da das Land schon stark anderweitig engagiert ist. Viele Staaten der Sahelzone verfügen auch nicht über die Möglichkeiten, mit Geld oder Rohstoffen den russischen Einsatz zu bezahlen. Dies könnte auch für das rohstoffarme Mali zutreffen.



Offiziell nicht da: Russische Söldner bilden Einheimische in Bangui (Zentralafrikanische Republik) aus Foto: Screenshot Youtube

BERGKARABACH-KONFLIKT

Kämpferisches Bekenntnis zum „Brudervolk“

Erdoğan besuchte mit seinem aserbaidshanischen Amtskollegen dessen Kriegsbeute Schuschi

Der türkische Präsident besuchte zum ersten Mal seit dem militärischen Sieg Aserbaidshans über Armenien in dem Krieg um Bergkarabach des vergangenen Jahres die umstrittene Region und deren einstige Hauptstadt, die von den Armeniern „Schuschi“ genannt wird und die sie als Wiege ihrer Zivilisation betrachten. Recep Tayyip Erdoğan und sein aserbaidshanischer Amtskollege, Ilham Alijew, besuchten die Stadt gemeinsam und nahmen dort eine Militärparade ab. Der Hauptunterstützer der Aserbaidshaner im Bergkarabachkonflikt ist der erste ausländische Staats- und Regierungschef, der Schuschi seit dem Krieg besucht hat. Er versprach, ein türkisches Konsulat zu eröffnen. Dort unterzeichneten die beiden Politiker auch eine Erklärung, in der sie sich verpflichteten, ihre jeweiligen kommerziellen, politischen und militärischen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Die Stadt Schuschi, die Wiege der armenisch karabachischen Kultur, wurde während des jüngsten Krieges um Bergkarabach, in dem sich armenische und aserbaidshanische Streitkräfte im vergangenen Herbst gegenüberstanden, von Baku erobert. Die zwischen 1868 und 1887 erbaute Ghasantschezoz-Kathedrale, eine der beiden Hauptkirchen von Bergkarabach, wurde bereits 1920 von türkisch-aserbaidshanischen Truppen ein erstes Mal zerstört. Während des Bergkarabachkonflikts ab 1989 nutzten aserbaidshanische Kräfte die Kathedrale als Lagerhaus für Munition, bis Schuschi 1992 durch armenische Einheiten zurückgewonnen wurde. Die Armenier hatten sie danach komplett renoviert, bis sie 2020, 100 Jahre nach der ersten Zerstörung, durch zwei Treffer aserbaidshanischer Raketen kurz vor der Eroberung durch die aserbaidshanische Armee wieder fast komplett zerstört wurde. In diesem Mai wurde be-

richtet, dass die Turmhaube der beschädigten Kirche von Aserbaidshanern abgetragen worden sei, was Befürchtungen der Armenier bestärkte, dass Aserbaidshan Zeugnisse der armenischen Kultur im eroberten Gebiet zerstöre. Armenier leben heute in Schuschi keine mehr, sie wurden von den Aserbaidshanern und Türken vertrieben.

Erdoğan hatte bereits mehrmals angekündigt, den Völkermord an den Armeniern zwischen 1915 und 1917, den er nicht anerkennt und bei dem 80 Prozent des armenischen Volkes auf Todesmärschen vernichtet wurden, zu vollenden. Kurz vor Beginn des Krieges von 2020 hatte Erdoğan plötzlich Aserbaidshan als „Brudervolk“ bezeichnet. Während des letztjährigen Krieges um Bergkarabach unterstützte die Türkei Aserbaidshan mit Militärberatern und mit Drohnen. Mehrere Länder haben Ankara vorgeworfen, syrische Kämpfer zur Unterstützung nach Aserbai-

dschan geschickt zu haben. Mit Aserbaidshans militärischem Triumph über Armenien wollte Erdoğan seinen Einfluss in der ehemals sowjetischen Kaukasusregion festigen.

In der kleinen Stadt Schuschi, die auf einer Höhe von 1700 Metern inmitten der umstrittenen Region Bergkarabach liegt, unterzeichneten die beiden Staatschefs die sogenannte Schuscha-Erklärung. Der türkische Staatschef möchte eine türkische Basis in Bergkarabach errichten. Er schlug eine „Sechs-Parteien-Plattform“ zwischen der Türkei, Aserbaidshan, Russland, Armenien, Georgien und dem Iran vor. Aber Dmitrij Sergejewitsch Peskow, seit 2012 stellvertretender Leiter der Russischen Präsidialverwaltung und Pressesprecher des Präsidenten, weiß von einer solchen Plattform nichts. Eine türkische Basis in Bergkarabach würde von Russland als Bedrohung angesehen, weil die Türkei NATO Mitglied ist. B.B.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Wohlstand des muslimischen Königreiches Saudi-Arabien basiert im Wesentlichen auf seinen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft. Das soll sich nach dem Willen des faktisch regierenden Kronprinzen Mohammed bin Salman al-Saud aber in absehbarer Zeit ändern. Deshalb initiierte er im April 2016 das Projekt Vision 2030. Dieses sieht einen grundlegenden Umbau der saudischen Wirtschaft zur Diversifizierung der Staatseinkünfte vor. Außerdem ist geplant, das Königreich moderner und ökologischer zu gestalten. Zum absoluten Aushängeschild von Vision 2030 könnte dabei die futuristische Retorten-Siedlung Neom geraten.

„Neom“ ist ein Kunstwort, gebildet aus dem altgriechischen „neos“ für „neu“ und dem arabischen „mustaqbal“ für „Zukunft“. Als Standort des zu schaffenden Vorbildes an moderner Urbanität wurde eine am Roten Meer gelegene Region im Westen Saudi-Arabiens in unmittelbarer Nähe zu Ägypten, Jordanien und Israel ausgewählt. Dort soll sich Neom nach der Fertigstellung über 26.500 Quadratkilometer erstrecken. Damit wäre die Ansiedlung größer als Mecklenburg-Vorpommern und 30 Mal so groß wie New York City.

Über 26.500 Quadratkilometer Fläche

Die Kosten des Projekts schätzen Experten auf 500 Milliarden US-Dollar. Einen Großteil dieses Geldes will der saudische Staatsfonds Public Investment Fund (PIF) zur Verfügung stellen, ansonsten hofft man auf zahlungskräftige ausländische Investoren. Deshalb hat Mohammed bin Salman al-Saud auch einen aus dem Westen stammenden Manager zum Chef des Verwaltungsrates von Neom berufen. Hierbei handelt es sich um den früheren Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG, Klaus Kleinfeld, der über eine Korruptionsaffäre gestolpert war.

Als Herzstück von Neom soll The Line fungieren, eine schnurgerade Aufreihung von einzelnen „City-Modulen“, die sich über 170 Kilometer vom Golf von Akaba bis ins trockene Landesinnere erstreckt. Das künftige Leben hier beschreiben die Neom-Planer folgendermaßen: Alles, was ein Bewohner der Stadt brauche, könne er in fünf Minuten zu Fuß erreichen. Autos seien daher komplett überflüssig. Wer dennoch größere Distanzen überwinden wolle, benutze eine Hochgeschwindigkeits-U-Bahn, die nur 20 Minuten benötige, um The Line abzufahren. Der Alltag werde von Künstlicher Intelligenz gesteuert und optimiert. Und Neom bleibe wegen seiner Bauweise und der Energieversorgung auf der Basis von Wind- und Sonnenkraft auch vollkommen „klimaneutral“.



Soll sich einmal über 170 Kilometer vom Golf von Akaba bis ins trockene Landesinnere erstrecken: „The Line“

NEOM

Ein saudisches Silicon Valley in der Arabischen Wüste?

Um die Wirtschaft zu diversifizieren, plant das wahhabitische Königreich, ein Vorbild an moderner Urbanität aus dem Boden zu stampfen

Die Saudis hoffen, dass der innovative Charakter der Stadt zahlreiche ausländische Hochtechnologie-Unternehmen anzieht und so ein neues Silicon Valley in der Arabischen Wüste entsteht, welches das kalifornische Original in den Schatten stellt. Deshalb garantierte der Kronprinz auch maximale Liberalität in Neom einschließlich der Freigabe von Alkohol und der Lockerung von Kleidervorschriften für Frauen.

Ein 500-Milliarden-Dollar-Projekt

Allein The Line soll für 380.000 neue Arbeitsplätze sorgen. Und die wären auch bitter nötig. Immerhin sind sieben Zehntel der Saudis unter 30 Jahre alt und ein Drittel der Angehörigen dieser Altersgruppe hat keinen Job.

Allerdings bleibt fraglich, ob das ambitionierte Projekt realisierbar ist. Das immer noch erzkonservative Saudi-Ara-

bien steht wegen seiner rigiden Auslegung des Islam international in der Kritik, und der allmächtige Kronprinz hat schon mehrmals demonstriert, dass er bereit ist, die Opposition im Lande mit aller Härte zu unterdrücken.

Das bekamen nicht zuletzt die Beduinenstämme zu spüren, die dort siedeln, wo Neom entstehen soll. Diese weigerten sich, ihr Land zu verlassen. Daraufhin kam es zu zahlreichen Verhaftungen. Außerdem erschossen Sicherheitskräfte den prominentesten Gegner des Projektes, Abdulrahim al-Howeiti, der angeblich ein Terrorist gewesen ist. Der Stammesverband der Howeitat klagt: „Neom wird auf unserem Blut und unseren Knochen gebaut.“ Angesichts dessen dürfte sich die Begeisterung ausländischer Investoren in Grenzen halten.

Andere Schattenseiten kommen hinzu. Da die alltäglichen Dienstleistungen

in Neom vollständig von Robotern erbracht werden sollen, könnten am Ende doch nicht so viele Arbeitsplätze entstehen, wie versprochen. Desgleichen würde der massive Einsatz von Künstlicher Intelligenz dem Staat die Möglichkeit verleihen, die Bewohner der Stadt rund um die Uhr und in allen Lebensbereichen zu überwachen.

Daher ist nicht auszuschließen, dass Neom das gleiche Schicksal erleiden wird, wie die bislang schon errichteten Musterstädte in Saudi-Arabien. So leben in der King Abdullah Economic City, die ab 2005 aus dem Wüstensand zwischen Mekka und Medina gestampft wurde, heute statt der einstmals anvisierten zwei Millionen Einwohner gerade einmal 10.000 Menschen. Und in Neom entstanden seit 2017 bislang nur der Flughafen und ein Lager für Sicherheitskräfte und Bauarbeiter.

KLIMAPOLITIK

Wissenschaftler kritisieren EU-Kommission

Für all die staatlich geförderten elektrischen Verbraucher gebe es gar nicht genügend Ökostrom

Nur wenige Wochen bevor die EU-Kommission einen Entwurf für nochmals verschärfte Kohlendioxid-Grenzwerte für Autos vorlegen will, haben Wissenschaftler Zweifel am sogenannten Kohlendioxid-Fußabdruck von Elektroautos vorgebracht. In einem offenen Brief an die EU-Kommission schreiben 171 Experten der Energie-, Fahrzeug- und Antriebstechnik, dass die Kohlendioxid-Bilanz von E-Autos nach ihren Berechnungen im Jahr 2030 doppelt so hoch ausfallen werde, wie bisher angenommen.

Die Wissenschaftler, die zur International Association of Sustainable Drivetrain and Vehicle Technology Research (IAS-TEC) gehören, sehen bei den bisherigen Berechnungen einen grundlegenden Rechenfehler. Demnach wird die Kohlendioxid-Emission elektrischer Verbraucher

durch einen vereinfachten Mittelwertansatz viel zu niedrig berechnet. Korrekterweise müsste aus Sicht der Wissenschaftler berücksichtigt werden, dass immer dann, wenn nicht genug Ökostrom zur Verfügung steht, Strom aus fossilen Energiequellen genutzt werden wird. Damit sei die Kohlendioxid-Bilanz des Strommixes insgesamt wesentlich höher.

Auch der Rechnungshof übt Kritik

Die Grundannahme der EU-Kommission, dass der Strombedarf für die E-Mobilität durch den Ausbau von Wind- und Solaranlagen abgedeckt werde, halten Thomas Koch vom Karlsruher Institut für Technologie und die anderen Unterzeichner des Briefes für unbegründet. So wolle die Bundesregierung bis 2030 nicht nur zehn Millionen Elektroautos auf die Straße

bringen, sondern auch Industrie und Heizung möglichst rasch auf „Klimaneutralität“ umstellen. Koch sieht damit einen Anstieg des Strombedarfs in Deutschland voraus, durch den in 6000 von 8760 Stunden im Jahr neben Ökostrom auch verstärkter Strom aus fossilen Kraftwerken gebraucht werde. Die realen Kohlendioxid-Emissionen wären damit deutlich höher, als von der Politik bislang veranschlagt. Die Forscher weisen darauf hin, dass die Rechnung anders aussehen würde, wenn der zusätzliche Strombedarf nicht durch Gas-, Öl- und Kohlestrom, sondern durch Atomstrom abgedeckt würde.

Erst kürzlich hatte der Europäische Rechnungshof den Bemühungen der EU-Kommission zum sogenannten Klimaschutz in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein extrem schlechtes Zeugnis aus-

gestellt. Wie aus einem Sonderbericht hervorgeht, den der Rechnungshof am 21. Juni vorgelegt hat, sind die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft seit 2010 nicht zurückgegangen, und das trotz hoher Subventionszahlungen. Von 2014 bis 2020 sind immerhin mehr als 100 Milliarden Euro, gut ein Viertel der Agrarausgaben der EU, in den sogenannten Klimaschutz geflossen. Aus Sicht der Rechnungsprüfer haben die meisten über die GAP von der EU geförderten Maßnahmen nur ein geringes sogenanntes Klimaschutzpotenzial gehabt. Hingegen bietet die GAP kaum Anreize für wirksame sogenannte klimafreundliche Verfahren, so der Rechnungshof. Als Bereiche mit hohem Einsparpotential sieht der Rechnungshof vor allem die Tierhaltung, den Verbrauch mineralischer Dünger und die Landnutzung.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Mangel an Personal

Berlin – Wie Umfragen unter den Mitgliedern des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) ergaben, sind mehr als 42 Prozent der erstmals im deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe Beschäftigten im Laufe der Corona-Pandemie in andere Bereiche abgewandert. 48 Prozent der DEHOGA-Mitglieder sehen den Fachkräftemangel als erste Gefahr für ihren Betrieb. Das sind drei Mal mehr als noch vor einem Jahr. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Guido Zeitler, liegt dieser Mitarbeiterschwund aber keineswegs nur an den verordneten Schließungen während der vergangenen Monate. Vielmehr handele es sich um ein hausgemachtes Problem: „Statt Fachkräfte mit attraktiver Bezahlung zu binden, wurde auf Tarifrucht, Minijobs und prekäre Beschäftigung gesetzt.“

W.K.

Deutsche horten Bargeld

Frankfurt – Obwohl die Corona-Pandemie den Trend zur bargeldlosen Bezahlung beschleunigt hat und der Transaktionsanteil des Bargeldes auf 60 Prozent zurückgegangen ist, waren Ende Mai 6,6 Prozent mehr Scheine und Münzen im Umlauf als ein Jahr zuvor. Eine derart hohe Wachstumsrate der Bargeldmenge wurde zuletzt 2014 registriert. Die Deutsche Bundesbank erklärt das Phänomen damit, „dass die Menschen in der Corona-Krise aus Verunsicherung und wegen fehlender Möglichkeiten, Geld auszugeben, Bargeld gehortet haben“. Den Anteil des gehorteten Bargeldes an der real vorhandenen Geldmenge schätzt die Bundesbank auf etwa 40 Prozent. Die Zentralbank Deutschlands ging in diesem Zusammenhang nicht auf die sich aufdrängende Frage ein, inwieweit dieses von ihr konstatierte Bargeldhorten darauf zurückzuführen ist, dass immer mehr Geldhäuser Negativzinsen auf Guthaben berechnen.

W.K.

Kohle ersetzt Windkraft

Berlin – Im ersten Quartal dieses Jahres wurden in Deutschland 138,2 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt und ins Netz eingespeist. Das waren 2,6 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Damals stammte der Strom vorwiegend aus Erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Biogas und Sonnenstrahlung. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das Anfang dieses Jahres anders gewesen. Da dominierten Kohle, Gas und Kernkraft. Deren Anteil lag bei insgesamt 59,3 Prozent. Verantwortlich hierfür war ein windarmes Frühjahr. Die Windkraftanlagen stellten 32,4 Prozent weniger Strom zur Verfügung als im Durchschnitt seit 2018. Dies wurde vor allem durch den Energieträger Kohle kompensiert, der im ersten Quartal dieses Jahres die wichtigste Energiequelle darstellte. Aus Kohle wurde knapp ein Drittel der eingespeisten Strommenge erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war dies eine Erhöhung um 26,8 Prozent.

W.K.

KOMMENTARE

Erfolglose Populisten

RENÉ NEHRING

Am Ende ging sie leer aus. Bei den Regionalwahlen in Frankreich, die als wichtiger Test für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr galten, konnte die Partei der Rechtspopulistin Marine Le Pen, Rassemblement National (RN), am vergangenen Sonntag keine einzige Region gewinnen. Durfte Le Pen nach dem ersten Wahlgang eine Woche zuvor noch auf einen Wahlsieg in einzelnen Regionen hoffen, so sorgten Bündnisse zwischen den etablierten Parteien überall im Lande dafür, dass sie im entscheidenden Wahlgang keine Chance hatte.

Damit wiederholt sich ein bekanntes Muster. Seit fast dreißig Jahren treiben populistische Bewegungen das Establishment vor sich her. Einhergehend mit der Schwäche der christdemokratischen, liberalen oder sozialdemokratischen Parteienfamilien gelingt es den Populisten von links und rechts immer wieder, beachtliche Erfolge zu erzielen.

Doch trotz großer Stimmengewinne kamen sie nur selten an die Macht. Denn wann immer eine Regierungseteiligung

– vor allem von Rechtspopulisten – im Raum stand, schlossen sich die Etablierten zusammen, um die Herausforderer zu verhindern. Neben Le Pen erging es so dem Niederländer Geert Wilders, dem Vlaams Belang in Belgien oder auch der AfD in Deutschland, wo gerade erst in Sachsen-Anhalt die Sorge vor einem Triumph der Populisten dem Kandidaten der Mitte, Reiner Haseloff, einen Wahltriumph bescherte.

Erfolgreich waren hingegen Populisten wie Matteo Salvini „Lega Nord“ in Italien oder die FPÖ in Österreich, deren Streben jedoch bei allem Agitieren gegen „das Establishment“ darauf gerichtet ist, Koalitionsregierungen mit Parteien aus ebenjenem Establishment zu bilden. Auch wenn sie dafür Kompromisse eingehen mussten, konnten sie immerhin einen Teil ihrer Programmatik in praktische Politik umsetzen.

Diejenigen Populisten, die sich jedoch frontal gegen das Establishment stellen, werden auch in Zukunft damit leben müssen, dass sie von der Mehrheit rechts liegengelassen werden – und die anderen die Politik machen.

Finstere Pläne

ERIK LOMMATZSCH

Waren es nicht nur „Verschwörungstheoretiker“, „Querdenker“ oder auf irgendeine Weise mit „Rechts“ verbundene „Uneinsichtige“, die vor den langfristigen Folgen der „Corona“-Maßnahmenpolitik warnten? Ihre Befürchtung, die Verfassung werde ausgehöhlt und Grundrechte könnten, wenn nicht dauerhaft aufgehoben, so doch in Zukunft nach Gutdünken suspendiert werden, wurde von Politik und großen Medien immer wieder als gegenstandslose „Hetze“ verpönt.

Erstaunliche Töne kommen nun von Winfried Kretschmann, der als grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg regiert. So recht zufrieden ist er mit dem – ohnehin schon weitgehend verfassungswidrigen – politischen Vorgehen der vergangenen Monate nicht. Da sollte man ruhig noch eine Schippe drauflegen. Kretschmann: „Wir sollten also einmal grundsätzlich erwägen, ob wir nicht das

Regime ändern müssen, so dass harte Eingriffe in die Bürgerfreiheiten möglich werden“, natürlich nur „um die Pandemie schnell in den Griff zu bekommen“. Diese könne man „schnell in die Knie zwingen“, wenn „wir frühzeitige Maßnahmen“ ergreifen, „die sehr hart und womöglich zu diesem Zeitpunkt nicht verhältnismäßig gegenüber den Bürgern sind“. Kretschmann sprach ausdrücklich davon, dass dafür möglicherweise das Grundgesetz geändert werden müsse.

Damit wäre das tägliche Leben dauerhaft vom Wohlwollen der Regierenden bezüglich ihrer Beschlüsse über die Tragweite von Infektionskrankheiten abhängig. Aus mehreren politischen Lagern, allerdings meist von Akteuren der zweiten oder dritten Reihe, erfuhr Kretschmann klaren Widerspruch. Hier erstaunt das Opponieren von CDU und SPD angesichts ihrer bisherigen eigenen „Corona-Politik“, die der grüne Landeschef ja lediglich fortführen und ausbauen will.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE3333 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

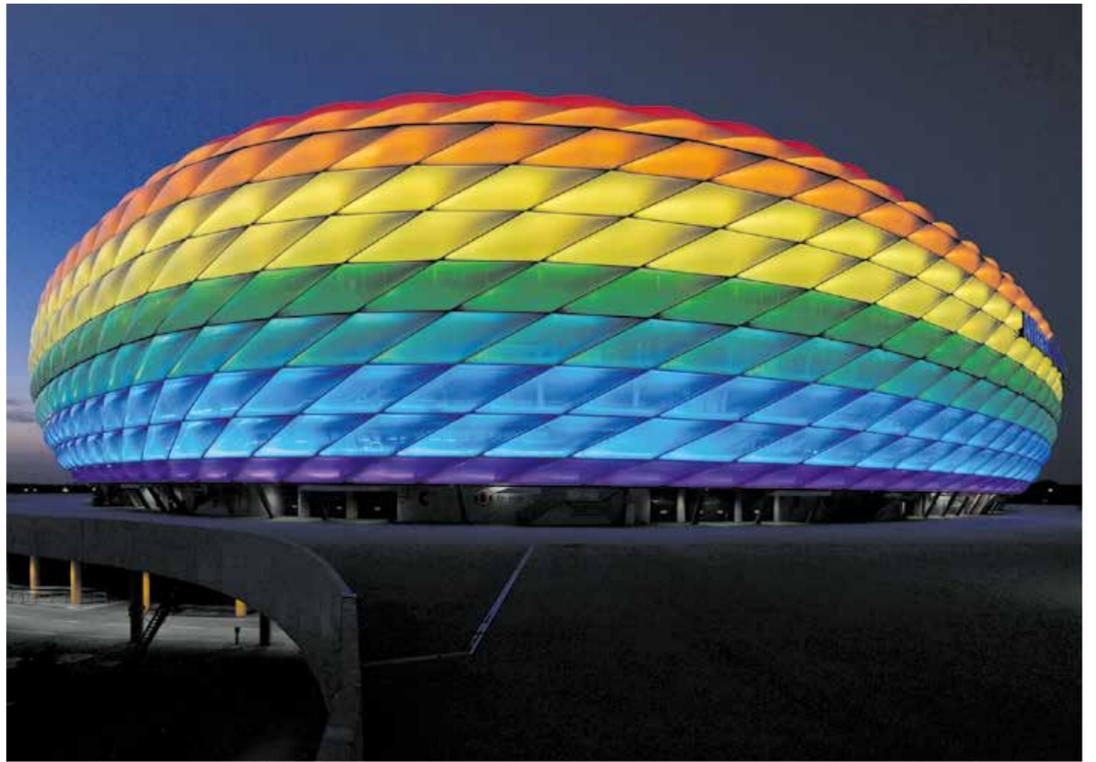
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Von der UEFA untersagt: So hätte das Münchener Fußballstadion beim Spiel gegen Ungarn leuchten sollen Foto: Mauritius

LEITARTIKEL

Vorsicht: Bekenntniszwang

HANS HECKEL

Das Münchener Fußballstadion durfte zum Spiel Ungarn gegen Deutschland auf Beschluss der UEFA nicht in den Regenbogenfarben leuchten. Um die Entscheidung gab es heftigen Streit, der einige grundsätzliche Erscheinungen unserer Zeit ins Rampenlicht rückte.

Da ist zunächst das unerfreuliche Phänomen eines Gratismutes, der immer mehr um sich greift. Mit der Illumination sollte gegen ein Gesetz der ungarischen Regierung protestiert werden, das als homosexuellenfeindlich kritisiert wird. Im kommenden Jahr aber darf das Emirat Katar die Fußball-WM ausrichten. Dort gilt die Scharia, die homosexuelle Handlungen streng unter Strafe stellt und mit mehrjährigen Haftstrafen belegt. Wie können Mannschaften, die sich im sicheren Europa so tapfer gegen Homophobie stemmen, in einem solchen Land überhaupt zum Turnier auflaufen?

Diese doppelte Moral erinnert an die Aktion deutscher Autohersteller, die ihre Werbelogos für den „Pride-Monat“ Juni

in die Farben des Regenbogens tauchten – dabei aber wohlweislich diese Werbung in den islamisch-orientalischen Ländern ausließen.

Das weitere Problem stellt, ganz abgesehen vom konkreten Anlass, die Politisierung an sich politikferner Lebensbe-

Alles sagen dürfen,
alles fragen dürfen,
nichts beantworten
müssen

reiche dar. Es ist eigentlich ein Ausweis totalitärer Regimes, alle Ecken des Daseins, auch Arbeitsleben, Freizeit, Kultur oder Sport, mit politischen Botschaften zu durchtränken, wo sich alles und jeder unablässig zur Politik der Regierung zu bekennen hat, um sich nicht verdächtig zu machen. Der Marsch in derlei totalitäre Abgründe verläuft schleichend, ist zu-

nächst kaum wahrnehmbar. Aber die ersten Anzeichen sind schon bei dieser EM zu erkennen.

So knieten fünf Spieler der italienischen Nationalmannschaft vor dem Spiel gegen Wales nieder, als Zeichen der Verbundenheit mit der „Black Lives Matter“-Bewegung, wie auch einige Waliser. Die übrigen Italiener aber sahen keinen Grund, vor dem Spiel ein politisches Bekenntnis abzugeben und blieben stehen. Prompt empörte sich der Chef der italienischen Sozialdemokraten, Enrico Letta, „alle“ sollten auf die Knie.

Wo das Schulle macht, stecken wir bereits bis zu den Knöcheln im totalitären Morast. Denn Freiheit bedeutet bekanntlich, alles sagen zu dürfen, alles fragen zu dürfen, aber – und das ist hier der entscheidende Punkt – nichts beantworten zu müssen. Auch nicht, wie man zu ungarischen Gesetzen oder politischen Bewegungen steht. Es ist dies das letzte Refugium der Freiheit, das uns selbst klassisch autoritäre Diktaturen ließen. Dort stand es jedem Bürger wenigstens frei, nichts zur Politik zu sagen. Nur der Totalitarismus erzwingt aktive Zustimmung.

PORTRÄT

Schwedens härterer Weg

Durch seinen „schwedischen Weg“ bei der Bekämpfung des Coronavirus hat der schwedische Ministerpräsidenten **Stefan Löfven** in der eigenen Bevölkerung viel Rückhalt erfahren. Anders als fast überall sonst auf der Welt hatte man keine harten Lockdown-Maßnahmen ergriffen, und obwohl das öffentliche Leben fast seinen gewohnten Gang ging, sinken inzwischen auch hier die Inzidenzzahlen.

Doch das alles nützt Löfven nichts, wenn er sich mit den Anhängern des staatlich regulierten Wohnungsmarkts anlegt. Weil er dieses System reformieren wollte und zur Stärkung des privaten Wohnungsbaus für eine freie „Marktmiete“ eintrat, wurde der 63-jährige Sozialdemokrat durch ein Misstrauensvotum im Parlament gestürzt.

Für Löfven, der seit 2014 in Schweden regiert, gibt es nun zwei Optionen: Neuwahlen oder der Versuch, eine neue Koali-

tion zu bilden. In dem mit acht Parteien zersplitterten Parlament ist es eine Kunst, eine regierungsfähige Koalition zu bilden. In seiner zweiten Amtszeit konnte Löfven 2019 nur mit Mühe eine rot-grüne Minderheitsregierung stellen, die offiziell von der bürgerlichen Zentrumsparterie und den Liberalen sowie inoffiziell von den Linken toleriert wurde. Die Linken brachten ihn nun wegen der Marktrente zu Fall.

Dabei kommt man um Löfven nicht herum, wenn die linken Parteien eine bürgerliche Regierung verhindern wollen, in der die rechtskonservativen Schwedendemokraten tonangebend sein könnten. Hinter den Sozialdemokraten mit 100 Parlamentssitzen und der Moderaten Sammlungspartei (70 Sitze) ist Schwedens Pendant zur AfD aktuell drittstärkste Kraft mit 62 Sitzen. Neuwahlen könnten diesen Anteil erhöhen.

Daher werden die Linken eher in den sauren Apfel beißen und es erneut mit Löfven versuchen. Immerhin genießt der als Pflegekind einer Arbeiterfamilie aufgewachsene Politiker trotz seines im Ausland hart kritisierten Corona-Sonderwegs auch international viel Respekt. Und das, obwohl der frühere Gewerkschaftschef weder auf lokaler noch nationaler Ebene über Regierungserfahrung verfügte, bevor er Ministerpräsident wurde. H. Tews



Wohin führt der Weg für Löfven?

Tierischer Verstand

Schöpfer moralischer (Sa-)Tiere – Vor 400 Jahren wurde der Fabeldichter Jean de La Fontaine geboren

VON HARALD TEWS

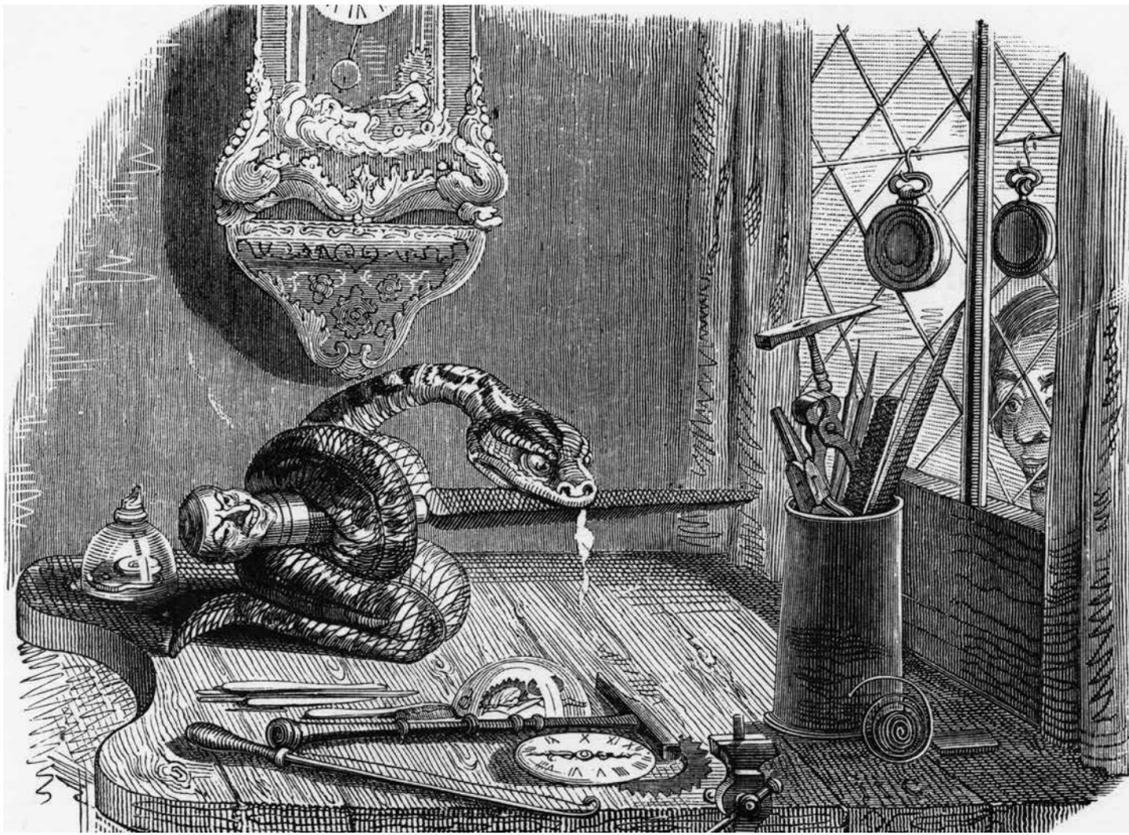
Sind Tiere die besseren Menschen? In den Künsten, wo Tieren humane Eigenschaften ange-dichtet bekommen, hält sich hartnäckig das Bild von den gefiederten Helden oder solchen auf vier Pfoten, die alle menschlichen Tugenden, aber kaum deren Laster in sich tragen. So wie der „König der Löwen“ ein majestätisches Kuscheltier ist, das keiner Fliege etwas zuleide tun kann, oder wie in Walt Disneys Entenhausen absolutes Rauchverbot herrscht, so sind die tierischen Welten in Film, Literatur oder in Comic und Theater von kindlicher Naivität geprägt.

Eines ist diesen modernen Bestiarium meistens gemeinsam: ein hoher moralischer Anspruch und die Erziehung der zweibeinigen Zuschauer und Leser zum Besseren. Und damit wären wir schon bei der Fabel, dem Ursprung aller heutigen Tierdichtungen. Denn sie hält durch Gleichnisse mit sprechenden Tieren den Menschen einen oft satirischen Spiegel vor, der am Ende mit einer moralischen Aussage abschließt.

Einer der bedeutendsten Fabeldichter der Neuzeit ist der vor 400 Jahren geborene Franzose Jean de La Fontaine, der mit seinen Tierdichtungen einen immensen Einfluss auch auf die Nachwelt hatte. Christian Fürchtegott Gellert, Lessing und – vor allem mit seinem „Reineke Fuchs“ – Goethe bereicherten mit ihren tierischen Gleichnissen die deutsche Literatur. Und in England schuf George Orwell mit seiner „Farm der Tiere“ einen allegorischen Klassiker über Bauernvieh, das im Stall den Stalinismus einführt.

Äsop schuf die Vorlagen

Leidvolle Erfahrungen unter einem anderen Sonnenkönig, nämlich Ludwig XIV., inspirierten den am 8. Juli 1621 getauften und vermutlich auch geborenen La Fontaine zu seinen Fabeln. So harmlos die kurzen Versgedichte auch daherkommen, so sind sie doch nicht ohne Zeitkritik. Das gegenüber dem gefräßigen Wolf unterwürfige Lamm, die diebische Elster, die sich mit falschen Federn schmückt, oder der von Speichelleckern umgebene Löwe – sie alle sind Abbilder der höfischen Gesellschaft. In seinen Kurzsatiren kommt daher auch La Fontaines Protest gegen den Prozess seines Gönners Nicolas Fouquet subversiv zum Ausdruck. Der



Ein niederes Geschöpf beißt sich am Uhrmacher-Werkzeug die Zähne aus: „Die Schlange und die Feile“, Illustration von Grandville

König ließ den Minister zuvor aus fadenscheinigen Gründen einkertern.

Für La Fontaine war Ersatz schnell gefunden. Volle 20 Jahre finanzierte die Mäzenin Madame de La Sablière den verschwenderischen, aber in den Pariser Salons gefragten Autor, der wie fast alle damaligen Schriftsteller von der literarischen Arbeit allein nicht leben konnte. Dabei war er produktiv. Er schrieb Dramen und Ballette, wobei selbst Ludwig

XIV. es sich nicht nehmen ließ, bei einer Aufführung höchstselbst aufzutreten. Vor seinen zwischen 1668 und 1694 in zwölf Büchern erschienenen Fabeln veröffentlichte der 1695 im Alter von 73 Jahren verstorbene La Fontaine in der Nachfolge Boccaccios frivole-erotische Verserzählungen, die wegen ihrer Obszönitäten später der königlichen Zensur zum Opfer fielen.

Sie sind heute ebenso vergessen wie die meisten seiner 239 Fabeln, von denen

viele eine Abwandlung der äsopischen Fabeln waren – also satirische Tiergleichnisse, die dem antiken griechischen Dichter Äsop zugeschrieben wurden. Dabei gründet sich La Fontaines Bekanntheitsgrad laut dem Romanisten Jürgen Grimm „auf nicht mehr als insgesamt fünf Fabeln“: „Die Grille und die Ameise“, „Der Rabe und der Fuchs“, „Der Wolf und das Lamm“, „Der Hase und die Schildkröte“ sowie „Das Milchmädchen und der Milchkrug“. Ein Großteil des anhaltenden Ruhms erklärt sich auch durch die Kupferstiche bekannter Illustratoren wie Grandville und den zahlreichen Übersetzungen auch ins Deutsche. Und heutige Tierfreunde wird es sicher freuen, dass La Fontaine seinen Geschöpfen eine Seele andichtete.

● Im Anaconda Verlag ist neu eine Ausgabe mit sämtlichen Fabeln sowie mit Illustrationen von Grandville erschienen (640 Seiten, 7,95 Euro); eine zweisprachige Ausgabe ist in Reclams Universal-Bibliothek herausgekommen (458 Seiten, 12 Euro)

Jean de La Fontaine: „Die Grille und die Ameise“

Die Grille, die den Sommer lang zirpt' und sang, / litt, da nun der Winter droht', / harte Zeit und bitter Not: / Nicht das kleinste Würmchen nur, / und von Fliegen keine Spur! / Und vor Hunger weinend leise, / schlich sie zur Nachbarin Amei-

se, / und fleht' sie an in ihrer Not, / ihr zu leih'n ein Stückchen Brot, / bis der Sommer wiederkehre. / „Hör“, sagt sie, „auf Grillenlehre, / vor der Ernte noch bezahl' / Zins ich dir und Kapital.“ / Die Ameise, die wie manche lieben / Leut' ihr Geld

nicht gern verleiht, / fragt' die Borgerin: „Zur Sommerszeit, / sag doch, was hast du da getrieben?“ / „Tag und Nacht hab' ich ergötzt / durch mein Singen alle Leut'.“ / „Durch dein Singen? Sehr erfreut! / Weißt du was? Dann tanze jetzt!“

FESTSPIELSOMMER

Wagner unter Sternen

Es muss nicht immer Bayreuth sein – In Heidenheim hat sich ein kleines, aber feines Opernfest etabliert

An sommerlichen Opernfestivals mangelt es nicht. Die Festspiele in Bayreuth, Bregenz, Salzburg oder im britischen Glyndebourne gehören zu den bekanntesten, die nach der Pandemie wieder erwachen. Reist man noch tiefer in die Provinz, entdeckt man solche Perlen auch in Eutin, Rheinsberg oder in Heidenheim an der Brenz am Rande der Schwäbischen Alb.

Dort in der Ruine von Schloss Hellenstein finden seit 1977 die OH! statt, die Opernfestspiele Heidenheim. Trotz aller Schwierigkeiten haben die Festivalmacher ein Sommerprogramm mit konzertanten Opern, Orchesterkonzerten, Chormusik, Jazz und Konzerten für Kinder geplant,

das vom 4. Juli bis 1. August überwiegend im Brenzpark über die Bühne gehen wird.

In dem Park kommt es am 23. Juli zu einem Eröffnungskonzert des Konzertsommers, bei dem die Stuttgarter Philharmoniker unter anderem Wagners „Tannhäuser“-Ouvertüre und Tschaikowskis 5. Sinfonie spielen werden. Am Abend darauf findet dort eine konzertante Freiluft-Aufführung von Verdis „Troubadour“ statt. Einen spirituellen Schwerpunkt bilden die Konzerte in der Stiftskirche Mariä Himmelfahrt Obermedlingen mit dem Stuttgarter Kammerchor, der unter anderem Chorwerke von Brahms, Motetten von Felix Mendelssohn Bartholdy und

Lieder von Gustav Mahler aufführt. Und in der Paulskirche ist am 30. Juli Antonin Dvořáks „Requiem“ zu hören.

Die traditionelle Schlossbergtafel, Kinderkonzerte OH! für Kids, die Konzerte der Stuttgarter Philharmoniker und der Württembergischen Philharmonie Reutlingen, die Jazz-Gala mit der SWR Big Band oder das Konzert der gebürtigen Heidenheimer Gitarristin Jule Malischke sind weitere Glanzpunkte im Festivalprogramm. Am 1. August beschließen die Stuttgarter Philharmoniker unter dem Dirigenten Marcus Bosch im Brenzpark die diesjährigen Heidenheimer Opernfestspiele mit „Klassik unter Sternen“. Neben

musikalischen Leckerbissen aus Oper und Operette sind Filmmusiken wie jene aus „Star Wars“ zu hören.

Pandemie-bedingt ist das Programm in diesem Jahr etwas abgespeckt. So mussten die Opernproduktionen „Tannhäuser“ (Wagner), „I due Foscari“ (Verdi) und die Kinderoper „Wurst“ auf die Saison 2022 verschoben werden. Um gesund durch die Corona-Zeit zu kommen, hat man für umfangreiche Hygiene- und Testkonzepte, alternative Spielorte und variable Bestuhlungspläne gesorgt. H. Tews

● Weitere Programminweise und Karten unter: www.opernfestspiele.de

● MELDUNGEN

Lettische Kunst in Lüneburg

Lüneburg – In Anwesenheit der lettischen Botschafterin Inga Skujina wird diesen Freitag im Ostpreußischen Landesmuseum die Ausstellung „Zwischen Lettland und Deutschland. Der baltische Künstler Johann Walter-Kurau“ eröffnet. Der 1932 in Berlin gestorbene Maler, der in seiner lettischen Heimat unter dem Namen Johans (Jānis) Valters bekannt ist, gilt als einer der Begründer der modernen lettischen Malerei. Die bis zum 24. Oktober laufende Ausstellung ist zentraler Bestandteil des Jubiläums „Hundert Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland“ und zeigt Arbeiten aus einer Privatsammlung. Internet: www.ol-ig.de tws

Wiener stellen Ostpreußen aus

Wien – Das Kunstmuseum Oberes Belvedere widmet dem ostpreußischen Maler Lovis Corinth bis zum 3. Oktober eine umfassende Ausstellung. Die Schau „Das Leben, ein Fest!“ beruht auf den Beständen des Belvedere, in dessen Besitz sich neun hervorragende Gemälde befinden, und des Saarlandmuseums in Saarbrücken, ergänzt durch zahlreiche Leihgaben. Nach der Präsentation im Belvedere wird die Schau ab November 2021 im Saarlandmuseum zu sehen sein. tws

Im Juli zu Humboldt

Berlin – Mitte Juli soll das Humboldt Forum eröffnet werden. Die Räume im teilrekonstruierten Berliner Schloss im Zentrum der Hauptstadt sind bereits seit Ende 2020 fertiggestellt und betriebsbereit. Die ursprünglich für Dezember 2020 geplante Eröffnung des Humboldt Forums, in dem unter anderem Exponate aus der Kolonialzeit gezeigt werden sollen, musste allerdings wegen der Corona-Pandemie verschoben werden. Ein genaues Eröffnungsdatum stand bei Redaktionschluss noch nicht fest. tws

Dienstkalendar eines Kanzlers

Hamburg – Nach sieben Monaten Lockdown-bedingten Wartens konnte die Helmut-Schmidt-Stiftung ihre Dauerausstellung „Schmidt! Demokratie leben“ eröffnen. Die Ausstellung erinnert an den früheren Bundeskanzler aus Hamburg und zeigt viele seiner privaten Erinnerungsstücke. Standort ist das denkmalgeschützte Kontorhausviertel mitten in der Hamburger Altstadt am Kattrepel 10, direkt neben dem früheren Pressehaus, in dem Schmidt nach seiner Kanzlerschaft Herausgeber der „Zeit“ war. In der Schau, in deren Zentrum die Kanzlerjahre stehen, sind unter anderem die Schmidt-typische Elblotsenmütze und Schmidts Dienstkalendar aus der Zeit des RAF-Terrorismus zu sehen. Internet: www.helmut-schmidt.de tws

ADOLF VON THADDEN

Kurzzeithoch für die NPD

Bei der Bundestagswahl 1969 wurde vielfach der Einzug der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in das Parlament erwartet. Die Partei scheiterte dennoch an der Fünf-Prozent-Hürde. In den meisten Landtagen war sie zu dieser Zeit vertreten, allerdings jeweils nur für eine Legislaturperiode.

Bestimmende Führungsfigur der NPD war Adolf von Thadden, der 1967 den Bundesvorsitz übernommen hatte. Geboren vor 100 Jahren, am 7. Juli 1921, auf dem pommerschen Gut Trieglaff, wurde er im Zweiten Weltkrieg mehrfach verwundet. 1947 erfolgte Thaddens Einstufung als „unbelastet“. Er ließ sich in Göttingen nieder, wo er als Ratsherr wirkte. Auf der Liste der Deutsch-Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) zog er 1949 in den Bundestag ein. Für die DRP errang er 1955 ein Landtagsmandat in Niedersachsen. Um das zersplitterte Spektrum rechts von Union und FDP zu konzentrieren, entstand 1964 unter seiner maßgeblichen Mitwirkung die NPD.

Folgt man dem Historiker Uwe Backes, so lassen sich Thaddens Positionen „überwiegend den deutsch-nationalistischen Traditionslinien der (extremen) Vorkriegsrechten zuordnen: Reichsidee, ‚starker Staat‘, Einigung aller Deutschen in einem Staatsverband, Wiedererlangung verlorener Territorien, Antibolschewismus und Ablehnung sozialrevolutionärer Experimente, auch mit antisemitischen Stereotypen“. Innerhalb der NPD habe er als „prowestlich“ gegolten. Die öffentliche Wahrnehmung sei aber



Vor 100 Jahren geboren: Adolf von Thadden Foto: Eric Koch / Anefo

von den „radikaleren Elementen seiner Partei“ geprägt gewesen.

1971 zog Thadden sich vom Vorsitz zurück, er hielt die NPD inzwischen für „unführbar“, 1975 trat er aus. Er betätigte sich unter anderem als Publizist und lebte ab 1982 auf Teneriffa. Vor 25 Jahren, am 16. Juli 1996, ist er in Bad Oeynhausen gestorben.

Das Vorhandensein einer NSDAP-Mitgliedsnummer erklärte er damit, dass er ohne sein Wissen aus der Hitlerjugend übernommen worden sei. Die mehrfach geäußerte Vermutung, er habe für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 gearbeitet, lässt sich laut Auskunft der Bundesregierung von 2013 nicht bestätigen. In der Verwandtschaft Thaddens findet sich eine Reihe bekannter Persönlichkeiten. Seine Halbschwester Elisabeth wurde 1944 aufgrund ihrer Betätigung gegen das NS-Regime hingerichtet, sein Halbbruder Reinold war Gründer des Deutschen Evangelischen Kirchentages, sein Neffe Rudolf machte sich als Historiker einen Namen.

Erik Lommatzsch

NIKOLAUS I.

Wie der „Gendarme Europas“ das goldene Zeitalter der Kultur begünstigte

Vor 225 Jahren geboren und von Kindesbeinen an militärisch erzogen, war der dritte Sohn Pauls I. eher ein zufälliger Herrscher auf dem russischen Thron, den er dann 30 Jahre lang innehatte



Ein schlechtes Omen? Der Dekabristenaufstand am 26. Dezember 1855 überschattete den Herrschaftsantritt von Nikolaus I.

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Regentschaft des russischen Zaren Nikolaus I. wird als eine Periode der düsteren Reaktion, des hoffnungslosen Stillstands, der Kasernenordnung und eines Wächterimperiums dargestellt. Zweifels- ohne war seine Herrschaft geprägt durch einen Konservatismus, dem der Erhalt der Monarchie und die Pflichterfüllung als höchstes Ideal galten. Doch neben einer überbordenden Bürokratie schuf Nikolaus I. auch die Grundlagen für ein entwickeltes Bildungssystem, das es ermöglichte, in Russland die Industrialisierung voranzubringen. Die Zensur und die Verfolgung aller Andersdenkenden beflügelte die vom Westen beeinflussten Freidenker, sodass Russlands Kultur eine Blütezeit erlebte und literarische Werke von Weltniveau entstanden.

Vor 225 Jahren, am 6. Juli 1796, wurde Nikolaj Pawlowitsch Romanow als dritter Sohn Pauls I. in Zarskoje Selo geboren. Ihm stand eine militärische Karriere bevor. Schon früh erwachte sein Interesse am Ingenieur- und Militärwesen. Nachdem er im Juli 1817 die deutsche Prinzessin Charlotte von Preußen geheiratet hatte – nach der orthodoxen Taufe Alexandra Fjodorowna –, beteiligte sich der Großfürst an der Entwicklung der russischen Armee. Unter seiner Führung wurden Ausbildungseinrichtungen in Kompanien und Bataillonen aufgebaut.

Gänzlich dem Militär verschrieben, war Nikolaus aufs Regieren nicht vorbereitet, als sein ältester Bruder Alexander I. nach 24 Jahren auf dem Thron plötzlich verstarb. Weil der zweitälteste Bruder Konstantin sich zuvor bereits strikt geweigert hatte, den Thron zu besteigen, hatte Alexander I. Nikolaus zu seinem Nachfolger bestimmt. Dessen Herr-



FOTO: ERMITAGE

„Die Pflicht! Ja, es ist kein leeres Wort für jemanden, der wie ich seit seiner Jugend daran gewöhnt ist, es zu verstehen. Dieses Wort hat eine heilige Bedeutung, vor der alle persönliche Motivation zurücktritt, alles muss sich seinem Sinn unterordnen, bis man im Grab verschwindet. Das ist mein Motto“

Nikolaus I.
aus einem Brief

schaftsantritt fiel mit einem dramatischen Ereignis der russischen Geschichte zusammen: Am 26. Dezember verweigerten 3000 Anhänger der Dekabristen, einer Vereinigung von Revolutionären, bestehend vor allem aus verschworenen Offizieren, den Eid auf Nikolaus. Mithilfe loyaler Armeeangehöriger schlug dieser den Aufstand entschieden nieder.

Die Mehrheit der Dekabristen bestand aus Idealisten, die, angesteckt von den revolutionären Ideen aus Westeuropa, hofften, durch Anpassung an die russische Realität soziale Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen zu vermeiden. Sie erachteten Freiheit, Gleichheit und Ehre als Notwendigkeit für das Wohl des Vaterlandes. Diese Ideale passten allerdings nicht zu den Ansichten des Zaren, der drei Prinzipien benannte, auf denen das russische Imperium ruhe: Orthodoxie, Autokratie und ein volksverbundener Patriotismus.

Schutzherr der Monarchie

Nikolaus I. setzte auf die Wiederbelebung der auf dem Wiener Kongress 1815 gebildeten Heiligen Allianz. Seine Angst vor liberalen Ideen, der Drang, Andersdenkende nicht nur in Russland, sondern in ganz Europa zu unterdrücken, brachte ihm den Namen „Gendarme Europas“ ein. Er verstand sich als Schutzherr der monarchischen Ordnung, einer christlichen Politik, bei der das Dienen an erster Stelle stand. Wichtiger als neue Ideen zuzulassen war ihm, das Altbewährte zu schützen und Neues daraus zu entwickeln.

Während seiner Regentschaft wurden Beamte, Ingenieure, Landwirte, Ärzte und Lehrer an modernen Einrichtungen ausgebildet, er entwickelte ein großes Netz an Grund- und Mittelschulen, die Zahl der Gymnasien stieg beträchtlich, ebenso die Zahl der Schüler. In St. Petersburg wur-

den Institute für die verschiedenen Fakultäten gegründet. Unter seiner Ägide wurden Sibirien und der Ural erschlossen. Die Hälfte des Straßennetzes, das bis 1917 gebaut wurde, war zu Nikolaus' Zeiten konzipiert worden. Die Eisenbahnverbindung von St. Petersburg nach Zarskoje Selo und nach Moskau, die ersten Dampfer auf der Wolga und im Baltikum sowie das Ersetzen von Manufakturen durch Fabriken mit moderner Ausrüstung zählen zu seinen Erfolgen.

Bürokratie und Zensur

Im Verwaltungssystem wuchsen hingegen die Widerstände. Sein Konservatismus führte zu einer überbordenden Bürokratie im Land. Die Folge war eine strenge Zensur, die Bildung der „dritten Abteilung“, einer Gedanken- und Gesinnungspolizei unter Alexander von Benckendorff, dem Nikolaus vertraute. 1826 lehnte Nikolaus die Aufhebung der Leibeigenschaft ab.

Die Außenpolitik von Zar Nikolaus I. war von Kriegen geprägt. Der Russisch-Persische Krieg von 1826 bis 1828 brachte Russland einen erheblichen Gebietszuwachs, im Russisch-Türkischen Krieg von 1828 bis 1829 brachte das Zarenreich die Ostküste des Schwarzen Meeres unter seine Kontrolle, erhielt freien Verkehr auf der Donau, im Schwarzen Meer und im Mittelmeer, 1830 gelang Nikolaus I., der seit 1825 auch König von Polen war, die Niederschlagung des polnischen Aufstands. In der Folge wuchs der russische Einfluss im Orient. 1833 unterwarf sich quasi der Herrscher des Osmanischen Reichs, Sultan Mahmud II., als er Russland als Schutzmacht gegen den Pascha von Ägypten, Muhammad Ali, anrief. Als Nikolaus 1853 versuchte, die Türkei zu erobern, erwies sich das Bündnis der Heiligen Allianz jedoch als brüchig.

Der letzte Akt seiner Herrschaft gipfelte im Krimkrieg. Als Großbritannien und Frankreich, die ihre eigenen Interessen in der Region bedroht sahen, sich gegen Russland verbündeten und keine andere Macht den Zaren unterstützte, erlitt er am Ende seiner Herrschaft seine schwerste Niederlage. Russland verlor in der Folge seinen Einfluss am Schwarzen Meer. 1855 zog Nikolaus I. sich eine Lungenentzündung zu, an der er verstarb.

Die verschärfte Zensur beflügelte indes die Kultur. Wer über Bildung verfügte, hatte längst die Möglichkeit, sich den europäischen Geist trotz oder gerade wegen der zaristischen Beschränkungen anzueignen. Die russische Sprache entwickelte sich zur Literatursprache. Dies führte zu einem raschen und vollkommenen Aufbruch poetischen Schaffens. Im Überschwang des romantischen Gefühls litten Literaten wie der Fabeldichter Iwan Krylow, der Dramatiker Alexander Gribojedow, der romantische Dichter Michail Lermontow und Russlands bedeutendster Klassiker Alexander Puschkin an der russischen Wirklichkeit. Der junge Puschkin sympathisierte mit den Dekabristen, was ihm die ständige Aufsicht des Zaren einbrachte. Die Dekabristen werden in Russland bis heute romantisiert.

Aktuell wird das Bild des Wächterimperiums Nikolaus I. neu diskutiert. Sendungen im russischen Staatsfernsehen, in denen die Leistungen des Zaren hervorgehoben werden oder eine Video-Konferenz unter Beteiligung von Historikern, Politologen und Publizisten mit Jugendlichen über die Spuren Nikolaus' I. in der Gegenwart zeugen davon.

IRLAND

Als ein Land den Gewinn seiner Unabhängigkeit mit dem Verzicht auf seinen Nordteil bezahlte

Vor 100 Jahren endete der Irische Unabhängigkeitskrieg. Er führte zur aktuellen Lage: einen den größten Teil der Insel umfassenden unabhängigen Staat und einen zum Vereinigten Königreich gehörenden Rest

VON HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Um den irischen Unabhängigkeitskrieg besser verstehen zu können, empfiehlt sich ein kurzer Streifzug durch die irische Vergangenheit. Im Mittelalter hatten die anglonormannischen Barone noch eine Art Ständeversammlung, auch Parlament genannt, eingerichtet, das aber bereits im späten 15. Jahrhundert dem englischen König unterstellt wurde. Irland wurde in den folgenden Jahrhunderten immer mehr in den englischen Staatsbildungsprozess hineingezogen. Während im 16. Jahrhundert die gälische Gesellschaft noch intakt war, wurde sie im 17. Jahrhundert im Kern durch die Engländer zerstört, die Irland von der nördlichen Provinz Ulster aus gezielt kolonisierten.

Religiös aufgeladener Konflikt

Der Protestantismus in Irland war die Konfession der Neueinwanderer und Kolonisten der elisabethanischen Zeit, die das Land unter sich immer weiter aufteilten. Katholische Landbesitzer gab es eigentlich nur noch in der Provinz Connaught, und der Katholizismus entwickelte sich zu einer Unterschichtreligion.

Nach der Glorreichen Revolution in England von 1688/89 und der Besteigung des englischen Throns durch das protestantische Ehepaar Wilhelm III. von Ora-

nien und Mary II. im Jahre 1689 kam es 1691 mit dem Vertrag von Limerick zwar zu einem Ausgleich zwischen den protestantischen und katholischen Landbesitzern in Irland. Doch die Situation verschärfte sich wieder, weil das irische Parlament den Status der Katholiken durch eine Serie von Gesetzen weiter verschlechterte. Die Katholiken Irlands waren im 18. Jahrhundert von jeder Macht ausgeschlossen, obwohl sie vier Fünftel der Bevölkerung ausmachten.

Dublin statt Westminster

Nach der staatsrechtlichen Vereinigung Irlands mit Großbritannien durch den 1801 in Kraft getretenen Act of Union stand Irland bis 1921 direkt unter britischer Herrschaft. Ein wesentlicher Aspekt irischer Bestrebungen in dieser Epoche bestand im Kampf um Katholikenemanzipation und eine von Großbritannien unabhängige Regierung. Daraus entwickelte sich ein irischer Nationalismus (Gaelic League), der Irland seine eigene Kultur und Sprache wiedergeben wollte, um Irlands Recht unter den Nationen der Welt herauszustellen und schließlich auch Großbritannien davon zu überzeugen, die eigenständige irische Nation anzuerkennen. Je mehr sich jedoch die irische Nation als katholisch verstand, desto klarer wurde der protestantisch dominierte Norden ausgegrenzt und Ulster in die Arme des protestantischen Großbritanniens getrieben.

Mit dem Ziel, dass sich die irischen Abgeordneten aus Westminster zurückziehen, um in Dublin als neues Parlament zusammenzutreten, wurde 1905 die Partei „Sinn Féin“ (wir selbst) gegründet. Daneben entwickelte sich in Irland als neue Kraft die Arbeiterbewegung. Irische Arbeiter kamen aus England zurück und schlossen sich in Belfast und Dublin der Bewegung an, deren Ziel es war, sich vom Empire zu lösen. In Reaktion hierauf formierten sich unionistische Gegenkräfte. Sie vertraten die Ansicht, dass es Irland besser habe in einer Union mit Großbritannien.

Sinn Féin-Wahlsieg von 1918

Die Entscheidung für Irlands Selbst-Regierung (Home Rule) fiel in Westminster 1911, als nach einer Verfassungsreform das Oberhaus die dritte Home Rule Bill nicht mehr verhindern konnte. Die Unionisten bekämpften dieses Gesetz und drohten mit einer gewaltsamen Regierungsübernahme in der protestantisch dominierten Provinz Ulster. Über 400.000 Menschen unterzeichneten eine Bündnisverpflichtung, in der sie gelobten, die „Verschwörung“ für Home Rule mit allen Mitteln – auch mit Gewalt – zu bekämpfen. In Ulster unternahmen Freiwillige in der 1912 gegründeten protestantisch-unionistischen Miliz „Ulster Volunteer Force“ (UVF) militärische Übungen. Daraufhin konstituierten sich im darauffolgenden Jahr im Süden die Irish Citizen Army (ICA) und die Irish Volunteers mit ent-

gegengesetzter Zielrichtung. 1914 standen sich damit in Irland zwei gerüstete Privatarmeen kampfbereit gegenüber. In letzter Minute berief der englische König eine Konferenz in den Buckingham Palace ein, bei der die wichtigsten Vertreter zugegen waren. Der Beginn des Ersten Weltkrieges im August ließ aber keine Lösung mehr zu, und am 18. September 1914 unterschrieb der König die Home Rule Bill mit der Maßgabe, dass sie erst nach dem Ende des Krieges in Kraft treten sollte.

Es kam daraufhin kurzfristig zu einer Art Burgfrieden. 200.000 Iren kämpften infolgedessen freiwillig in der regulären britischen Armee. 60.000 von ihnen bezahlten diesen Entschluss mit ihrem Leben. Während des Krieges verloren die irischen Abgeordneten weiter an Einfluss, weil die Konservativen unter Einschluss der irischen Unionisten und die Liberalen sowie einige Labour-Abgeordnete sich in Westminster zu einer Koalition zusammenschlossen.

Asymmetrischer Krieg

In Irland standen sich währenddessen noch immer zwei Armeen gegenüber, die nun nicht mehr länger auf eine Lösung aus London warten wollten. Verschiedene Strömungen des irischen Nationalismus, darunter Katholiken und Sozialisten sowie Vertreter der Gaelic League, trafen sich mit dem Ziel, das sich im Krieg befindende Großbritannien lahmzulegen und die tyrannische britische Herrschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern. Ein

entsprechender Aufstand des Jahres 1916 sollte später als „Osteraufstand“ in die irische Geschichte eingehen. 1600 leicht bewaffnete Männer besetzten in Dublin das General Post Office und andere strategisch bedeutende Plätze. Die englische Armee schloss die Stadt sofort ein und schlug mit voller Härte zu. Durch die brutale Zerstörung eines Teils der Innenstadt und durch das erbarmungslose Vorgehen gegen die irischen Nationalisten desavouierte sich die britische Macht auch in den Augen derjenigen, die vorher gegen sie die Waffen nicht erhoben hatten.

Eine Folge des Osteraufstandes war es, dass die irische Parlamentarische Partei in die Bedeutungslosigkeit versank. Sie konnte sich gegen die Kriegscoalition in Westminster nicht mehr profilieren. Im Gegenzug erlebte Sinn Féin einen kometenhaften Aufstieg, der noch verstärkt wurde, als im Vereinigten Königreich die allgemeine Wehrpflicht auf Irland ausdehnt werden sollte.

Als am 14. Dezember 1918 erstmals seit 1910 wieder Unterhauswahlen abgehalten wurden, und zwar nach einem mittlerweile reformierten, demokratischeren Wahlrecht, entstand in Großbritannien eine ganz neue politische Welt. Die irische Parlamentarische Partei verlor fast alle ihre Sitze an Sinn Féin. Letztgenannte Partei hatte vorher bereits angekündigt, dass ihre gewählten Kandidaten deren Sitze in Westminster nicht einnehmen, sondern stattdessen in Dublin zusammentreten würden. Das geschah, und Sinn Féin bildete darüber hinaus eine provisorische Regierung. Der Einladung an die anderen, Londonfreundlicheren gewählten Parlamentskandidaten aus Irland mitzumachen kamen diese erwartungsgemäß nicht nach.

Teilung der Insel

Die neue Regierung bemühte sich um internationale Anerkennung. Sie tat das zunächst vergebens, weil sich vor allem Großbritannien dagegenstemmte. Im eigenen Land aber fand sie sehr schnell Zuspruch. Überall wurden lokale Schiedsgerichte aufgebaut, die unter Sinn-Féin-Beteiligung das englische Rechtssystem allmählich ersetzten. Die Irish Volunteers begriffen sich als Armee der neuen „Irischen Republik“, als Irish Republican Army (IRA). Auf der anderen Seite wurde die Polizei des britischen Staates in Irland mit Offizieren des Weltkrieges verstärkt. Von beiden Seiten gab es brutale Übergriffe, Waffenbeschaffungsmaßnahmen und Ausschreitungen. Es herrschte Krieg.

Dieser unerklärte, asymmetrische Krieg endete vor 100 Jahren, am 11. Juli 1921, mit einem Waffenstillstand. Die anschließenden britisch-irischen Verhandlungen mündeten noch im selben Jahr in den Anglo-Irischen Vertrag. Irland wurde geteilt. Es entstanden ein Irischer Freistaat, ein eigenständiges Herrschaftsgebiet innerhalb des British Empire wie Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland oder Südafrika, aus dem später die heutige souveräne Republik Irland wurde, und ein protestantisch geprägtes Nordirland, das seinen Weg in Anlehnung an Großbritannien suchte.

Heinrich Prinz von Hannover,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. und ein Urururenkel König Ernst Augusts I. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.



Die Briten setzten in dem asymmetrischen Krieg gegen die irischen Guerillakämpfer im Weltkrieg bewährtes schweres Gerät ein: Ein britischer Panzer 1920 in Dublin

VON DIRK PELSTER

Was nach außen hin für viele Medienkonsumenten immer noch nach Vielfalt aussieht, ist längst potemkinsche Fassade. Die Meldungen von Zeitungen, von Fernseh- oder Hörfunksendungen klingen nicht bloß rein zufällig gleich, sie werden tatsächlich oft auch von denselben Journalisten verfasst. Während normale Medienredaktionen schrumpfen, wächst nämlich die Bedeutung von Nachrichtenagenturen. Sie sind heute ein bestimmender Faktor in der Berichterstattung.

Die Presselandschaft der Bundesrepublik ist vor allem eine Hinterlassenschaft der westalliierten Besatzungsmächte. Durch die Vergabe von Lizenzen an Zeitungsverleger sorgten sie gleich nach Kriegsende dafür, dass in den Landkreisen und Städten ihrer Zonen ein bis maximal zwei Tageszeitungen entstanden. In den 70er und 80er Jahren setzten in der bundesdeutschen Medienlandschaft erste Konzentrationsprozesse ein. Einzelne Zeitungen wurden von finanzstarken Verlagshäusern aufgekauft und Redaktionen zusammengelegt.

Die größte Herausforderung für viele selbstständige Presseerzeugnisse brachte jedoch das Aufkommen des Internets mit sich. Inhalte wurden für die Nutzer schnell verfügbar, und das Interesse am gedruckten Papier schwand rapide. Dieser Trend sinkender Auflagen hält bis heute an und hat erneut dazu geführt, dass Zeitungen vom Kiosk verschwanden oder nur noch als Markennamen bestehen blieben, deren eigentliche Inhalte aber von zentral geführten Redaktionen großer Verlagsgesellschaften gestellt werden.

Viele Medien – eine Quelle

Vielfach entstammt das Material, welches heute die Seiten von Presseerzeugnissen füllen soll, gar nicht mehr aus den Federn hauseigener Journalisten, sondern wird extern zugekauft. Als Lückenfüller treten hier zunehmend Nachrichtenagenturen wie Reuters, die Deutsche Presse-Agentur (dpa) oder Associated Press (AP) auf. Sie liefern aktuelle Meldungen, die von Zeitungs- oder Rundfunkredaktionen gegen Entgelt entweder vollständig oder geringfügig modifiziert übernommen werden können. Damit ersparen sich Sendeanstalten und Verlage den Unterhalt eigener Büros an wichtigen Schauplätzen des nationalen und internationalen Geschehens.

Während lokale Medien bei der Berichterstattung über globale Vorkommnisse schon in der Vergangenheit auf Meldungen von Agenturen zurückgegriffen haben, nutzen sie nun verstärkt auch deren Angebote, wenn es um Nachrichten aus Berlin oder dem sonstigen Inland geht. Überregionale Tages- und Wochenzeitungen sowie Rundfunkanstalten haben ihr Korrespondentennetzwerk massiv



Was hier entsteht, wird von zahllosen Medien einfach übernommen: „Newsroom“ der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin

Foto: pa

MEDIEN

Die Macht der Nachrichtemacher

Presseagenturen treten gegenüber den Medienkonsumenten selbst kaum in Erscheinung. Doch im Hintergrund beherrschen sie die Nachrichtenlandschaft ganz entscheidend

ausgedünnt und berichten nur noch selten durch eigene Mitarbeiter von den Brennpunkten der Welt.

Den Nachrichtenagenturen fällt heute somit eine wichtige Rolle bei der Auswahl zu, welche Ereignisse es überhaupt in die Schlagzeilen schaffen und welche Vorkommnisse unerwähnt bleiben. Auch die Darstellung eines Geschehens kann von ihnen maßgeblich mitbestimmt werden. So stützte sich etwa die in den deutschen Medien sehr tendenziöse Berichterstattung zum Todesfall des Afroamerikaners George Floyd aus dem vergangenen Jahr größtenteils auf Agenturmeldungen.

Unabhängigkeit ist zweifelhaft

Angesichts dieser Konzentration des Nachrichtenflusses aus immer weniger Quellen stellt sich die Frage nach deren journalistischer Unabhängigkeit und Objektivität. Hier treten die Akteure unterschiedlich auf, je nach ihrer Struktur. Im außereuropäischen Bereich ist häufig der Typus der rein staatlichen Nachrichten-

agentur, welche als Verkündungsorgan ihrer jeweiligen Regierung fungiert, vorherrschend. In westlichen Staaten dominieren – neben einer Vielzahl von kleineren privaten oder an ein bestimmtes religiöses Bekenntnis gebundenen Organisationen – vor allem große Agenturen, die von kleineren Medienunternehmen gemeinsam getragen werden. Beispielsweise ist die dpa als GmbH konstituiert, deren Gesellschafter Zeitungsverlage und Rundfunksender sind.

Auffällig ist dabei der hohe Anteil, den die Vertreter des zwangsfinanzierten Staatsrundfunks in den Gremien der Firma ausmachen. Offiziell wird die dpa zwar nicht müde zu betonen, sie stelle eine staatsferne Berichterstattung dadurch sicher, dass sie die Gesellschaftsanteile öffentlich-rechtlicher Anstalten auf maximal 15 Prozent des Stammkapitals gedeckelt habe. Doch dabei handelt es sich eher um ein formales Alibi. So rechnet die größte deutsche Nachrichtenagentur mit ihren Kunden nämlich nach einem Schlüssel ab,

der sich an der Reichweite des abnehmenden Mediums orientiert.

Schlüsselposition der Staatssender

Eine Lokalzeitung mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren muss daher deutlich weniger als die „Tagesschau“ der ARD mit mehr als zehn Millionen Zuschauern zahlen, wenn beide dieselbe Meldung von der dpa einkaufen. Dementsprechend unterschiedlich dürfte auch der Einfluss ausfallen, den die Abnehmer auf die Agentur ausüben können.

Zudem erbringt die dpa über ihre Tochterfirmen auch direkte Dienstleistungen für deutsche Regierungsstellen. Insbesondere liefert sie vielfach das Bildmaterial für deren Broschüren. Die Agentur selbst gibt hierzu keine Zahlen bekannt, aber es ist zu bezweifeln, dass sie finanziell im bisherigen Umfang überlebensfähig wäre, wenn die zwangsfinanzierten Medien und andere staatliche Stellen sich als Kunden ihrer kostenpflichtigen Angebote zurückzögen.

Noch deutlicher ist der Regierungseinfluss bei der in Paris residierenden Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP), auf deren Meldungen in deutschen Gazetten ebenfalls gerne zurückgegriffen wird. Hier stammt der größte Teil der Einnahmen ebenfalls von der französischen Republik.

Doch auch große und im Privatbesitz befindliche Nachrichtenagenturen haben in der Vergangenheit Staatsmittel erhalten. So konnte Reuters in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sein Korrespondentennetzwerk im Nahen Osten nur mit großzügiger materieller Unterstützung der britischen Regierung ausbauen.

Die Unabhängigkeit der bedeutendsten westlichen Nachrichtenagenturen mag auf dem Papier zwar vorhanden sein. Doch besteht in der Praxis eine nicht unbeachtliche finanzielle Abhängigkeit von staatlichen Stellen und Sendeanstalten, die sich durchaus auch auf ihre journalistische Arbeit auswirken dürfte.

NEUSPRECH

Agenturen wollen „Diversität sichtbar machen“

Meldungen und Berichte sollen künftig „diskriminierungssensibler“ abgefasst werden

Die größten deutschsprachigen Nachrichten- und Presseagenturen haben ein gemeinsames Vorgehen vereinbart, um künftig „diskriminierungssensibler“ zu berichten. „Möglichkeiten zur Vermeidung diskriminierender Sprache und zur Sichtbarmachung von Diversität sind konsequent zu nutzen“, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung der Agenturen AFP, APA, dpa, epd, Keystone-SDA, KNA, Reuters und SID.

Die Agenturen kündigen an, grammatisch männliche Personenbezeichnungen, die bislang aber für alle Geschlechter verwendet werden, schrittweise zurückzu-

drängen. Ob die Nachrichtenagenturen ganz auf das sogenannte generische Maskulinum verzichten können, hängt laut ihrer gemeinsamen Erklärung von der weiteren Entwicklung der Sprache ab. Bislang wird das generische Maskulinum von den Medien insbesondere dann häufig verwendet, wenn es darum geht, Nachrichten in sehr kompakter Form zu übermitteln.

Geschlechtsneutrale Formen

Zudem wollen die Agenturen „zur Vermeidung diskriminierender Sprache und zur Sichtbarmachung von Diversität“ konsequent auch andere Möglichkeiten

nutzen. Die Deutsche Presse-Agentur nennt in diesem Zusammenhang unter anderen Doppelformen wie zum Beispiel „Schülerinnen und Schüler“ oder geschlechtsneutrale Pluralformen, etwa „die Fachkräfte“ oder „die Lehrkräfte“.

Als Beispiele für weitere diskriminierungssensible Formulierungen nennt dpa substantivierte Partizipien („die Studierenden“), neutrale Funktionsbezeichnungen („Vorsitz“) und syntaktische Lösungen. Statt „Raucher haben eine kürzere Lebenserwartung“ könnte es diskriminierungssensibel beispielsweise heißen: „Wer raucht, hat eine kürzere Lebens-

wartung.“ Die Presseagentur wies zudem auf die Möglichkeit hin, Adjektive statt Substantive zu verwenden. Aus dem „Rat des Arztes“ wird dann beispielsweise „der ärztliche Rat“.

Nur ein erster Schritt

Und es soll offenbar noch weiter gehen. Die Nachrichtenagenturen bezeichnen das vereinbarte Vorgehen als ersten Schritt in einem mehrjährigen Prozess. Dabei wollen die Agenturen „die Entwicklung der Sprache in den nächsten Jahren gemeinsam beobachten“. In enger Abstimmung mit den Medienkunden wollen

sie die Entwicklung regelmäßig neu bewerten.

Verzichten wollen die Agenturen bis auf Weiteres auf die Verwendung von Sonderzeichen wie etwa Genderstern, Unterstrich oder Doppelpunkt. Bislang verwenden die meisten Medienkunden ebenfalls keine derartigen Sonderzeichen, die sogenannte nicht-binäre Geschlechtsidentitäten abbilden sollen. Derzeit entsprechen diese Sonderzeichen auch nicht dem amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung und ebenso wenig dem allgemeinen Sprachverständnis beziehungsweise der Sprachpraxis. Norman Hanert



NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Erhalten, um zu wachsen

Gebietsregierung legt erfolversprechendes Förderprogramm zum Wiederaufbau des kulturellen Erbes auf

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

In dem Maße, wie das nördliche Ostpreußen Touristen aus der Russischen Föderation anzieht, bemüht sich die Gebietsregierung, diesen etwas zu bieten. Gerade in letzter Zeit haben sich dadurch Chancen ergeben, dass die Reste des noch existierenden kulturellen Erbes erhalten werden.

In Gerdauen beispielsweise wurde in einem deutschen Gebäude ein Gästehaus mit drei Zimmern eingerichtet, und in der Deutschordensburg könnte bald ein Hotel oder Ähnliches entstehen.

Für solche Vorhaben hat die Gebietsregierung in diesem Jahr ein Förderprogramm für Investoren aufgelegt, die bereit sind, ihr Geld in den Wiederaufbau und die Herbeiführung einer wirtschaftlichen Nutzung von Gebäuden zu stecken, die auf der Liste der Objekte des kulturellen Erbes stehen. Die Bauherren können ein zinsloses Darlehen in Höhe von umgerechnet 5,7 Millionen Euro aus dem Haushalt der Region für die Erstellung der wissenschaftlichen Expertise, die Baupläne und die ausführenden Arbeiten erhalten. Die Rückzahlung des Kredits wird darüber hinaus für zehn Jahre ausgesetzt, da die Behörden davon ausgehen, dass die Investoren in dieser Zeit ihre Arbeiten beendet haben und das historische Gebäude in seiner neuen Nutzung Gewinn abwerfen wird.

Förderprogramm für Wiederaufbau

Im Rahmen dieses Programms wurden bereits erste Projekte in Angriff genommen, wie die ehemalige Brauerei Ponarth und das Fort Nr. 3 in Königsberg, die Wassermühle in Gerdauen, ein altes deutsches Herrenhaus in Rauschen oder die Deutschordensburg Ragnit. Die zerstörten oder verfallenden Gebäude sollen in Museen, Hotels oder Restaurants verwandelt werden. Auf ihrem Territorium sollen Wellness-Oasen sowie Einkaufs- und Unterhaltungsviertel entstehen.

Eines der vom Umfang her größten Projekte ist die Restaurierung und wirt-



Nach dem Willen der Gebietsregierung könnte diese Ruine in naher Zukunft zu neuem Leben erwachen: Erhaltene Überreste der Ordensburg in Gerdauen *Foto: Sergksu*

schaftliche Nutzung der Ordensburg in Ragnit. Das alte Gebäude aus dem 13. Jahrhundert hatte zwar den Zweiten Weltkrieg gut überstanden, wurde aber 1976 bei den Dreharbeiten zum Film „Zwanzig Tage ohne Krieg“ des schönen Filmmaterials willen in Schutt und Asche gelegt. Eine der Innenmauern stürzte ein und verwandelte Ragnit in eine Ruine.

Mit Iwan Artjuk fand sich ein mutiger Unternehmer, der in den Ruinen ein Restaurant, ein Gästehaus und eine Käserei eröffnete. Allerdings war der Erfolg nur mäßig, da die Touristen meist nur für einen Tag bleiben, statt zu übernachten.

Die Teilnehmer an dem neuen Programm sollen deshalb nicht nur für den Erhalt des Kulturerbes sorgen, sondern die Bauten auch in eine wirtschaftliche Nutzung überführen, damit auch die Gemeinden von der Entwicklung als Touristenattraktion profitieren können. Die Idee ist, nicht nur die Infrastruktur zu er-

weitern, sondern auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein Nebeneffekt der staatlichen Förderung könnte auch die Entwicklung einer Kinoindustrie sein. Im Königsberger Ministerium für Kultur und Tourismus hofft man darauf, dass dank des Förderprogramms in der Region weitere interessante Orte entstehen werden, die für die Filmindustrie anziehend sind.

Gemeinden sollen profitieren

So hat die Bernsteinregion in den vergangenen Jahren bereits Filmemacher aus der gesamten Russischen Föderation angelockt. Neben staatlichen Subventionen schätzen die Drehbuchautoren und Filmemacher die Schönheit der Landschaft sowie die ungewöhnliche Architektur vor allem Königsbergs, die viele Stile vereint.

„Es ist eine großartige Idee, zinslose Darlehen für die Restaurierung von Objekten des kulturellen Erbes zu geben“,

sagte der Leiter des regionalen Ministeriums für Kultur und Tourismus, Andrej Jermak, „Schlösser, Burgen, alte Gutshöfe und andere interessante Objekte können als Gästehäuser, Kulturzentren oder Kunsträume und als Drehorte zu neuem Leben erwachen.“

Laut dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Industrie und Handel des Königsberger Gebiets, Dmitrij Kuskow, stieß das Programm zur Einbeziehung von Objekten des Kulturerbes in den Wirtschaftsumsatz auf großes Interesse in der Region. „Kollegen aus anderen Regionen sind sehr an den Bedingungen interessiert. Dies ist eine unserer Erfahrungen, die gute Aussichten auf eine landesweite Nachahmung haben“, betonte Kuskow.

Die Umsetzung des Programms ist für den Zeitraum 2021 bis 2023 geplant. Wenn die Investoren dann weiterhin Interesse an zinsgünstigen Krediten zeigen, kann dieser eventuell verlängert werden.

HEILSBERG

Gute Chancen auf Anerkennung als Kurort

Gradierwerk wurde in Betrieb genommen – Erweiterung der Infrastruktur geplant

Die Stadt Heilsberg hat gute Chancen, als Kurort anerkannt zu werden. Ein erster Schritt hierzu ist die Fertigstellung des Gradierwerks, das am 24. Juni in Betrieb genommen wurde. Damit steht Heilsberg einmal mehr für Gesundheit. Die Stadt bemüht sich schon seit einigen Jahren um den Status eines Kurortes.

Frische Luft und viel Wasser

Die Salzverdunstungsanlage ist aus Kiefernholz gebaut und wurde mit Schwarzdorn gefüllt. Sie hat eine Höhe von sechs Metern. Im unteren Teil befindet sich ein Bassin mit Salzwasser. Oben ist der Schwarzdorn sichtbar. In der Nähe des Gradierwerks entstanden ein Parkplatz und ein Spielplatz. Seitlich sind ein sogenannter Froschteich, sowie hölzerne Spazier- und Fahrradwege angelegt worden, umgeben von dem malerischen Fluss Simser.

„Dazu haben wir gute klimatische Bedingungen für ein Kurort. Die Entwicklung der Stadt beruht auf diesen Dienst-

barkeiten. Saubere Luft, Landschaft, auf der anderen Seite ein umgestaltetes Gelände. Zwei Flüsse, ein städtisches Frei-

bad und Seen, einer drei Kilometer von der Stadt entfernt, der andere sieben Kilometer. Wir bemühen uns, alle Voraussetzungen zu erfüllen, die Infrastruktur und alles zu schaffen, damit wir für eine größere Zahl von Touristen vorbereitet sind“, sagte der Heilsberger Bürgermeister Jacek Wisniowski.



Wartet auf Besucher: Gradierwerk von Heilsberg

Foto: Screenshot Radio Kielce

Promenade und Sanatorium

„Wir erfüllen die ersten Schritte des Gesetzes über das Gesundheits- und Kurortwesen. Als nächstes entsteht ein Gesundheits-Pavillon, in dem wir auch einen Behandlungsraum haben werden. Es werden darüber hinaus Promenaden für die Freiluft-Therapie angelegt. Außerdem müsste ein Sanatorium gebaut werden. Dafür haben wir schon einen privaten Investor“, sagte Beata Ferek, die Beraterin der Stadtverwaltung Heilsberg.

PAZ

MELDUNGEN

Der Grundstein ist gelegt

Allenstein – Der Grundstein für den Bau der Allensteiner Müllverbrennungsanlage wurde gelegt. Sie soll die modernste Einrichtung in diesem Teil Europas werden. Nach ihrer Fertigstellung soll sie Wärme und elektrische Energie sowie alternative Brennstoffe erzeugen. Die Anlage zur thermischen Umwandlung von Abfällen liegt im ökologischen Welt-Trend. „Auf der lokalen Ebene soll die Müllverbrennungsanlage ökologische Wärme erzeugen bei gleichzeitiger Beseitigung kommunaler Abfälle des gesamten südlichen Ostpreußen“, sagte Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz. Die Müllverbrennungsanlage fördert den Ausstieg aus der Kohle und begrenzt den Ausstoß von Schadstoffen in die Atmosphäre. Die Wärmeerzeugung wird den Bedarf an Warmwasser für 10.000 Einwohner decken. Das zu bauende Gas- und Öl-Modul soll bis zum Ende des Jahres fertig sein. Ab diesem Zeitpunkt wird auch die Fernwärmanlage in der Fabrik Michelin stillgelegt, die bisher die Einwohner von Allenstein mit Wärme versorgt hat. PAZ

Erkundungen im Mauerwald

Angerburg – Forscher des Museums im Mauerwald informierten darüber, dass am 24. Juni die Arbeit an den Tunneln beginnt, die im Mai auf dem Gelände der Bunker entdeckt wurden. Im Mauerwald befand sich von 1941 bis 1944 das Oberkommando des deutschen Heeres. Die Arbeiten wurden von der Forstverwaltung und der Denkmalschutzbehörde genehmigt. Die Erforschung der Tunneln und die Suche nach dem Bernsteinzimmer regten die Berichterstattung in den Medien an. Das Tunnelsystem hat eine Länge von mindestens 50 Metern. Bartłomiej Plebanczyk vom Museum Mauerwald sagte, dass noch vor der Erforschung Beobachtungskameras eingebaut werden, um Schäden auszuschließen. Der Aushub bei den Tunnelleingängen und ihre Erkennung durch die Kameras sind die erste Etappe der Arbeit. Wenn es sich lohnt, wird man mit beleuchteten Kameras weiter vorgehen. Die Untersuchungen ergaben, dass sich unter der Erde verschiedene Relikte der Deutschen, die während des Zweiten Weltkrieges in den Bunkern stationiert waren, befinden, unter anderem Dokumente, Kunstgegenstände und Porzellan. PAZ

Maßnahmen für Touristen

Königsberg – Da die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus im Königsberger Gebiet steigt, plant der Gouverneur Anton Alichanow, Beschränkungen für Touristen einzuführen. Zuletzt hatte es verstärkt Beschwerden von Bewohnern gegeben, die befürchten, dass Reisende, vor allem aus dem Hotspot Moskau, Viren in die Region mitbringen. Jüngst war in Moskau ein rasanter Anstieg der Infektionen mit der sogenannten Delta-Variante zu beobachten. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 98. GEBURTSTAG

Kelch, Lotte, geb. **Mellenthin**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3-4, am 3. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gebhardt, Alice, geb. **von Raven**, aus Neidenburg, am 5. Juli
Hoff, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Hoffmann, Gerda, geb. **Retat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Krüger, Anneliese, geb. **Genseleiter**, aus Lyck, am 3. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli
Möller, Frieda, geb. **Spill**, aus Kathrinhöfen, Kreis Fischhausen, am 8. Juli
Schellig, Martha, geb. **Sawitzki**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Pingel, Olga, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. **Karzycki**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli
Blümel, Irmgard, geb. **Link**, aus Schugsten, Kreis Fischhausen, am 8. Juli
Dukat, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Klabuhn, Erika, geb. **Fuhrmanskki**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 6. Juli

Mikeleit, Ilse, geb. **Engel**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Spieß, Elfriede, geb. **Nowak**, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli
Wachsmann, Hedwig, geb. **Lochkowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli

ANZEIGE



ZUM 93. GEBURTSTAG

Götten, Ingeborg, geb. **Toll**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 8. Juli
Grötzner, Hella, geb. **Biallas**, aus Abbau/Waldfrieden, Kreis Lyck, am 2. Juli
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Mahnke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Schmitt, Eva, geb. **Gratzik**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 7. Juli
Tisdale, Christel, geb. **Dannat**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Juli

ANZEIGE



ZUM 92. GEBURTSTAG

Block, Irene, geb. **Mielke**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Fischer, Else, geb. **Salusko**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gralla, Helmut, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Majer, Gertrud, geb. **Hellwig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Pfeiffer, Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg und aus Skomanten, Kreis Lyck, am 3. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. **Korytkowski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Rüffler, Waltraud, geb. **Lenski**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Sabatin, Horst, aus Wehlau, am 7. Juli
Tullney, Ernst, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bettker, Otto, aus Wiskiauten, Kreis Fischhausen, am 4. Juli
Doppler, Elfriede, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Esters, Irene, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Grund, Elli, geb. **Junga**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 8. Juli
Heidenreich, Magdalena, aus Guttenfeld und Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Juli
Lutterbeck, Ursula, geb. **Auguststein**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 7. Juli
Steputat, Wolfgang, aus Sangniten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juli
Tamm, Elfriede, geb. **Tulodetzki**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 5. Juli
Wawrzinski, Heinz, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Zachrau, Elfriede, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 8. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bednarzyk, Hildegard, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 3. Juli
Behr, Gerhard, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Brunokowski, Waltraut, aus Schwentainen/Suleiken, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Foehn, Waldemar, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 8. Juli
Gerlach, Grete, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Klempe, Christel, geb. **Neumann**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 2. Juli
Krzykowski, Artur, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ANZEIGE

Mal Nordsee?

Fewo frei für kurzentschlossene Naturfreunde, Nähe St. Peter Ording, ab 40 € p. T., NR, Ki. u Hund willk. T.: 04862-8052

Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Rick, Ursula, geb. **Maczey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Juli
Rogowski, Else, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Waschk, Erich, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 3. Juli
Wisotzki, Günther, aus Seedranen, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Ziwitza, Herta, geb. **Jeromin**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Ilse, geb. **Kaminsky**, aus Wehlau, am 3. Juli
Bronnert, Horst, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Frenzel, Helga, geb. **Besteck**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 6. Juli

Gehrmann, Edith, geb. **Stegat**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Markwitz, Helga, geb. **Lach**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 5. Juli
Mis, Irmgard, geb. **Willimzik**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Juli
Osygus, Elfriede, geb. **Jekubyk**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Rothaupt, Dora, geb. **Mäding**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Schön, Ernst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli
Sontowski, Werner, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli
Sreball, Gerhard, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Wichmann, Magdalene, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 8. Juli
Wittke, Klaus, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dziengel, Manfred, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 8. Juli
Heuchele, Helga, geb. **Deutschmann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli

Kalaszewski, Klaus-Willy, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juli
Kubillus, Siegfried, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Meyer, Gerd, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Parra, Heike, geb. **Kruse**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 4. Juli
Reising, Renate, geb. **Segatz**, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 5. Juli
Rodehüser, Irmgard, geb. **Gulatz**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 2. Juli
Rogait, Sybille, geb. **Stadie**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Scheffler, Friedjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Steiner, Christa, geb. **Fischer**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 6. Juli
Thies, Rosemarie, geb. **Till**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 2. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Köpke, Carla, geb. **Kürsten**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Malessa, Ute, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli
Schelinski, Christine, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 2. Juli

ANZEIGEN

Baseballmütze mit Elchschaufel

Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel

Der nächste Sommer kommt bestimmt! Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel, mit verstärkten Frontsegmenten, gestickten Luftlöchern, aus 100 % Baumwolle, Einheitsgröße, mit großverstellbarem Klettverschluss am Hinterkopf für € 4,90 zzgl. Verpackung- und Versandpauschale von € 3,50/ Mütze. Bei größerer Bestellmenge erhöht sich der Preis für Versand und Verpackung auf: € 6,00/Paket bis 1 kg.



4,90 €
zzgl.
Versand

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

ANZEIGE

QUALITÄTSURLAUB SEIT ÜBER 30 JAHREN.

Warias Reisen IHR OSTEUROPA-SPEZIALIST

Es geht wieder los!

Erleben Sie die Schönheit Polens
MASUREN MIT DANZIG, OBERLANDKANAL, ALLENSTEIN, NIKOLAIKEN UND GOLDAP
SCHLESIE MIT KRAKAU | BESKIDEN MIT SOLINA SEE

MIT Heimat Spezial DEUTSCHLAND

BUCHEN SIE JETZT BUNDESWEIT
Telefon: 0 23 07/27 950 oder online: www.warias-reisen.de

An jedem Programmtag Kaffee & Kuchen gratis. | Abholung in vielen Großstädten

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 28/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 28/2021 (Erstverkaufstag 16. Juli) bis spätestens **Dienstag, den 6. Juli**,

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

4 Wochen gratis lesen
Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder
vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Die Hauptkrestreffen – unter Corona-Vorbehalt

**Altenstein-Stadt**

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

65. Jahrestreffen

Gelsenkirchen – Freitag, 10. September, 16 Uhr, und Sonnabend, 11. September, 10 Uhr, Schloss Horst, Turfstraße 21.

**Angerburg**

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Jeziorowskie 5, 11-612 Krukanki, Polen, Telefon (0048) 609526795; E-Mail: kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

67. Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 17. und Sonnabend, 18. September, Kreishaus, Hopfengarten 2. Anmeldungen an E-Mail: kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de oder Telefon (04261) 983-3100.

**Bartenstein**

Kreisvertreter: Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Telefon (04101) 5686660, E-Mail: hans-g.steinke@online.de

Jahrestreffen

Nienburg/Weser – Sonnabend, 4. September, ab 10 Uhr, Hotel Zur Krone, Verdener Landstraße 245. Anmeldungen unter E-Mail: markt-mainhardt@t-online.de oder Telefon (07903) 7248.

**Ebenrode**

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, E-Mail: Gerhard.kuebart@googlemail.com

Kirchspieltreffen Rodebach, Noreitscher Dorf- und Nachbarschaftstreffen

Zell a.d. Mosel – Freitag, 27. bis Sonntag, 29. August, Hotel zum

grünen Kranz. Anmeldungen bei Daniela Wiemer, E-Mail: d-wiemer@t-online.de, Telefon (0160) 6313415.

**Elchniederung**

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax: (034203) 33567

Kreistreffen/Mitglieder- und Delegierten-Versammlung

Bad Nenndorf – Freitag, 10. bis Sonntag, 12. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße, Telefon (05723) 798110.

**Fischhausen**

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienforschung:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. **Geschäftsstelle:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Hauptkrestreffen

Pinneberg – Sonnabend, 18. und Sonntag, 19. September.

**Gerdauen**

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 1230 5377; Fax (039000) 513 7, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) – 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkrestreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 25. bis Sonntag, 26. September, jeweils ab 9 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8. Infos unter Internet: www.kreis-gerdauen.de oder per E-Mail: info@kreis-gerdauen.de.

**Goldap**

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Geschäftsstelle:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

Heimattreffen

Stade – Freitag, 10. bis Sonntag, 12. September: Weitere Informationen bei Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552.

**Gumbinnen**

Kreisvertreter: Gerd-Peter Grün, Am Herrenkamp 2, 33613 Bielefeld, Telefon (0521) 892781, E-Mail: gerd-peter.gruen@arcor.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

27. Kreisversammlung

Bielefeld – Sonnabend, 11. September, 13.30 bis 17 Uhr, Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133, 33605 Bielefeld.

**Heiligenbeil**

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Erster Stellvertretender Kreisvertreter:** Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Hauptkrestreffen

Burgdorf – Freitag, 10. bis Sonntag, 12. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Hauptkrestreffen. Bereits am Freitagabend findet um 19 Uhr ein gemeinsames Matjesessen auf eigene Kosten statt. Anmeldungen dafür bei Christian

Perbandt, Telefon (05132) 57052 oder E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de.

Am Sonnabend und Sonntag öffnet der Veranstaltungssaal des Hotels Haase jeweils um 9 Uhr. Ein umfangreiches Programm ist geplant. Besondere Anmeldungen sind dafür nicht nötig.

**Heilsberg**

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueating@gmx.de, **Stellvertretender Kreisvertreter:** Karl-Heinz Küting, E-Mail: khkueating@gmx.de

Hauptkrestreffen

Ein Treffen ist derzeit nicht geplant.

**Insterburg-Stadt / Land**

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, E-Mail: andreasheiser@arcor.de.

Geschäftsstelle: Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

68. Jahreshaupttreffen

Krefeld – Sonnabend, 9. Oktober.

**Johannsburg**

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901 **Internet:** www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Hauptkrestreffen

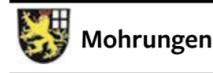
Dortmund – Sonntag, 5. September, Einlass ab 9 Uhr, Beginn um 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle Dortmund. Für Nachfragen und die Anmeldung kontaktieren Sie uns unter E-Mail: kodo48@aol.com oder Telefon (05066) 63438.

**Lyck**

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkrestreffen

Hagen – Sonnabend, 28. August, ab 11 Uhr, Archiv, 14 Uhr, Rathaus: Kreistagsitzung. Sonntag, 29. August, 9.30 Uhr, Hotel Mercure, Wasserloses Tal 4, Telefon (02331) 3910.

**Mohrungen**

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Heimatkrestreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 18. September, bis zirka 15 Uhr, Hotel Esplanade: Sitzungen des Kreis-ausschusses und Kreistages. Sonntag, 19. September, Grandhotel L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf. Ein ausführliches Programm ist in der MHN-Ausgabe 147, Frühjahr/Sommer 2021 zu entnehmen.

**Ortelsburg**

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführer:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkrestreffen

Herne – Sonntag, 19. September, ab 11.30 Uhr, Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1, 44623 Herne.

**Osterode**

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 17. September, 15.30 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Lünener Mühle, und Sonnabend, 18. September, 10.15 Uhr, Ostpreussisches Landesmuseum: Heiligengeiststraße 38.

**Preußisch Eylau**

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Heimatkrestreffen

Verden/Aller – Sonnabend, 25. bis Sonntag, 26. September: Heimatkrestreffen mit Mitgliederversammlung. Sonnabend, 25. Sep-

tember, 10.30 Uhr, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Empfang der Stadt und des Landkreises Verden.

Ab 12 Uhr, Landgasthof Zur Linde, Thedinghauser Straße 16, 27283 Verden, Telefon (04231) 29800, Fax (04231) 84317, E-Mail: info@landhotelzurlinde.de, Internet: www.landhotelzurlinde.de.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, E-Mail: evborries@gmx.net

**Preußisch Holland**

Kreisvertreter: Bernd Hinz, Mattiasstraße 38, 50354 Hürth, Telefon (02233) 9493322, E-Mail: Bernd.Hinz.bh@hotmail.com

Kreistreffen

Itzehoe – Sonnabend, 11. und Sonntag, 12. September.

**Sensburg**

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensburg.de

53. Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 15. August, ab 8 Uhr, Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid.

**Mecklenburg-Vorpommern**

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Tag der Heimat und Jubiläum

Anklam – Sonnabend, 28. August, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle Volkshaus, Baustraße 48-49: landesweiter Tag der Heimat und Jubiläum: 30 Jahre Bund der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern.

25. Landestreffen

Schwerin – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle, Wittenburger Straße 118.

Abgesagt

Altenstein-Land – Coronabedingt findet kein Treffen statt.

Prökelwitzer- und Schlobitter-Treffen Mohrungen – Das in den Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten angekündigte diesjährige Prökelwitzer- und Schlobitter-Treffen am 4. Juli in Bücken/Warpe ist abgesagt.

Neidenburg – Das Treffen am 5. September in Bochum ist abgesagt.

Rastenburg – Das Hauptkrestreffen im August ist abgesagt.

ANZEIGE

Der Mensch ist erst tot, wenn niemand mehr an ihn denkt.
Wenn das stimmt, bist Du für uns unsterblich.
Berthold Brecht

**Peter Gerigk**

* 3. März 1934 † 21. Juni 2021

In liebevoller Erinnerung

Gudrun
Andreas
Ulrike
Daniel und Yan
Patrick
Joss

Schwarzenbek, im Juli 2021

Die Trauerfeier mit Beisetzung hat im engen Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

OSTPREUSSISCHE MUSEUMSSTÜCKE

Von Trägern und Besitzern

Die Trakehner-Ausstellung begrüßt die Besucher mit der Verbindung zwischen Pferd und Reiter

In unserem Museum befindet sich neben der Ausstellungseinheit zum Königreich Preußen ein Raum, der den „edlen ostpreußischen Warmblutpferden Trakehner Abstammung“ gewidmet ist, heute kurz „Trakehner“ genannt. Ihre Geschichte begann, als der preußische König Friedrich Wilhelm I. in Trakehnen ein Gestüt mit etwa 1000 Pferden und damit die älteste Reinzucht einer Pferderasse überhaupt begründete.

Wenn man den Raum betritt, erblickt man vier Sättel in einer Reihe. Sie sollen exemplarisch verdeutlichen, wie ungemünzt wichtig die treuen Begleiter des Menschen einmal waren. In der Zeit vor der Entwicklung von Motorfahrzeugen gab es ohne Pferde praktisch keine Kraft, mit der schweres Transportgut bewegt werden konnte. Wo immer etwas Schweres gezogen oder angehoben oder ein längerer Weg bewältigt werden musste, bediente man sich der Pferde. Setzte man sich selbst auf ein Pferd, brauchte man einen Sattel.

Unsere vier Sättel stammen aus Ostpreußen vor 1945. Der erste Sattel ist derb und voller Gebrauchsspuren. Er stammt vom Hof des Landwirts Hans-Joachim Damm in Weedern bei Tilsit, etwa 20 Kilometer südlich der Memel, und diente als „Gespansattel“. Er wurde eingesetzt, wenn eines von mehreren vor einem schweren landwirtschaftlichen Gerät eingespannten Pferden, der besseren Steuerfähigkeit wegen, geritten werden musste. Auf der Flucht 1944/45, welche die Familie Damm bis an den Niederrhein führte, war dies eine zusätzliche Sicherheit. Denn der



Fest im Sattel: In Ostpreußen kamen auf vier Menschen ein Pferd. Diese Sättel erzählen vom Leben ihrer Besitzer

Treckwagen war mit allen zum Überleben erforderlichen Dingen voll bepackt. Für die etwa 1400 Kilometer brauchte die Familie mehrere Monate.

Der zweite Sattel ist auch fast 100 Jahre alt, wirkt aber dennoch sehr viel eleganter. Er diente dem Rittergutsbesitzer Ernst Schlegel aus Rehsau im Kreis Angerburg zum täglichen Abreiten seiner Ländereien, zur Inspektion der landwirtschaftlichen Arbeiten und dergleichen. Es

ist ein „Englischer Sattel“, auch „Pritsche“ genannt, der ausschließlich auf Reitpferden verwendet wurde. Ehefrau Irmgard ging mit ihm im Spätwinter 1945 auf die Flucht, und reitend erreichte sie Westfalen. Als das Ehepaar einige Jahre später mit dem Aufbau einer Warmblut- zucht in Detmold begann, wurde der Sattel wieder eingesetzt.

Der dritte Sattel ist recht grob und durch eine untergenährte Satteldecke gut

gepolstert. Es ist ein in den 1930er Jahren für die berittenen Einheiten der Wehrmacht gefertigter Armeesattel. Seine hohe Funktionalität zeigt sich auch in der Möglichkeit, Vorn- und Hintergepäck zu befestigen. Der Verkauf junger Pferde, sogenannter Remonten, an die Armee war eine wichtige Einnahmequelle der Gestüte und Pferdeaufzüchter. Im Heer brauchte man ständig Pferde zum Reiten und Ziehen schwerer Lasten. In keinem Krieg wurden

mehr Pferde vom Militär eingesetzt als im Zweiten Weltkrieg. Allein auf deutscher Seite waren es 2,8 Millionen, von denen knapp 1,7 Millionen ums Leben kamen.

Insterburg war die Turnierstadt

Der vierte Sattel wirkt geradezu zierlich neben den anderen und ist erstaunlich gut erhalten. Es ist ein Vielseitigkeitssattel, wie er auch heute beim Freizeitreiten oder im Pferdesport eingesetzt wird. Über seine Geschichte wissen wir wenig. Möglicherweise wurde er von Reinhold Leitner aus Podzohnen im Kreis Stallupönen auf der Flucht nach Hessen gebracht. Doch bekannt sind Hersteller und Wohnsitz: Franz Kuster, Sattlerei in Insterburg in Ostpreußen, nachgewiesen durch einen gut lesbaren Eindruck im Leder. Gewiss handelt es sich um einen kleinen Spezialbetrieb im Umfeld der Turnierstadt Insterburg, in der vor 1939 alljährlich die bedeutendsten Pferderennen im früheren deutschen Osten stattfanden.

Vier Sättel, vier Geschichten. Heute werden unsere treuen Begleiter fast nur noch in der Freizeit und im Pferdesport gebraucht. In Ostpreußen kam auf vier Menschen ein Pferd, im heutigen „Pferdland Niedersachsen“ ist das Verhältnis Mensch zu Pferd zehnmal größer.

Christoph Hinkelmann

Dr. Christoph Hinkelmann ist Kurator für die naturkundliche Abteilung im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ol-ig.de

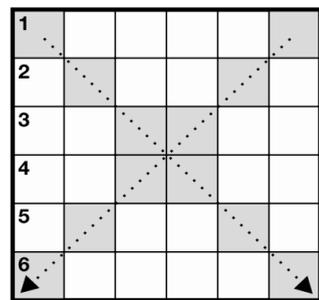
Rätsel

A collection of word search puzzles including 'Sudoku', 'Diagonalrätsel', 'So ist's richtig', and 'Kreiskette' with various clues and a grid.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

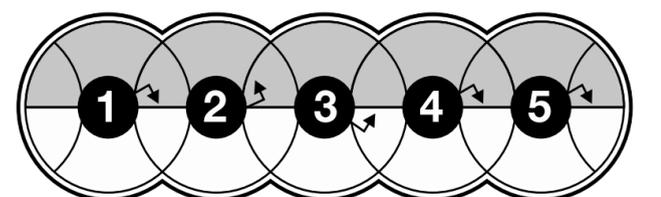
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Raubkatzen.

- 1 Eintänzer
2 Staat in Mittelamerika
3 Gesichtspunkt
4 ausgedehntes Gastmahl
5 österreichischer Komponist
6 jüd. religiöse Gesetzessammlung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Heilgetränk.

- 1 Operette von Nico Dostal, 2 Limette, Zitrone, 3 schälen, 4 heiße Zone, 5 französisches Kartenspiel



TRAKEHNER

Vom Bundesturnier zum Stöbern

Das Internet bietet einen reichen Fundus

Zum Thema Trakehnen gibt es immer viel zu berichten und zu erzählen. Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg hat zu diesem Thema einen eigenen Ausstellungsraum (Siehe Seite 16).

Der Trakehner Verband bietet im Jahr gleich mehrere Veranstaltungen, bei denen man den edlen Geschöpfen näher kommen kann.

Vom 23. bis zum 25. Juli wird in Müns-ter-Handorf das 30. Trakehner Bundes- turnier ausgetragen. Das Besondere in diesem Jahr ist, dass im Westfälischen Pferdezentrum auch Starts von Amateuren erlaubt und willkommen sind.

„Mit mehr als 30 ausgeschriebenen Prüfungen steht die bei Reitern wie Trakehner Züchtern und Freunden beliebte Veranstaltung in langer Tradition und schickt sich an, auch unter Pandemiebedingungen mit innovativen Ideen und solidem Hygienekonzept zu einem sommerlichen Sportevent der Trakehner Pferde aus ganz Deutschland und darüber hinaus zu werden.“

Nennschluss war der 29. Juni; Nachnennungen sind bis zum 22. Juli mit einer Gebühr verbunden noch möglich unter www.nennung-online.de. Der Pressemitteilung des Trakehner Verbandes ist Folgendes zu entnehmen: „Das Trakehner Bundesturnier ist nicht nur das einzige Turnier eines Zuchtverbandes, sondern es vereint mit seinem besonderen Flair die sportlichen Auftritte von Profis und Amateuren, von Youngstern in den Equitop Myoplast Reitpferdechampionaten bis zu den Routiniers in den schweren Prüfungen in Dressur und Springen. Die Geländeprüfungen der Klassen A** und L sind als Bundeschampionsqualifikationen ausgeschrieben, drei Kombinierte Prüfungen, die Mannschaftswettkämpfe der Zuchtbezirke in Dressur und Springen sowie die Championate der Trakehner Dressur-, Gelände- und Springpferde bieten in diversen Touren eine Reihe attraktiver Startmöglichkeiten.“



FOTO STEFAN LAFFENZ

Der amtierende Körsieger: Rheinglanz startete seine Karriere vor drei Jahren als Bundesturnier Auktionsfohlen

Gäste sind willkommen, wenn die Inzidenz unter 35 bleibt. Teilnehmer, Helfer und Zuschauer können sich online anmelden unter www.trakehner-verband.de.

Die Trakehner Fohlenauktion Open Air, am 24. Juli, wird wie im Vorjahr im Hybridformat vor Ort stattfinden und über das Internet übertragen werden.

Auch in Internet zu finden sind Dokumentationen über Trakehnen und die Pferde; YouTube bietet hier eine große Fundgrube. Der Trakehner Verband bietet drei Trakehner Kamingespräche. Joachim Rebuschat hat auf seiner myheimat.de-Seite alles zum Thema Trakehnen zusammengetragen: <https://www.myheimat.de/rinteln/kultur/trakehnen--trakehner-geschichte--gegenwart-literatur--hinweise-d2690961.html> und der Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen ist unter der Mediathek/Arbeitsbriefe <https://ostpreussen.de/uploads/media/Trakehnen.pdf> abrufbar. C. Rinser-Schrut



Herde auf der Weide: Wundervolle Aufnahmen sind im Ostpreußischen Bildarchiv erhalten. Diese Herde stand in Groß Trakehnen zwischen 1930 und 1940

FOTO OSTPREUSSISCHES BILDARCHIV

LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN E.V.

Von Angesicht zu Angesicht

Deutsche Vereine tagten in Präsenz



Am 19. und 20. Juni fand im ostpreußischen Osterode am Drewenzsee erstmals wieder eine Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine und der Mitglieder des Dachverbandes in Präsenz statt. Nach den langen Monaten der Coronapandemie freuten sich die Teilnehmer über ein persönliches Wiedersehen im „Haus Tannen“ des Deutschen Vereins der oberländischen Stadt. Tagungsleiter Ulf Püstow konnte zahlreiche jüngere Vorstandsmitglieder der Deutschen Minderheit begrüßen. Auf der Tagesordnung der gut besuchten Veranstaltung stand unter anderem die Vorstellung einer Umfrage zur Arbeit der jüngeren und mittleren Generation in der Deutschen Minderheit. Auch der Erfahrungsaustausch zur landsmannschaftlichen Arbeit unter Coronabedingungen nahm einen breiten Raum in den Diskussionen ein. Hochaktuell für die Deutschen Vereine ist die derzeit stattfindende Volkszählung in der Republik Polen, zu der der Dachverbandsvorsitzende Heinrich Hoch ausführte. Berichte von LO-Sprecher Stephan Grigat, Ulf Püstow sowie von Damian Wierzchowski, Repräsentanz der LO in Allenstein, über geplante landsmannschaftliche Vorhaben rundeten das Tagungsprogramm ab.

Foto: Damian Wierzchowski

PETER GERIGK

Ehrung für 45 Jahre

Sein großer Anteil am Nicht-Vergessen

Wie bereits berichtet war es dem Landesvorsitzenden der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein (SH) Edmund Ferner ein besonderes Anliegen, die Vorsitzenden der Ortsgruppen (OG) und den Landesvorstand durch Überreichen einer Urkunde auf der Vorstandssitzung am 5. Juni mit dem Wortlaut: „Die Landsmannschaft Ostpreußen spricht -Frau/Herrn ...-für Treue und Bekenntnis zur ostpreußischen Heimat Dank und Anerkennung aus“ und einer Medaille mit Ostpreußenadler für ihre Arbeit in den OG und ihren Einsatz für Ostpreußen zu würdigen.

Edmund Ferner brachte in seiner Laudatio für seinen Stellvertreter Peter Gerigk Folgendes zum Ausdruck:

Peter Gerigk ist seit dem 1. Januar 1976 Mitglied der LO der OG Schwarzenbek im Kreis Herzogtum Lauenburg, in der er 16 Jahre auch Schatzmeister war und 2012 zum Vorsitzenden gewählt wurde. Ein besonderes Anliegen für Gerigk ist die Bewahrung und Erhaltung der ostpreußischen Sitten, Gebräuche und Traditionen und die Erinnerung an die ostpreußische Kultur und Geschichte. Zu diesen Themen referiert er oftmals selbst.

Seine monatlichen Veranstaltungen sind stets gesellschaftliche Ereignisse, insbesondere zum traditionellen „Wurstessen“ kommen nicht nur Heimatvertriebene, sondern auch viele Einheimische.

Die Mitgliederzahl in seiner OG konnte Gerigk in seiner Zeit als Vorsitzender von 58 auf über einhundert erhöhen und ist damit der größte Ortsverband der 19 OG in SH geworden. Mit seinem unermüdeten Einsatz organisiert Gerigk auch Reisen, sowohl im engeren Umkreis und auch nach Ostpreußen.

2008 wurde er in den Landesvorstand als Beisitzer und 2011 zum Schatzmeister und stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und hat somit auch als zweiter Delegierter an den OLV teilgenommen.

Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement ist er bereits 2001 mit der Silbernen Ehrennadel der Ostpreußen ausgezeichnet worden und erhielt 2014 auch die Goldene Ehrennadel des BdV.

Im Oktober/November 2019 hat Gerigk die Wanderausstellung: „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941 – 1945“ in die Kreisberufsschule geholt, in der 3700 Schüler unterrichtet werden. Eltern und weiteren Familienangehörigen der Schüler ist die Ausstellung somit zugänglich gemacht worden. Er wollte seinen Anteil dazu beitragen, dass das an Millionen unschuldiger deutscher Landsleute, insbesondere Frauen, Kinder und alte Menschen, begangene Unrecht, das gegen alle Menschenrechtskonventionen verstieß, nicht in Vergessenheit gerät und den Nachfolgenerationen näher gebracht wird.

Ganz besonders stolz ist Peter Gerigk, dass es ihm gelungen ist, in seiner OG in Schwarzenbek, beginnend mit der Erlebnisgeneration, einschließlich seiner Familie, mit Kindern und Enkelkindern eine Gruppe bestehend aus drei Generationen zu etablieren. Das bedeutet, dass dadurch auch ein „Bund Junger Ostpreußen“ entstanden ist und zwar in SH und Hamburg, dem derzeit 13 Mitglieder angehören, die kurzfristig auf einhundert Mitglieder anwachsen soll. Ziel ist es, den Bund Junger Ostpreußen auch in den anderen Bundesländern zu gründen.

Edmund Ferner dankt Peter Gerigk für diesen außergewöhnlichen Einsatz und sein Engagement als Vorreiter für neue Impulse für das Nichtvergessen an unsere alte Heimat Ostpreußen. Da Peter Gerigk nicht an der Vorstandssitzung aus gesundheitlichen Gründen teilnehmen konnte, wurde die Urkunde und Medaille seinem zugegen gewesenen Sohn mitgegeben. Hans-A. Eckloff



Erlag seiner Krankheit: In der vergangenen Woche erteilte uns die Nachricht, dass Peter Gerigk verstorben ist. Am 1. Juli fand die Trauerfeier statt. Die Schleswig-Holsteiner Ostpreußen erwiesen ihm die letzte Ehre. Ihr Kranz begleitet den rührigen Schwarzenbeker auf seinem letzten Weg mit einem Zitat des Ostpreußenliedes „Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit“

Foto: Hans-A. Eckloff

PILLAU

Schiff Ahoi

Von den Anfängen der Hafenstadt im 16. Jahrhundert bis zum russischen Marinestützpunkt heute

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit etwa 550 n. Chr. existierte auf der Frischen Nehrung eine preußische Burg namens „Naitepile“, die 1260 von den Ordensrittern abgerissen wurde. Anschließend entstand hier die deutsche Siedlung Pilen (Alt-Pillau). Deren Bedeutung wuchs schlagartig, als sich 1510 während eines großen Sturms das schiffbare Pillauer Tief bildete, welches nachfolgend die einzige Wasserverbindung zwischen Königsberg beziehungsweise dem Frischen Haff und der Ostsee darstellte. Aufgrund der strategisch wichtigen Lage von Pillau ließ der schwedische König Gustav Adolf an diesem Ort 1636 eine Festung errichten. Die wurde ab 1650 von Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg weiter ausgebaut, und in Pillau entstand ein Kriegshafen. Seither zählte der Ort zu den wichtigsten deutschen Marinestützpunkten an der südlichen Ostseeküste. Das galt auch für den Zweiten Weltkrieg, in dessen Verlauf dort die 1. Minensuchflottille und die 1. Unterseebootslehrdivision zur Ausbildung künftiger U-Bootfahrer stationiert waren. Von Pillau aus brachte die Kriegsmarine bis zum 18. April 1945 zwischen 450.000 und 625.000 ostpreußische Flüchtlinge nach Westen, bevor die Rote Armee die Stadt am 25. April eroberte. Danach wurde sie – wie das gesamte nördliche Ostpreußen auch – von der Sowjetunion annektiert. In diesem Zusammenhang erfolgte am 27. November 1946 die Umbenennung in Baltijsk.

Strategisch wichtige Lage

Ab 1945 befand sich in Pillau der Hauptstützpunkt der Baltischen Rotbannerflotte der Sowjetunion beziehungsweise ab 1990 der Baltischen Flotte der Russischen Föderation. Diese war und ist eine von vier Hauptflotten des Riesenreiches im Osten neben der Nordflotte, Pazifikflotte und Schwarzmeerflotte. Gleichzeitig han-



Pillau 2017: Nach Aussage des stellvertretenden Kreisvertreters der Kreisgemeinschaft Fischhausen dominieren russische Militärschiffe das Bild im gesamten Hafen. Die kleine Aufnahme zeigt das Kriegsschiff „Grille“ um 1935 an der Ausflugsseite des Hafens. Der Leuchtturm – schon 1562 wurde an dieser Stelle ein Leuchtturm erwähnt – ist auch heute noch ein beliebtes Fotomotiv

delt es sich bei ihr um den ältesten Teil der Marine Russlands: Die Baltische Flotte existiert faktisch schon seit 1696 und geht auf Zar Peter den Großen zurück.

Zu Sowjetzeiten gehörte die Baltische Rotbannerflotte zusammen mit der polnischen Seekriegsflotte und der Volksmarine der Deutschen Demokratischen Republik zu den „Verbündeten Ostseefloten“ des Warschauer Paktes, wobei die Führung natürlich bei der UdSSR lag. Damals waren die Aufgaben der Marineeinheiten in Pillau ausgesprochen offensiver Art.

Insbesondere sollten sie im Kriegsfall Landungsoperationen an den Küsten der Ostseeanliegerstaaten durchführen, welche der NATO angehörten. Ihre Bedeutung hingegen sank in dem Maße, in dem die Nordflotte ausgebaut wurde. Zu der zählten auch die strategisch wichtigen Raketen-U-Boote, die die Kremlführung nicht in der Ostsee stationieren wollte, weil die NATO die Zugänge zu diesem Randmeer kontrollierte.

Mit der Auflösung der Sowjetunion verlor Russland seine Marinebasen in Est-

land, Lettland und Litauen, sodass nur noch Pillau einen weitgehend eisfreien Zugang zur Ostsee bot. Deshalb klammerte sich Moskau an diesen Stützpunkt in der Exklave zwischen Polen und Litauen und stationierte hier zunächst mehr Seestreitkräfte als je zuvor. 1991 besaß die Baltische Flotte 350 schwimmende Einheiten, deren Heimathafen zumeist Pillau war. Ihr Bestand sank jedoch bis 1995 um etwa drei Viertel. 1996 waren lediglich noch neun U-Boote, drei Kreuzer, zwei Zerstörer, 18 Fregatten und 56 kleinere Schiffe übrig. Und

die Verlegungen aus Pillau gingen in den Jahren danach weiter. Deshalb sind dort aktuell lediglich vier Verbände der Baltischen Flotte stationiert.

Baltische Flotte Peter des Großen

Ein Verband ist die 128. Schiffsbrigade mit dem Zerstörer „Nastojtschiwy“, dem Flaggschiff der Baltischen Flotte, sowie den zwei Fregatten „Neustraschimy“ und „Jaroslaw Mudry“ und vier neuen Mehrzweck-Korvetten der Stereguschtschi-Klasse. Weiter beherbergt der Stützpunkt in Pillau die 71. Landungsschiffsbrigade mit vier großen amphibischen Landungsschiffen der Ropucha-Klasse sowie zwei kleineren Luftkissen-Landungsbooten der Pomornik-Klasse. Allerdings befinden sich die „Minsk“, die „Kaliningrad“ und die „Korolew“ derzeit im Mittelmeer oder im Schwarzen Meer. Dazu kommt als dritter Verband die 64. Regionalschutzbrigade mit drei U-Jagdschiffen der Parchim-Klasse und sieben Minensuchern der Sonya-, Lida- und Alexandrit-Klasse. Und die 36. Flugkörperschiffsbrigade mit fünf Tarnkappen-Korvetten der Buyan- und Karakurt-Klasse sowie zehn Raketenschiffen der Nanuchka- und Tarantul-Klasse liegt als vierter Verband im Pillauer Hafen. Parallel hierzu wurden im Königsberger Gebiet Einheiten der Marine-Infanterie und starke Seefliegerkräfte sowie atomwaffenfähige Raketensysteme vom Typ 9K720 Iskander stationiert.

Russland nutzt die in Pillau beheimateten Schiffe, welche derzeit unter dem Oberkommando von Admiral Alexander Nossatow stehen, neuerdings vor allem für Machtdemonstrationen gegenüber der NATO. Besonderes Aufsehen erregte dabei im Juli 2017 das Manöver „Joint Sea“, bei dem Einheiten der Baltischen Flotte gemeinsam mit dem modernen Lenkflächen-Zerstörer „Changsha“ und der Mehrzweck-Fregatte „Yungsheng“ der Marine der Volksrepublik China die Jagd auf westliche U-Boote übten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kann man Wortwitz lernen?

Die Deutschen in Polen wollen junge Leute polenweit als Kabarettisten ausbilden

Lehrer haben es heutzutage nicht einfach, sagt man. Es sei denn, es sind Pädagogen, die mit Kindern arbeiten, die etwas unbedingt lernen wollen. Diesen Luxus darf ab und an Sebastian Gerstenberg erleben. Der Deutschlehrer aus der oberschlesischen Stadt Oberglogau [Głogów] wirkt seit vielen Jahren in der Deutschen Bildungsgesellschaft, einer Organisation der Deutschen Minderheit, die Deutschlehrer polenweit ausbildet, Lehrmaterial ausarbeitet und sich allgemein polenweit für die Pflege deutscher Sprache einsetzt.

Als zweiter Vorsitzender hat Gerstenberg nun eine weitere Aufgabe zu bewältigen. Für den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (vdg) leitet er ein Kinder- und Jugendka-

barett. Das Projekt läuft erst an, und im Moment werden Teilnehmer im Alter von zwölf bis 20 Jahren dafür gesucht. Das Jugendkabarett soll mit 50 Unterrichtsstunden eingeführt werden.

Doch gelernt wird dabei nicht das Witzigsein, sondern, wie man ein Bühnenstück auf die Beine stellt, und zwar von der Idee zu einem Stück, über das Schreiben dieses Stücks – inklusive Musik –, Auswahl der Schauspieler, bis zur Fertigung des Bühnenbildes. Das fertige Stück soll gefilmt und von einer Jury bewertet werden. Gerstenberg ist überzeugt, dass man Kabarett eben auch lernen kann. „Man sagt zwar, entweder ist man von Natur aus witzig oder mürrisch. Aber ich glaube, dass in jedem Menschen eine lustige Seite steckt. Wir müssen sie nur herauskitzeln“, sagte Gerstenberg im „Wochenblatt.pl“, der Zeitung der Deutschen in Polen.

Mit dem Projekt will Gerstenberg aber mehr, nämlich, dass die Kinder und Jugendlichen über die Ereignisse, die sie bewegen in der deutschen Sprache reden. Besonders wichtig ist ihm dabei die Arbeit in Gruppen und das Herausarbeiten der unterschiedlichen Talente. „Der eine hat die Idee, ein anderer kann dies auf der



Deutsche Sprache, schwere Sprache: Die Jugendlichen nehmen gemeinsam mit Deutschlehrer Sebastian Gerstenberg die Herausforderung an Foto: vdg.pl

Bühne präsentieren, noch andere spielen Instrumente, können gut zeichnen, sind technisch begabt oder kennen sich in der Prominentenwelt aus“, sagte er. Und weil die Sprache beim Kinder- und Jugendkabarett deutsch ist, würde dies die Alltagssprache der Jugendlichen fördern. Davon ist Gerstenberg überzeugt. Der Gebrauch des Deutschen als Alltagssprache sei dringend notwendig, denn anders als bei den

deutschsprachigen Gemeinschaften in Dänemark oder Südtirol, nutzt die Deutsche Minderheit in Polen diese höchstens zu Hause. Dabei wird die deutsche Sprache als „Sprache des Herzens“ bezeichnet.

„Man wird schon komisch angeguckt, wenn man zum Beispiel im Bus Deutsch spricht. Man muss sich dann schnippische Kommentare anhören“, sagt die zwölfjäh-

rige Jasmin, die sich mit ihrer oberschlesischen Oma vor allem auf Deutsch unterhält. Und damit Jugendliche ihres Gleichen finden und nicht nur die Scheu vor öffentlichen Bühnenauftritten oder vor einer Kamera verlieren, sondern vor allem Deutsch untereinander sprechen, will man es nun also mit Kabarettstunden versuchen. Wer weiß, vielleicht kommt bald einmal wieder an der Ostsee ein neuer Heinz Erhardt (geboren 1909 in Riga), Günter Willumeit (geboren 1941 in Memel) oder in Schlesien ein neuer Dieter Hildebrandt (geboren 1927 in Bunzlau) auf die Bühne. Chris W. Wagner

Das durch das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat geförderte Projekt des Verbands der sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (vdg) ist für die Altersgruppe von zwölf bis 20 Jahren bestimmt und läuft von Juli bis November. Insgesamt sollen fünf Jugendgruppen mit je neun bis 15 Jugendlichen gebildet werden. Das Projekt umfasst 50 Unterrichtsstunden á 45 Minuten. Interessenten erreichen den Deutschlehrer Sebastian Gerstenberg unter E-Mail: sgerstenberg@poczta.pl oder telefonisch unter (0048-606) 326132.



Werbeplakat

Foto: vdg.pl

HINTERPOMMERN

Päpstlich-inspirierende Wasserroute

Eine Kajaktour auf der westpommerschen Drage im Frühsommer

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Stille ringsum. Hier ist selbst das eigene Atmen zu hören, abgesehen vom gelegentlichen Eintauchen der Paddelblätter in den von Strudeln gekräuselten Flusspiegel. Die Luft indes ist erfüllt von einem viestimmigen fröhlichen Vogelkonzert. Links und rechts quaken hochzeitende Froschmänner – eine kaum zu überbietende Kakophonie – aus dem üppigen Schilf wie Störenfriede ungeniert dazwischen.

Aus der Ferne mischen sich trompetende Kraniche ein, während hoch über unseren Köpfen majestätisch ein mächtiger Seeadler kreist. Eine fast schon unwirkliche Szenerie kaum zehn Minuten entfernt von der Fernstraße 10 bei Wildforth[Prostynia] zwischen Stettin und Bromberg, die von schweren Lastzügen beherrscht wird. Bis dahin hat uns Andrzej Gorski, Chef der örtlichen Tourismus-Organisation, mit seinem Transporter samt Bootsanhänger von Neuwedell/Drawno kutschiert. Unterhalb der Brücke ein kleiner Strand, an dem die robusten Leihkajaks zu Wasser gelassen werden. Nur etwas mehr als eineinhalb Stunden von der deutsch-polnischen Grenze und rund 90 Kilometer von der Landeshauptstadt Stettin entfernt.

Von Gletschern modelliert

Auf der Drage [Drawa], herrscht allein die Natur. Das fast 186 Kilometer lange Fließgewässer entspringt bei Bad Polzin [Polcyn-Zdroj] im Kreis Dramburg [Drawsko] der Woiwodschaft Westpommern und mündet weit von Kreuz [Krzyz] in die Netze [Notec]. In Outdoor-Führern als eines der „abwechslungsreichsten Fließgewässer Europas“ gelobt. Während in Deutschland der Wassersport ungebremst boomt und schon längst an seine Grenzen gestoßen ist, hofft man hier Ursprünglichkeit und Unzerstörtheit zu finden.

Aus 212 Metern Quellhöhe mäandriert sie durch eine postglaziale Landschaft, die von den skandinavischen Eiszeit-Gletschern vor rund 12.000 Jahren nachhaltig modelliert und schließlich zur Pommerschen Seenplatte umfunktioniert wurde.

Schlanke Rinnenseen, endlose Wälder und breite, versumpfte Auen prägen dieses ungestörte Bild. Was anfänglich nur auf der Karte vor uns ausgebreitet ist, wollen wir unbedingt in vierstündiger Praxis und rund 17 Anfänger-Kilometern erkunden. Es gibt laut Outdoor-Führer auch Abschnitte, die für Anfänger nicht geeignet und auf der Karte rot markiert sind. Schon die Wikinger hatten mit der Flusswildnis zu kämpfen. Ein Vogelschutz- und ein Militärübungsgebiet sind ohnehin zeitlich nur limitiert zu befahren.



Entspannung pur – durch die stille Landschaft gleiten

Foto: Schmidt-Walther

Knirschen unterm Kiel

Die Sonne spielt mit, während wir durch weite Flussschlingen „zu Tal“ gleiten, wie die Abwärtsrichtung korrekt genannt wird. In der Vor- und Nachsaison gibt es keine Mücken und Ferien, so dass das „Unternehmen Drage“ in störungsfreien Bahnen laufen kann.

Plötzlich scheint voraus diese frohe Fahrt beendet zu sein: Ein riesiger Kiefernstamm hat sich quergelegt, und seine Äste harken abwehrend das Wasser. Strudel markieren steinerne Unterwasserhindernisse. Weil die Fließgeschwindigkeit wegen der Engstelle zunimmt, schlägt das Boot quer und knallt mit voller Breitseite

gegen den Baum. Nur mit kräftigen Paddelschlägen kann man sich hier befreien.

Dann heißt es eine Durchfahrt ansteuern und den Oberkörper nach vorn oder hinten biegen, vor allem aber den Kopf einziehen. Holz auf Holz klingt nicht gut. Unterm Kiel knirscht es. Stillstand, aufgesessen. Der Ast ist schon von vielen Vorgängern blank geschuert worden. Mit Ganzkörper-Vor- und Zurückruckeln kommt man schließlich frei. Doch die – von Bibern gefällten – Bäume nehmen zu. Wenn man Glück hat und das Wasser

Luchse sind hier wieder zu Hause, wie später Maciej Glawdel, Deutsch- und Geschichtslehrer sowie ehrenamtlicher Park-Führer, erklärt. Der Nutzwald wurde renaturiert zu einem Urwald mit reichhaltigem Baumbestand. Und, man glaubt es kaum: Bis 1979 wurde sogar noch geflüßt und Finowmaß-Kähne wurden getreidelt.

Maciek führt auch zu aufgelassenen deutschen Siedlungen wie Marzelle und Springe im Kreis Arnswalde mit seinem sehenswerten Baumstelen-Friedhof. Beides liegt an der alten Pflaster-Salzstraße Posen – Kolberg. Wie auch das einzigartige nach wie vor funktionierende „preußische“ Wasserkraftwerk von 1906 von Kamienna, die unseligen Betonreste des „großdeutschen Pommernwalls“ oder die Wassermühlen-Trümmer an der früheren Markstraße und Grenze bis 1772 zwischen der brandenburgischen Neumark und Großpolen.

Im idyllischen Tempelburg [Czaplinek] am Drawsko-[Dratzig]-See kann man auf den Spuren der Ordensritter wandeln, sich auf der Burgruine über den Templer- und Johanniterorden schlau machen oder den singenden Bürgermeister Marcin Naruszewicz erleben, der hier als Stadtoberhaupt fungiert. Sogar auf einen Schinkelbau, die weiße vierschiffige ehemals evangelische Kirche, kann er in seinen Mauern stolz verweisen. Frischen, gebratenen oder geräucherten Fisch – Ryby – bei Magda „U Magdy“ sollte man sich nach dem Stadtrundgang zu lokalem Bier unterhalb der Burg mit Seeblick und Badestelle unbedingt gönnen.

Familiär im „Kardasowka“

Bei Fürstenau/Barnimie erinnert ein Gedenkstein an Papst Johannes Paul II. Schon als junger Mann, der alle befahrbaren Flüsse Polens kannte, entdeckte Karol Woytyla 1956 seinen Lieblingsfluss Drawa. Später ließ er sich auch als Weih- und Erzbischof von Krakau und frisch gebakener Kardinal von ihrem ganz eigenen Zauber aus „Einöde, leere und Stille“ inspirieren, wie er schrieb. Für viele Polen, ohnehin wassersportbegeistert, ein Muss, hier mal vorbeizuschauen. Zu seinem 100. Geburtstag pilgerten hunderte von

Kanuten in einer Art Wasserprozession zu dem Granitblock. Seitdem ist es die „Wasserstraße Karol Woytyla“. Sein „Geheimtipp“ war die bei Kilometer 133,5 in die Drage [Drawa] mündende Körtnitz [Korytnica]. Sie ist ein absolutes Kleinod: glasklar, fischreich, schmal und landschaftlich noch einen Tick urwüchsiger, aber auch hindernisreicher.

Keine Hindernisse gibt es für Wassersportler in zahlreichen Biwaks, sie sind auch offen für Wanderer und Radfahrer, die hier ein gut ausgebautes Wegenetz vorfinden.

Als Ausgangspunkt für alle Touren bietet sich das Waldhaus „Kardasowka“ bei Neuwedell/Drawno am Düp [Dubie]see an. In der Gegend, wo auch das zerstörte Familienschloss stand, war auch das Weltkriegs-I-Flieger-Ass Graf Erich von Wedell auf einem Rittergut zu Hause.

Ludmila, sie lernt fleißig Deutsch, und Tadeusz Szafranski sind herzliche Gastgeber. Mitten im Wald, an einem scheinbar freien Angelteich und einer Wiese gelegen, ist ihr renoviertes Haus ein kleines Paradies. Es steht unter dem Motto „Agrotourismus“, garantiert damit nur einer Handvoll Gäste preiswerten, familiären Urlaub. Sogar mit Katzen und einem Fuchs, der keine Scheu hat. Bei geselliger Lagerfeuerunde stibitzt er sich schon mal den einen oder anderen Brocken.

Gurken, Kartoffeln und polnische Kelbassa/Wurst schmurgeln appetitanregend duftend auf dem Rost, während am Tisch „na zdrowie!/Prost“ ausgerufen und „dziękuję bardzo/vielen Dank!“ gesagt wird.

● **Infos** Polnisches Fremdenverkehrsamt Hohenzollernndamm 151, 14199 Berlin Telefon 0049 (030) 21009211, E-Mail: kg@polen-info.de, www.polen.travel; www.kardasowka.pl: Polen: „Kanutouren im Pommern – Drawa, Brda, Wda“; ISBN: 3-89392-356-X (wichtig zur Vorbereitung und Durchführung). Ewa Wnuk-Glawdel: „Auf den Spuren der ehemaligen Bewohner des Drawsko-Urwaldes“ (wichtig für Hintergrund-Informationen). Unter dem Stichwort „Kajaktouren auf der Drawa“ findet man im Internet diverse Anbieter

POMMERSCHES LANDESMUSEUM

Spannendes Programm am Mittwoch, den 7. Juli. Die Tradition der Croy-Feiern

Zum Todestag Annas von Croy am 7. Juli werden online und vor Ort im Pommerschen Landesmuseum spannende Formate angeboten. An der Tradition der zehnjährlichen Gedenkfeiern halten aktuell die Universität Greifswald und das Pommersche Landesmuseum trotz mancher Widrigkeiten gemeinsam fest. Obwohl das Croy-Fest im vergangenen Jahr ausfallen musste, wird mit einem besonderen Festprogramm der pommerschen Herzogsfamilie die Ehre erwiesen.

Digitale Angebote auf www.uni-greifswald.de/croy

Programm im Pommerschen Landesmuseum am 7. Juli – Eintritt frei!

Das Erbe der Pommerschen Greifenherzöge bildet das Herzstück des Pommerschen Landesmuseums. Seit 2005 befindet sich der kostbare Croy-Teppich dort und kann in der Dauerausstellung betrachtet werden. Unser Audioguide liefert vertiefende Informationen.

11 + 17 Uhr: Kurzfilm: „Der Croy-Teppich wird lebendig“

14 + 15 Uhr: Kunstpause mit Dr. Sabine Lindqvist. Die erste bekannte Kopie des Croy-Teppichs: Das Aquarell Gustav von der Lanckens, 1820

Ganztagig zeigen wir vom 7. bis 14. Juli die Präsentation: Die Stolper Sarkophage Annas und Ernst Bogislaws von Croy – in Kooperation mit dem Mittelpommerschen Museum Stolp (Muzeum Pomorza Środkowego w Słupsku).

Geprägt in Gold – das Hochzeitsmedaillon als Postkartenmotiv zum Fest. Besichtigen Sie in dieser Festwoche das Original in unserer Dauerausstellung – und nehmen Sie bei Ihrem Besuch Ihr eigenes Exemplar der hochwertigen Postkarte mit nach Hause.

● Pommersches Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald, Telefon (03834) 83120, Fax (03834) 831211, E-Mail: info@pommersches-landesmuseum.de. Es gelten noch bestimmte Corona-Regeln

VORPOMMERN

Vorpommerscher Sagenbaum

Der Großherzog machte fix kehrt ...

Ihr Stamm ist durch Inschriften so sehr verunziert, dass manchen Baumfreunden die Augen schmerzen. Die alte Rotbuche auf der vorpommerschen Seite des Kastorfer Sees in Mecklenburg-Vorpommern hat ihr Leben lang einiges durch Schnitzmesser erdulden müssen. Aber sie trägt den Frevel offenbar mit Gleichmut und krallt ihre mächtigen Ankerwurzeln umso fester ins Erdreich.

Zwischen Mecklenburg und Preußen

Kaum jemand weiß indes, dass es sich bei dem Baum vermutlich um einen der so genannten vorpommerschen Sagenbäume handelt. Das, was Annalen über ihn zu berichten wissen, geht zeitlich zurück ins Kaiserreich, als Preußen und damit Pommern und Mecklenburg gewissermaßen noch hoheitliche Grenzen trennten.

Es soll sich damals ergeben haben, dass der königlich-preußische, also pommersche, Förster Friedrich-Wilhelm Rex bei einem Reviergang durch den Wild-



Die alte Buche am Kastorfer See. Wenn sie erzählen könnte: Ist es die Rex-Buche? Vieles spricht dafür

berger Forst, wohl zwei Kilometer von der Landesgrenze entfernt, auf eine fremde Person in noble Jagdzeug stieß. Rex rief den Mann an, worauf der mit erhobenem Haupt entgegnete, dass er der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin sei.

Ein Mecklenburger in einem pommerschen Wald, noch dazu im Jagdaufzug? Das durfte ein Forstbeamter nicht durchgehen lassen. Rex baute sich vor der königlichen Hoheit auf und sagte ihm unmissverständlich auf Platt: „Un ick bün dei königlich-preußische Förster Friedrich-Wilhelm Rex, und wenn sei nich glik taurich öwer die Grenz gahn, scheid ick sei dot.“ Der Großherzog soll daraufhin fix kehrt gemacht haben.

Eine Rotbuche auf einer Blöße am See, heute eine Badestelle, soll alsbald in Erinnerung an den schlagfertigen Revierbeamten Rex-Buche genannt worden sein. Ob es sich dabei um den Inschriften-Baum handelt, kann heute nicht mehr mit Gewissheit beantwortet werden. Es spricht vieles dafür. *Karl-Heinz Engel*

„Ich glaube, wir sind nicht mehr zu retten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Sehr gelungener Artikel. Was die Zukunft angeht, bin ich da weniger optimistisch, bedenkt man, dass Grüne und Linke Deutschland und unsere Identität ausradieren wollen“

Siegfried Hermann
zum Thema: Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung (Nr. 25)



Ausgabe Nr. 24

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MYTHOS VOM PRÄVENTIVKRIEG ZU: „NUR EIN SANDKASTENSPIEL“ (NR. 24)

Ohne den deutschen Überfall auf die Sowjetunion und vor allem die Verbrechen, die Deutsche nachfolgend auf sowjetischem Territorium begangen haben, beschönigen oder gar entschuldigen zu wollen, so hat doch auch diese Wahrheit zwei Seiten. Tatsächlich kommen nämlich 80 Jahre danach in den Medien leider wieder einmal nur Verfechter der deutschen Angriffstheorie zu Wort, die sich auf die angeblich alleingültigen Forschungsergebnisse der Geschichtswissenschaft berufen. Dabei wird seit Jahrzehnten vor allem unter seriösen deutschen und russischen Historikern um dieses Thema gerungen, und so kann man die These vom Präventivkrieg keineswegs nur als „Mythos rechtsgerichteter und antikommunistischer Kreise“ abtun, wie es oft geschieht.

Als erster Nicht-Deutscher hat ausgerechnet der ehemalige sowjetische Geheimdienstoffizier Viktor Suworow in einem Buch eine konträre Ansicht dazu vertreten, aber auch die russischen Militärgeschichtler Waleri Danilow, Wladimir Neweschin, Michail Meltjuchow und Boris Sokolow haben nachgewiesen, dass das Deutsche Reich 1941 einem Angriff der Sowjetunion unmittelbar zuvorkam.

Schließlich hat der polnischstämmige Historiker Bogdan Musial in einem umfangreichen Werk zahlreiche Belege dafür vorgelegt. Der sowjetische Verteidigungsminister Timoschenko ordnete nämlich am 11. Juni 1941 an, die westlichen Militärbezirke des Landes sollten am 1. Juli zur Durchführung von Angriffsoperationen bereit sein, da er glaubte, die Wehrmacht werde in jenen Tagen zur Offensive gegen Großbritannien schreiten und sei dann im Osten geschwächt.

Als die Deutschen am 22. Juni dennoch im Osten zuschlugen, bemerkte Stalin gegenüber Generalstabschef Schukow: „Warum verspäten wir uns immer?“ Übrigens gehörte ein Onkel von mir zu den ersten deutschen Soldaten, die an

jenem 22. Juni 1941 die Grenze zur Sowjetunion überschritten, und er erzählte stets, er sei erstaunt gewesen, auf wie viel feindliches Kriegsmaterial man beim Vormarsch gestoßen sei, sodass der Eindruck entstand, man sei der Roten Armee gerade noch zuvorgekommen.

Wolfgang Reith, Neuss

ZU VOLL AUF DER ERDE ZU: DIE ZUKUNFT LIEGT AUF DEM TELLER (NR. 24)

Die Weltbevölkerung steht kurz vor Erreichen der Acht-Milliarden-Marke und wächst zurzeit um etwa 90 Millionen jährlich, also um mehr als die gesamte Einwohnerzahl Deutschlands. Noch 1960 bildeten drei Milliarden Menschen die Weltbevölkerung. Nur mal ein Land herausgegriffen: Irak. Dieses Land hatte 1970 etwa zehn Millionen und heute weit über 40 Millionen Einwohner.

Bringen uns diese Zahlen nicht zum Nachdenken und zu anderen Gedanken als im obigen Beitrag die zum Teil lächerlichen aber insgesamt kaum wesentlich an der Nahrungssituation ändernden Ideen der Bio- und Nachhaltigkeitsaktivisten?

Alle reden und schreiben von den riesigen Problemen durch die immer schneller wachsende Weltbevölkerung. Sie wächst vor allem dort, wo schon jetzt gehungert wird, weil es an Lebensmitteln fehlt, vom fehlenden Trinkwasser ganz abgesehen. Sollte nicht endlich das Pferd von vorn aufgezäumt werden und nicht das Symptom, sondern die Ursache für die ohnehin kaum zu bewältigenden Probleme angegangen werden? Das Bevölkerungswachstum selbst ist doch das Problem, und dort ist anzusetzen.

Stephen Emmott beschreibt in seinem Bestseller „Zehn Milliarden“ eine Welt mit zehn Milliarden Menschen. Sein Fazit: Wenn eine globale Katastrophe verhindert werden soll, müsste etwas Radikales geschehen, woran er aber selbst nicht glaubt. Voller Pessimismus sein Schlusssatz: „Ich glaube, wir sind nicht mehr zu retten.“

Wolfgang Leistriz, Leipzig

WIR RECHNEN UNS GRÜN ZU: BATTERIEHERSTELLER SETZEN AUF DEUTSCHE PRÄZISION (NR. 24)

Eigentlich ist es ganz einfach: Man nehme ein handelsübliches Auto mit Verbrennungsmotor, baue die Einspritzanlage ab, stattdessen einen Gasmischer ein, hänge noch einen NOx-Kat dahinter, betreibe das Ganze mit grünem Wasserstoff oder einem anderen synthetischen Kraftstoff – und fertig ist ein annäherndes Zero-Emissionsfahrzeug, das den Namen auch wirklich verdient, ohne eine ganze Industrie umzustellen. Das ist nichts Neues, das haben wir Motorenforscher schon vor 30 Jahren vorgeschlagen. In diesen 30 Jahren hat die Politik es verschlafen, alternative Kraftstoffe marktreif zu machen.

Im ersten Quartal 2021 stammte der überwiegende Teil der Stromproduktion aus Kohle. Nun verschlafen wir die nächsten 30 Jahre, indem wir die verstromte Kohle in hippen E-SUVs verbraten und uns damit grün rechnen:

Ich kaufe mir ein E-Auto, und der Strom kommt aus der Steckdose. Das ist keine Frage von grüner Ideologie, sondern ganz einfach eine Frage der Ehrlichkeit: Wie viel sind wir als Gesellschaft bereit, für grüne Fortbewegung zu bezahlen?

Gerhard Schöttke, Uhingen

UNEFFEKTIVER XXL-LANDTAG ZU: EINE WAHL, DIE ALLEN PARTEIEN ZU DENKEN GEBEN SOLLTE (NR. 23)

97 Abgeordnete werden im Plenarsaal von Sachsen-Anhalt Platz nehmen, fast so viele wie 1994 – damals waren es 99. Allerdings hat Sachsen-Anhalt in der Zwischenzeit mehr als ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren. Somit ist der Landtag einfach zu groß. Bei der letzten Parlamentsreform waren 83 Sitze als neue Normgröße festgelegt worden. Die Rede war von Sparsamkeit. Die Entscheidungen werden in einem XXL-Landtag auch nicht besser.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

EINE UFO-SICHTUNG ZU: UND ES GIBT SIE DOCH! (NR. 23)

Es ist am letzten Freitag im Monat März im Jahre 1983 in unserem damaligen Haus in Großhansdorf/Schleswig-Holstein. Der Beginn ist zirka 23 und endet um 23.10 Uhr, es ist also dunkel. Meine Frau hat noch etwas in der Küche zu tun. Ein Fenster zeigt nach Westen, und sie schaut hinaus. Etwas fliegt aus westnordwestlicher Richtung Ost, dermaßen niedrig, dass sie denkt, gleich werden die Tannen unseres Nachbarn berührt.

Ein Objekt mit einem kuppelartigen Aufsatz. Sie ruft mich, und wir gehen beide auf den Balkon. Wir sehen beide zusammen das Objekt (geschätzte Länge so um die 25 Meter), völlig lautlos, dabei umgeben wie von einer Art Gaswolke, die gelb/rötlich schimmert.

Wir haben also die Gelegenheit der Betrachtung einer Längsseite. Das Objekt selber ist nicht direkt erkennbar. Durch das längere Hinsehen gewinnt man den Eindruck, etwas bewegt sich von vorne nach hinten und umgekehrt in sehr, sehr schnellem Wechsel. Das Objekt flog also zwischen dem Haus unseres Nachbarn und unserem. Abstand zwischen den Häusern um die 40 Meter, daher auch die Möglichkeit der Einschätzungen. Die Höhe so zwischen 20 bis 30 Metern. Sehr nah das Objekt.

Dann flog das Objekt an unserem Haus an der Südseite vorbei. Vom Fenster Richtung Ost konnten wir sehen, wie das Objekt vorderseitig leicht angehoben war. Also keine waagerechte Lage mehr. Uplötzlich mit sehr großer Geschwindigkeit flog es in östliche Richtung, und nur noch ein kleiner roter runder Kreis (Apfelsinengröße) war zu sehen.

Es ist nicht viel, aber auch nicht wenig, aber gewaltig in der Erscheinung. Etwas vergleichbares von dieser Welt wie Flugzeug, Ball oder anderes konnten wir nicht feststellen. Unsere Nachbarn haben nichts gesehen. Es war ein glücklicher Zufall.

Ernst-August und Else Wiegers, Großhansdorf

ANZEIGE

Das Wunder des menschlichen Körpers

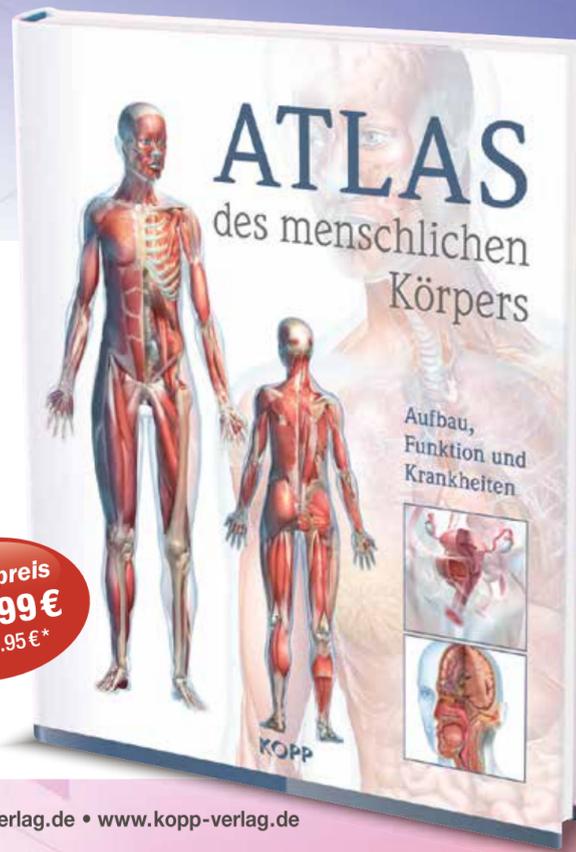
■ Wie atmen wir? Wozu brauchen wir unsere Milz? Was genau sind Glückshormone?

Dieser Atlas zoomt mitten ins Herz des hochkomplexen Systems Mensch und betrachtet ihn bis in die mikroskopischen Zellstrukturen hinein. Er erklärt, wie unser Körper aufgebaut ist und wie er funktioniert. Es werden die Grundlagen des menschlichen Lebens und die zwölf Organsysteme dargestellt. Computeraufnahmen zeigen unseren Organismus im Detail. Über 700 beeindruckende Fotografien, zahlreiche farbige Illustrationen, Gra-

fiken und Tabellen werden durch gut verständliche Texte ergänzt, in denen auch die häufigsten Krankheiten, die wichtigsten Behandlungsmöglichkeiten und moderne Operationstechniken vorgestellt werden. Aktuelle Themen wie Organtransplantation oder Essstörungen sind in diesem umfassenden Nachschlagewerk ebenfalls berücksichtigt, die wichtigsten medizinischen Fachbegriffe werden im Anhang erläutert.

Dieses Buch lädt ein, das Wunder des menschlichen Körpers zu entdecken. Nur wer weiß, wie der Körper aufgebaut ist und wie er funktioniert, ist auf Dauer in der Lage, ihn gesund und widerstandsfähig zu erhalten. Was immer Sie über Anatomie, Kreislauf, Nervensystem und Sexualität wissen wollten – hier finden Sie die Antworten auf einen Blick.

Beverly McMillan: Atlas des menschlichen Körpers
großformatig gebunden • 288 Seiten • durchgehend farbig • illustriert • Best.-Nr. 974 800



Sonderpreis
nur 19,99 €
statt 39,95 €*

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

TIROL

Reise in ein Neuland

Die Hohe Salve in den Kitzbüheler Alpen – Vor der „Bergdoktor“-Kulisse trifft man jetzt lauter Einheimische

VON HARALD TEWS

Auch weit oben am Berg halten die Hüttenwirte streng die „3-G-Regel“ ein. In allen Wirtschaften wird der Gast gefragt: „Sind Sie geimpft, getestet oder genesen?“ Ohne Nachweis, dass man Corona-frei ist, wird man nicht bewirtet. Wie gut, dass Testergebnisse meist digital auf dem Smartphone vorliegen. Dieses vergisst niemand, denn wer will schon auf das Selfie vor der eindrucksvollen Kulisse mit der Hohen Salve in den Kitzbüheler Alpen verzichten?

Wer hier aber seinen noch in Papierform ausgestellten Impfausweis im Hotel vergessen hat, der hat schlechte Karten. Mal eben runter zur Unterkunft und zurück mit der Bescheinigung, damit man auf der Alm ein Häppchen essen kann, könnte allerdings zum Problem werden. Über 1000 Höhenmeter müssen dann überwunden werden.

Die haben wir gerade überwunden, mit geliehenen E-Bikes direkt vom Hotel. Dabei hätten wir es einfacher haben können. Denn unsere Unterkunft, das Sporthotel Hohe Salve in Hopfgarten, ist direkt an der Talstation der Salvenbahn gelegen. Wer bequemer auf den Aussichtsberg Hohe Salve zu Fuß pilgern will, der nimmt einfach die Gondelbahn.

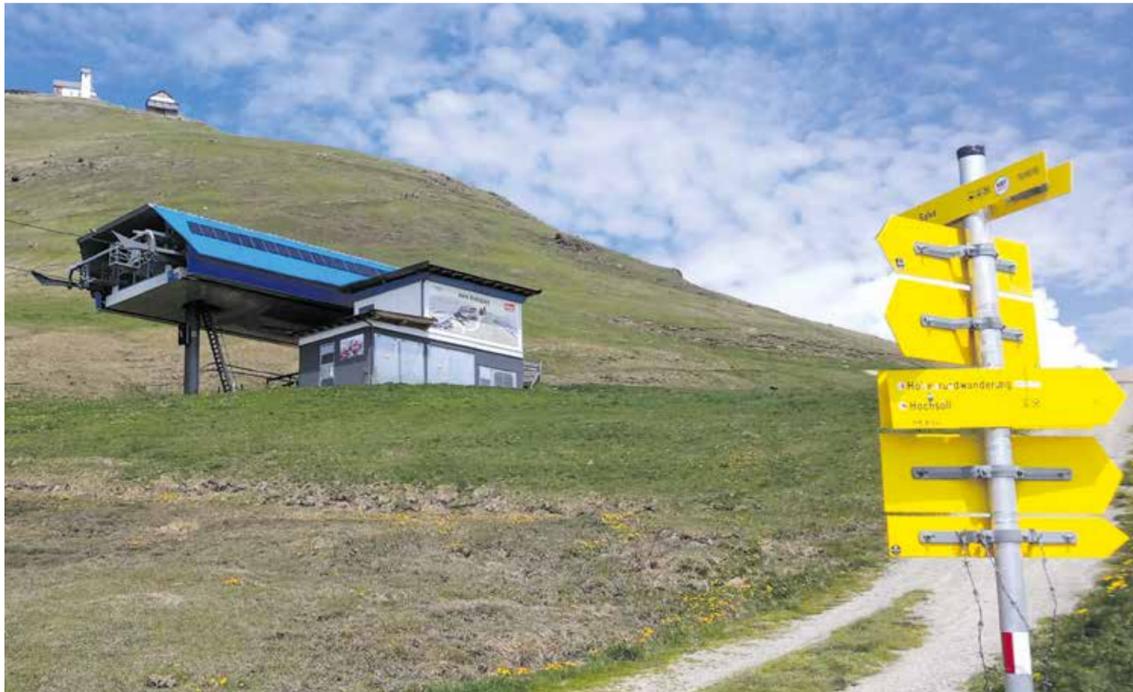
Tatsächlich pilgern viele auf diesen 1829 Meter hohen Berg in den Kitzbüheler Alpen. Denn am Gipfel befindet sich mit dem Salvenkirchlein Österreichs höchstgelegene Wallfahrtskirche. Schon 1589 stand hier ein Gotteshaus, das aber nach Blitzeinschlägen ebenso abbrannte wie die nachfolgenden Kapellen.

Erst die Installation eines Blitzableiters machte dem Feuerspuk im späten 18. Jahrhundert ein Ende. Seitdem hat der Heilige Johannes, der Schutzpatron der Kirche, seine Ruhe. Außer es ist sein Jahrestag, der 24. Juni, denn dann ist dort oben immer viel los mit Pilgern wie demnächst wieder auch am Annatag, dem 26. Juli, wenn die Wallfahrer ein geschnitztes Haupt des Heiligen Johannes um den Altar tragen werden.

Wer sich sportlich fit halten möchte, der „pilgert“ statt mit der Seilbahn lieber mit dem E-Bike. Auf den gut ausgebauten Wegen, die auf der ersten Hälfte noch asphaltiert sind und dann in breite Schotterwege münden, kommt man damit recht flott voran. So mancher „Bio-Biker“, der sich noch mit Muskelkraft den Berg hochmüht, wird locker überholt. Nur die letzten paar Meter zum Salvenkirchlein hat der Almbauer für Radfahrer gesperrt. „Viele haben sich nicht an die Regeln gehalten“, erklärt unser Tourführer vom Hotel, „statt auf den Wegen zu bleiben, sind einige von ihnen querbeet durch die Almwiesen gefahren.“

Das geht natürlich gar nicht. An Regeln muss man sich halten, vor allem auch an die aktuell noch allgegenwärtigen Hygieneregeln. Gerade in Tirol, dass durch den Corona-Brennpunkt Ischgl im März 2020 in Verruf geraten war, achten Hoteliers und Gastronomen penibel darauf, dass alle Vorschriften eingehalten werden. Zu groß ist die Angst davor, erneut einen Lockdown und damit einen Einbruch in dort so wichtigen Tourismusgeschäft zu erleben.

Schon zu Pfingsten öffnete Österreich am 19. Mai die Grenzen für Urlauber. Grenzkontrollen gab es trotzdem, denn Voraussetzung war eine digitale Einreisebescheinigung samt einem aktuellen negativen Testergebnis für Ungeimpfte. Sonst drohte eine zehntägige Quarantäne. Außerdem ist in allen öffentlichen Räumen eine FFP2-Maske verpflichtend.



Viele Wege führen ans Ziel: Bergstation Hohe Salve mit der Wallfahrtskirche ganz oben links auf dem Gipfel

Foto: Tews

Wer in dieser Zeit einreiste, kam sich wie ein Pionier in unentdecktem Land vor. Auf den Straßen, Wanderwegen und Almhütten waren fast nur Österreicher unterwegs, welche die Abwesenheit der Touristen dazu nutzten, ihr eigenes Land zu erkunden, als sei es Neuland. Wenn man sich begegnete, wurde ausschließlich auf Tirolerisch gegrüßt oder verabschiedet: „Griaf-eich“, „Servus“, „Pfiat-eich“.

Mit Beginn der Sommerferien in Deutschland ist damit zu rechnen, dass alle Dämme brechen werden. Die sich eingesperrt fühlenden Deutschen, die mit Ost- oder Nordsee vorliebnahmen, werden einfach zu erreichende ausländische Reiseziele wie Mallorca oder ein Alpenland wie Österreich als Erstes aufsuchen. Tirol und besonders die Hohe Salve wer-



Entspannung am G'sundheitsbründlweg

den dabei zweifellos profitieren. Denn der kleine Ort Hopfgarten ist gleich hinter der deutschen Grenze von Kufstein und Wörgl vom Inntal aus ideal und schnell sowohl mit dem Auto als auch mit dem Zug zu erreichen.

Das Sporthotel Hohe Salve war bereits vor den Sommerferien sehr gut mit Kurzurlaubern belegt gewesen. Wer sich den Corona-Speck abtrainieren will, findet in diesem modernen Resort der aus Hopfgarten stammenden Familie Pletzer, die inzwischen in Deutschland und Österreich weitere Sporthotels betreibt, ideale Möglichkeiten vor mit einem 25-Meter-Sportbecken, einem warmen Hallenbad mit Freiluft-Pool, Fitnesskursen, diversen Saunen, Massageangeboten und Radwanderbetreuung. Ein besonderer Service wird im Haus außerdem durch Antigen- und PCR-Tests geboten, die regelmäßig für Ungeimpfte nötig sind, wenn man die auswärtige Gastronomie besuchen will.

Und daran kommt man in dieser Genussregion nicht vorbei. Auf der Hohen Salve gibt es gleich mehrere Berggasthöfe und Almen, wo man sich nach einer Wander- oder Radwandertour mit köstlich zubereiteten Mahlzeiten stärken kann. Dazu kommt eine ähnlich köstliche Aussicht: Nach Westen hin liegt das idyllische Hochplateau der Wildschönau, und im Nordosten imponiert das imposante Panorama des Wilden Kaisers mit seinen über 2000 Meter hohen Gipfeln.

Dieses alles ist auch die Filmkulisse der Serie „Der Bergdoktor“. Hopfgarten mit seiner den Ort dominieren zweitürmigen Pfarrkirche, die Hohe Salve und

das benachbarte Brixental waren und sind regelmäßig Drehorte. Die Serienmacher wissen genau, wo es am schönsten ist.

Und Wanderer, die Ruhe und Entspannung suchen, wissen auch genau, wo sie diese finden: am G'sundheitsbründlweg. Auf einem schmalen Pfad, der durch einen kühlen Wald führt, bieten sich immer wieder famose Ausblicke auf Hopfgarten. Für die etwas über drei Kilometer lange und gut ausgeschilderte Strecke von leichter Schwierigkeitsstufe benötigt man eine gute Stunde. Aber der Aufwand lohnt sich – wie so vieles an der Hohen Salve.



Schwimmer im Sporthotel Hohe Salve

● **Tourismusverband Ferienregion Hohe Salve** Telefon 0043/575077010, www.hohe-salve.com. **Sportresort Hohe Salve** Telefon 0043/53352420, www.hohesalve.at. Die **Gästekarte Hohe Salve** bietet allen Hotelurlaubern kostenlose Bus- und Bahnfahrten sowie geführte Wanderungen und Ermäßigungen für Bergbahnen und viele andere Vergünstigungen mehr.

Nach der Corona-Zäsur kommt der „Tiroler Weg“

Da Österreich und zuletzt auch Tirol nicht mehr als Corona-Risikogebiet zählen, gelten dort seit dem 1. Juli weitreichende Lockerungen. So wird es in der Gastronomie keine Sperrstunde mehr geben. Bis dahin mussten solche Betriebe um 24 Uhr ihre Türen schließen. Ausnahmen sind Clubs und Diskotheken, die weiterhin geschlossen bleiben. Die „3-G-Regel“ (geimpft, getestet, genesen) bleibt in Gastronomie und Hotellerie vorerst weiter ebenso bestehen wie das Tragen einer FFP2-Maske in Bussen und Bahnen. Außerdem setzt die Regierung zukünftig auf den EU-weiten „Grünen Pass“ zum Nachweis von Impfungen, Tests und überstandenen Corona-Erkrankungen.

Grundsätzlich verursachte die Pandemie der österreichischen Tourismusbranche eine wirtschaftlich solch verheerende Zäsur, dass sie sich zum Umdenken gezwungen sieht. Verzeichnete Tirol vor Corona noch bis zu 45 Millionen Nächtigungen

pro Jahr, so wird das Ergebnis dieses Jahr durch die praktisch ausgefallene Wintersaison geschätzt um zwei Drittel schrumpfen. Weil jeder vierte Arbeitsplatz am Trof des Tourismus hängt, hat Österreich-Werbung eine 17-Millionen-Euro teure Werbekampagne ins Leben gerufen. Tatsächlich ist die Ferienhotellerie im August bereits wieder zu 70 Prozent ausgelastet.

Damit es aber nicht wieder zu Exzessen mit Corona-Ausbrüchen wie in Ischgl kommt, will die Tiroler Regierung die Zahl der momentan 330.000 Urlauber-Betten verkleinern. Bei dem vom Landeshauptmann Günther Platter vorgestellten „Tiroler Weg“ ist vorgesehen, dass man neue Hotelburgen mit über 300 Betten „keinesfalls zulassen“ werde. Zudem will man in Tirol bis 2034 nur noch „klimaneutrale“ Skigebiete auch dadurch schaffen, dass die Gäste verstärkt mit öffentlichen Verkehrsmitteln anstatt mit dem eigenen Pkw anreisen. tws

ISLAND

Von Berlin aus zu den Geysiren

Der Zeitpunkt hätte schlechter nicht gewählt werden können. Im November 2019 ging die neue isländische Fluggesellschaft „Play“ an den Start, um dann nur fünf Monate später wegen der weltweiten Pandemie den Flugbetrieb nahezu komplett wieder einstellen zu müssen. Dass die Isländer zäh sind und so schnell nicht aufgeben, zeigt die Tatsache, dass „Play“ ab Ende Juni wieder fliegt, und von diesem Freitag an auch von und nach dem Berlin-Brandenburger Flughafen.

Was Klimaschützern ein Dorn im Auge ist, das kommt den Island-Fans, die günstig zu den Geysiren reisen wollen, höchst gelegen. Denn „Play“ ist eine Billigfluggesellschaft, und die Verbindung nach Reykjavik ist schon ab 110 Euro zu haben.

Darüber hinaus kommt man in den Genuss des Komforts moderner Airbus-Flieger. Drei A321neo stehen im Dienst von „Play“, die ab Reykjavik zunächst sieben Destinationen in Europa anfliegen werden. Das erste Ziel von „Play“ war London Stansted, gefolgt von Teneriffa. In Deutschland feiert „Play“ ihr Debüt am 2. Juli: Zu-



Strahlend rot: „Play“ fliegt ab Berlin

nächst vier Mal wöchentlich, am Montag, Donnerstag, Freitag und Sonntag, verbindet „Play“ Berlin mit Reykjavik. Im Juli nehmen die Isländer sukzessive weitere Flüge nach Paris, Kopenhagen, Alicante und Barcelona auf.

An Bord der strahlend roten Maschinen finden 192 Passagiere in einer Economy-Class-Bestuhlung Platz. Die A321neo (neo = New Engine Option) ist durch neuentwickelte Triebwerkstechnologien und den sogenannten „Sharklets“, die aerodynamischen Flügelenden, deutlich treibstoffsparender als andere Flugzeugtypen. Zudem sind in den Flugzeugen lärmreduzierende Wirbelgeneratoren verbaut, sodass die A321neo beim Start bis zu 50 Prozent leiser ist als vergleichbare Flugzeuge.

An Bord können sich Passagiere auf einen großzügigen Sitzabstand von 86 Zentimetern freuen. Eine umfangreiche Auswahl an warmen sowie kalten Gerichten und Getränken kann käuflich erworben werden. Die Bezahlung kann kontaktlos stattfinden.

Seit dem 1. Juli können vollständig geimpfte Reisende und COVID-Genesene ohne Quarantäne nach Island einreisen. Dafür benötigen sie ein gültiges Zertifikat. Reisende, die noch nicht vollständig geimpft sind, müssen ein negatives Testergebnis auf Basis eines PCR-Tests, der nicht älter als 72 Stunden ist, vorlegen. Bei der Einreise in Island erfolgt ein weiterer COVID-Test, anschließend ist man verpflichtet, sich fünf Tage in Quarantäne zu begeben. Am Ende der Quarantäne ist ein weiterer Test angesetzt. Vor der Reise nach Island muss man sich online zur Einreise anmelden. H. Tews

● Buchungen unter der Internetadresse: www.flyplay.com

● FÜR SIE GELESEN

Tausend Euro
Gebühren

Hierzulande erregen sich die systemnahen Medien gerne heftig, wenn in anderen Staaten Menschen ins Gefängnis geworfen werden, weil sie der Stimme ihres Gewissens gefolgt sind. Dahingegen ignorieren sie, dass so etwas auch in der Bundesrepublik vorkommt – und zwar nicht nur aufgrund des umstrittenen Artikels 130 des Strafgesetzbuches zur „Volksverhetzung“. Insofern ist es gut, wenn Bücher wie „AbGEZockt“ erscheinen. Darin schildert der Journalist und Politikwissenschaftler Markus Mähler die dubiosen Methoden, mit denen der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio den seit 2013 von allen Wohnungsinhabern zu entrichtenden Rundfunkbeitrag eintreibt oder von externen Vollstreckern eintreiben lässt.

Wer für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht zahlen will, weil er gar kein Empfangsgerät besitzt, dem droht ein hartes Verfahren bis hin zur Erzwingungshaft. Die ehemalige Gebühreneinzugszentrale (GEZ) verwaltet inzwischen rund 45 Millionen Beitragskonten und startet in diesem Zusammenhang jährlich 20 Millionen „Mahnmaßnahmen“ zur „Herstellung der Beitragsgerechtigkeit“. Dabei kommt es auch zu 60.000 Zwangsvollstreckungen pro Monat. Wenn der Schuldner auf seinem Standpunkt beharrt, kann er ins Gefängnis wandern, worüber allerdings nichts in den Rechenschaftsberichten des Beitragsservice steht. Auch sonst gibt es keine genauen Daten, wie viele Menschen inzwischen wegen Beitragsverweigerung einsitzen, denn in die Medien schaffen es nur wenige Einzelfälle.

Allerdings schätzt der Kriminologe Heinz Cornel von der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, dass mittlerweile rund 40 Prozent der deutschen Gefängnisinsassen Schuldhaftlinge sind, die eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen nicht gezahlter Steuern, Schwarzfahrens oder Gebührenverweigerung verbüßen. Das lässt tief blicken – jedoch nutzt der Staat das Ganze auch gleich noch, um den „Kampf gegen Rechts“ zu befeuern, indem er manche der Beitragsrebellen zu „Reichsbürgern“ abstempelt.

Sich gegen das Treiben des Beitragsservice zu wehren ist nahezu aussichtslos. So berichtet Mähler unter anderem von dem Anwalt Thorsten Böck, der für seine Mandanten bis vors Bundesverfassungsgericht zog. Das Ergebnis: Als Böck nicht nur eine, sondern mehrere Verfassungsbeschwerden im Namen unterschiedlicher Kläger erhob, brummte ihm das Gericht eine „Missbrauchsgebühr“ von tausend Euro auf und wies die erneuten Beschwerden ohne jegliche Begründung zurück – was bezeichnenderweise auch völlig legal ist.

Letztendlich hilft gegen die Geldgier von ARD, ZDF und Co. also nur Hartz IV, Obdachlosigkeit oder eine formelle Abmeldung ins Ausland. Aber das sind natürlich Optionen, die nicht für jedermann taugen.

Wolfgang Kaufmann

Markus Mähler: „AbGEZockt. Warum Millionen Deutsche keinen

Rundfunkbeitrag zahlen und wie auch Sie sich wehren können“, FinanzBuch Verlag, München 2020, broschiert, 351 Seiten, 17,49 Euro



FREIZEIT

Mit Blick aufs Meer

Radfahren und Wandern an der Ostseeküste Schleswig-Holsteins und deren Hinterland führen Aktivurlauber nicht nur zu atemberaubenden Naturschönheiten – das Land hat auch historisch und kulturell viel zu bieten



FOTO: SHUTTERSTOCK

Wasser- und reißfest sind die drei der Redaktion vorliegenden Rad- und Wanderkarten aus dem Verlag grünes Herz. Die Karten im Maßstab 1 : 35.000 zeigen neben den Abschnitten des Ostseeküsten-Radwegs auch kleinere Wege, die zu interessanten Orten führen. Die Legende klärt sowohl über den Zustand der Routen auf als auch

über Aussichtspunkte, Rast- und Grillplätze sowie anderes mehr auf dem Weg. Die Rückseite enthält teils bebilderte Informationen über sehenswerte Orte. Der Verlag hält eine breite Kartenauswahl auch für andere Regionen bereit. Es sind nützliche Helfer für den Aktivurlaub, die kompakt gestaltet, in jede Tasche passen. MRK

Rad- und Wanderkarte
Probstei, Laboe, Schönberg (Holstein)
Grömitz, Dahme, Kellenhusen
Heiligenhafen,
Verlag grünes Herz, Ilmenau 2021,
Faltkarte, je 4,95 Euro

ALTES TESTAMENT

Das Rätsel einer
legendären Königin

In einem historischen Roman interpretiert Sigurd Göttlicher die sagenumwobene Reise der Königin von Saba zum jüdischen König Salomon

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

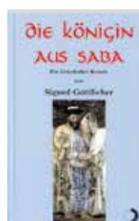
Man mag sich wundern, dass Sigurd Göttlicher nicht der erste Autor ist, der ein Buch über die Königin von Saba und ihre legendenumwobene Begegnung mit dem jüdischen König Salomo in Jerusalem, der Hauptstadt des von König David errichteten Großreichs in Kanaan, geschrieben hat. Die Quellenlage ist dürftig: In den biblischen Geschichten finden sich Ungereimtheiten, und auch die sonstigen Überlieferungen ergeben keinen Beweis für die Existenz der Königin von Saba. Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse darüber, ob das Treffen der beiden Herrscher in der Mitte des 10. Jahrhunderts vor Christus tatsächlich stattgefunden hat.

Göttlicher ebenso sachkundiges wie fantasievolles Werk „Die Königin aus Saba“ ist eine Art Mischprodukt aus Roman und Sachbuch. Den Autor des Romans „Die Geschichte des feinen Königs David“ und eines Buches über den Schiffbau in der Antike hat das Rätsel um die Identität der jemenitischen Fürstin fasziniert, desgleichen ihre Motivation für die lange Reise durch die Wüste von ihrer Residenz in Marib zum Hofe König Salomos. Für ihn ergab sich unter Rückgriff auf gesicherte Quellen zur Landeskunde ein reizvoller Spielraum für eigene Interpretationen.

Zog die Sabäerfürstin mit ihrer langen Karawane wirklich nur nach Jerusalem, um dem für seine Weisheit und seinen Reichtum berühmten König Salomo einige Rätselfragen zu stellen? Es ging dabei vor al-

lem um Handelskontakte und kulturellen Austausch, ist sich Göttlicher sicher. In seiner Schilderung pendelt er zwischen der Rolle eines subjektiven Berichterstatters und der eines allwissenden Erzählers.

Man erfährt Einzelheiten über Bewässerungsanlagen im sabäischen Reich, über Seehandelsfahrten bis nach Indien und Südafrika in einer Zeit des Friedens und Wohlstands. Das finale Kapitel der Geschichte der Königin von Saba handelt von der ebenso rätselhaften Überlieferung aus der heiligen Stadt Aksum im Norden Äthiopiens. Gemäß einem äthiopischen Mythos haben König Salomo und die schöne Fürstin aus dem Süden einen Sohn gezeugt, Menelik, der in Aksum residiert und das Kaiserreich Abessinien gegründet haben soll. Auf ihn führt die Salomonische Dynastie der äthiopischen Kaiserfamilie ihren Ursprung zurück. Nach äthiopisch-orthodoxer Tradition wird in der Kirche der Heiligen Maria von Zion zu Aksum die Bundeslade aufbewahrt, das heiligste Kultobjekt der Israeliten, über deren Verbleib andernorts viel spekuliert wird. Göttlicher bietet eine Antwort auf die Frage an, wie die Bundeslade nach Äthiopien gelangt sein könnte.



Sigurd Göttlicher: „Die Königin aus Saba. Ein historischer Roman“, Erich Weiß Verlag, Bamberg 2021, gebunden, 216 Seiten, 17,50 Euro

„OSSIS“

Gefangen im
„Jammerdiskurs“

Der Soziologe Detlef Pollack schildert die Haltung vieler Mitteldeutscher gegenüber dem Westen und plädiert für mehr gegenseitiges Verständnis

VON DIRK KLOSE

Wir Osis müssen anerkennen, dass wir es lieben, uns zu beklagen, dass wir danach lechzen, beleidigt zu werden, dass unser Jammer ein probates Mittel ist, Berücksichtigung einzufordern.“ Derart drastisch beendet der Münsteraner Soziologe Detlef Pollack sein Buch über Protest und Ressentiment in den neuen Bundesländern. Und er setzt noch nach: Die Mitteldeutschen fühlten sich einfach als die besseren Menschen, „man will sich nicht ändern oder dazulemen“.

Der 1955 in Weimar geborene Pollack war Thomaner in Leipzig und hat dort 1984 promoviert. Kurz vor der friedlichen Revolution erhielt er ein West-Stipendium, das ihm Aufenthalte in Zürich und Bielefeld ermöglichte, wo er sich 1994 auch habilitierte. Die Unzufriedenheit der Menschen in der DDR, die sich nach 1989 fortsetzte, ist sein ständig variiertes Thema.

Dezidiert sagt er, nicht die Bürgerbewegungen, sondern das Volk habe mit seinen oft spontanen Demonstrationen das System letztlich zum Einsturz gebracht. Empört ist er, wie bekannte Intellektuelle noch nach dem Mauerfall versucht hätten, dem Volk seinen Einheitswunsch auszusprechen. Gerade dieses Kapitel hat inzwischen bei ehemaligen Bürgerrechtlern erheblichen Unmut ausgelöst.

Nach der sogenannten Wende zeigt sich für Pollack das bekannte Bild, dass die ursprüngliche Euphorie, jetzt in einer Demokratie zu leben, rasch einer Ernüchterung gewichen sei. Inzwischen habe sich das Blatt aber gewendet. Die Mehrzahl der

Menschen sei, so zitiert er demoskopische und soziologische Untersuchungen, mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zufrieden.

Aber eine deutliche Minderheit eben nicht. Sie artikuliere ihr Unbehagen aus einem kränkenden Unterlegenheitsgefühl heraus. Im Vergleich zu den früheren „Bruderstaaten“ in Mitteleuropa seien die Menschen zufrieden, im Vergleich zum Westen gehöre Klagen zur Tagesordnung. Eindringlich appelliert Pollack an sie, aus dem „Jammerdiskurs“ auszusteigen. Dieser Appell steht allerdings gleichauf mit einer Aufforderung an den Westen, offener und toleranter gegenüber den „Osis“, ihren Sorgen und Problemen zu sein.

Die mitunter etwas strenge soziologische Terminologie verdeckt ein wenig die Aktualität des Buches. Manche Urteile, insbesondere jene über die Oppositionellen und Bürgerrechtsbewegungen in der DDR, sind vielleicht zu skeptisch. Aber das mühsame Zusammenfinden und -leben von Ost und West ist gut wiedergegeben; Es bleibt wohl wirklich noch lange eine Herkulesaufgabe.

Detlef Pollack: „Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute“, transcript Verlag, Bielefeld 2020, broschiert, 230 Seiten, 20 Euro



Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



CD – Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen
 Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneidereit, Öck bö emol önnne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten
 Nr. P 533200 CD 12,95 €



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
 Von Beetenartsch bis Schmandschinken
 Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 Seiten
 Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €



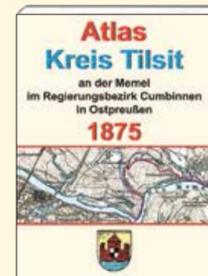
CD – Heiteres aus Ostpreußen – Humor'chen aus Ostpreußen – Geschichten, Anekdoten, Dammeleien
 Rudi Meitsch erzählt vom Bullenball in Insterburg, dem Flohche, vom dicken Buttgeriet und vielem mehr. Aus dem Inhalt: Heringe für die Donnauer, Ostpreußen und ihre Pferde, Schulmeister auf der Kurischen Nehrung. Die CD enthält 43 Tracks und hat ein Gesamtspielzeit von 51 Minuten
 Nr. P 533058 CD 12,95 €



CD – Heiteres aus Ostpreußen – Mannchen ham wir gelacht! – Ostpreußische Vertellkes
 Manfred aus Preußisch-Eylau und Eduard aus Insterburg erzählen von Bauer Grigoleit, von Kaukehmen, Skaisgirren, Plebischken und vielem mehr. Und auch das Lied „Ännchen von Tharau“ erklingt, sogar auf „ostpreußische Platt“. 23 Tracks. (Gesamtspielzeit: 32 Minuten)
 Nr. P 533059 CD 12,95 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
 24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
 Nr. P 5875 CD 12,90 €



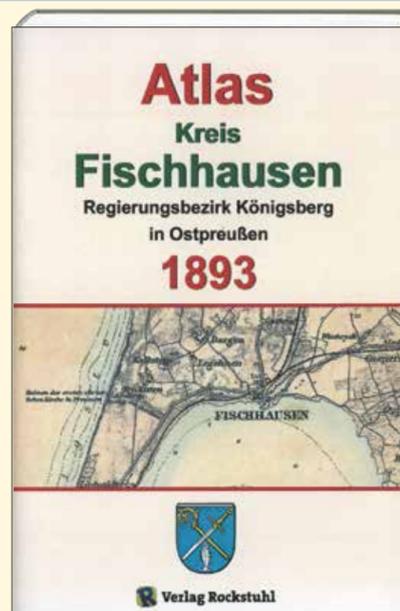
Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Tilsit an der Memel im Regierungsbezirk Gumbinnen in Ostpreußen 1875
 Reprint von 1875. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 153 % vergrößert. Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1875 – Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1860–1867. In 4 Farben gedruckt. 24 Seiten
 Nr. P A1401 Kartoniert 19,95 €



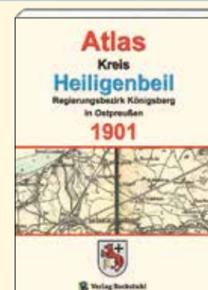
W. Haupt
Königsberg, Breslau, Wien, Berlin 1945
 Der Bildbericht vom Ende der Ostfront
 Dieser Bildband dokumentiert das militärische Geschehen in Ostpreußen und Schlesien bis zum Ende in Wien und Berlin mit eindrucksvollen Fotos, darunter viele in Farbe.
 192 S., 42 s/w-Abb. und 16 Farbtafeln
 Nr. P A1643 Kartoniert 14,95 €



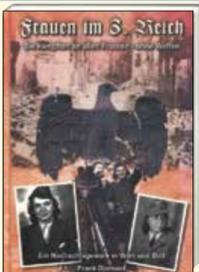
H. W. Sontag
 E. Wollenberg
Als der Osten brannte
 Als der Osten brannte. Die unglaublichen Erlebnisse eines Jungen 1944/45. 160 Seiten, zahlreiche s/w Abb. und Skizzen
 Nr. P A1674 Kartoniert 9,95 €



Atlas
Kreis Fischhausen
 Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen
 1893
 Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1876/1893. Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1859 1864, einzelne Nachträge 1893- Reprint - neu als Broschur in A 4 mit Rückstich. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 175 % vergrößert. Mit Eisenbahnstrecken, Mühlen, Kirchen, Friedhöfen, Förstereien, Denkmälern und Wiesen, Weiden, Heide, Ödland, und trockenes Moor und vieles mehr.
 48 Seiten
 Nr. P A1647 Kartoniert 19,95 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Heiligenbeil 1901 – Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen
 Reprint von 1901. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 190 % vergrößert. Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1875 – Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1860–1867. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten
 Nr. P A1402 Kartoniert 19,95 €

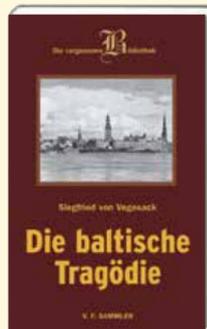


Frank Djemant
Frauen im 3. Reich
 Fast eine halbe Million Frauen zogen für Deutschland in den 2. Weltkrieg. Sie waren als Nachrichtenherfönerinnen, Verwaltungskräfte, in Pflege- und Sanitätsdiensten und in der Rüstungsindustrie sowie im öffentlichen Dienst eingesetzt. Dieses Buch zeigt die Frauen in NS-Deutschland im Einsatz für eine vermeintlich gute Sache.
 72 Seiten, ca. 450 S/W- und Farbbilder
 Nr. P A1607 Gebunden 19,90 €



Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

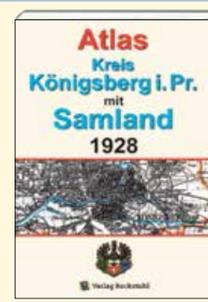
Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkittelt und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert.



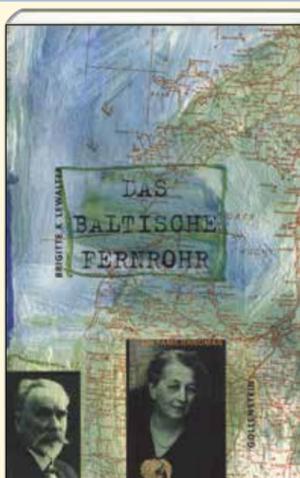
Siegfried von Vegesack
Die baltische Tragödie
 520 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 9627 19,90 €



Katja Lipinski
Frauen an die Front!
 Von 1939 bis Kriegsende 1945
 Von 1939 bis Kriegsende 1945. Die bekannte Autorin beschreibt in ihrem Buch die Flucht einer Luftwaffen-Stabsheferin aus dem Urwald Lapplands, wo man sie buchstäblich beim Rückzug am Inari-See vergessen hat. Ohne Marschbefehl und Unterstützung schlägt sie sich über Narvik in Norwegen bis ins zerstörte Deutschland durch. 160 S. Abb aus Privatarchive
 Nr. P A1641 Kartoniert 10,10 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Königsberg in Preußen mit Samland 1928
 Historische Karten Ostpreußen
 Reprint von 1928 des Zusammendruckes aus den Karten des Deutschen Reiches 1:100 000. Hrsg. vom Reichsamt für Landesaufnahme Berlin. Mit Messtischblatt-Begrenzungen und Messtischblatt-Nummern. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten.
 Nr. P A1341 Kartoniert 19,95 €



Brigitte Lewalter
Das baltische Fernrohr
 Ein Familienroman
 Dem Zaren Vasallentreue geschworen, dem Ostseeraum zugehörig, versuchen die Deutschbalten ihre Lebensart gegenüber den Russen zu verteidigen und in das neue Jahrhundert hinüberzuzetteln. Romanhaft verdichtete Biografien ranken sich um das Leben der 1868 in Südrussland geborenen Helene Neumann. Sie ist die Tochter eines baltendeutschen Arztes und Großmutter der Autorin. Helenes verwitwete Mutter kehrt 1878 mit ihren Kindern nach Nordlivland zurück. Helene heiratet einen Tierarzt, zieht mit ihm nach Riga und verbringt dort an seiner Seite mehr als vier Jahrzehnte. Mit wachen Sinnen erlebt sie den Zerfall des Zarenreiches und die Schrecken der lettischen Revolution 1905. Sie erleidet im Zuge des Ersten Weltkrieges die bolschewistische Besetzung Rigas, erlebt die Befreiung der Stadt und die Gründung des lettischen Staates. Das baltische Fernrohr ist zugleich eine beeindruckende Schilderung des Endes einer Epoche und des Kampfes der Letten um ihre Unabhängigkeit. Zerfall und Auflösung einer Gesellschaft spiegeln sich in einem facettenreichen Familienporträt. 389 Seiten
 Nr. P A1623 Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 16,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

| Anzahl | Bestell-Nr. | Titel | Preis € |
|--------|-------------|-------|---------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Die bunte Welt wird komplizierter. Wie in anderen Städten des Westens, zelebriert man auch im US-amerikanischen Seattle alljährlich eine große Feier der „LGBTQ“-Gemeinschaft. Die „Capitol Hill Pride“ fand Ende Juni statt, allerdings gab es dieses Mal schon im Vorfeld „LGBTQ“-intern heftigen Ärger. Wie die „Junge Freiheit“ berichtet, wurde als eine Art Konkurrenzveranstaltung der „Talking B(1)ack Pride“ aus der Taufe gehoben, der sich innerhalb der Minderheit speziell an „BIPOCs“ richtet, also Farbige. Weiße seien bei der Feier zwar auch willkommen, sie müssten aber im Unterschied zu den „BIPOCs“ Eintritt zahlen. Eine „Reparationsgebühr“ von zehn bis 50 Dollar wurde angesetzt. So sei es der „schwarzen, braunen Trans- und Queer-Gemeinschaft“ möglich, kostenfrei teilzunehmen. Die „Capitol Hill Pride“ meinte, dies sei „umgekehrte Diskriminierung“ und forderte mittels Beschwerde Gleichheit unter dem Regenbogen. Erfolglos, die Menschenrechtskommission der Stadt Seattle lehnte ab. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Post kritisiert auf „Focus online“ (25. Juni) die Gegner der Meinungsfreiheit in Deutschland:

„Der Versuch, alles mundtot zu machen treibt wunderbare Blüten ... Das Problem ist, dass die Gutdenkenden einseitig festlegen, was rassistisch und faschistisch ist. Sie haben schließlich die Moral und damit die Wahrheit per se auf ihrer Seite – meinen sie jedenfalls. Dagegen ist ihrer Meinung nach dann sogar Gewalt legitim. Dass dadurch selbst faschistische Methoden salonfähig gemacht und auch angewendet werden, wird ausgeblendet.“

Der österreichische Publizist und Politikberater Robert Willacker macht per Twitter (22. Juni) ein persönliches Geständnis zur Corona-Lage:

„Ich gebe mir ja wirklich Mühe, bei jeder neuen Variante vorschriftsmäßig in Panik zu verfallen, aber so langsam schwinden die Kräfte.“

Der Bestseller-Autor Akif Pirincci äußert gegenüber dem Monatsmagazin „Compact“ (Juli-Nummer) seine Verzweiflung über den Zustand Deutschlands:

„Die Groteske ist zur wahrgewordenen Realität geworden ... Die Mainstream-Presse hängt an den Lippen einer grünen Kanzlerkandidatin ..., obwohl sie nicht einmal über die elementarsten wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge Bescheid weiß und Schwachsinn von sich gibt, wenn sie den Mund aufmacht: Deutschland – eine Irrenanstalt.“

Der pakistanisch-stämmige Terror-Experte Shams Ul-Haq warnt im Gespräch mit der „Epoch Times“ (29. Juni) davor, dass die verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschland in eine gewalttätige Eskalation treiben könnte:

„Als ich 1990 nach Deutschland kam, war dies ein friedliches Land. Davon kann heute nicht mehr die Rede sein. Taten wie die in Würzburg schüren weiter den Hass in den Herzen. Laut Verfassungsschutzbericht nehmen Risiken von rechts und links zu. Das hängt aber auch mit dem Thema Islamismus zusammen. Wer weiß, vielleicht reagiert jemand von rechts ebenfalls mit Terror. Das nutzen dann wieder Linke und Islamisten für sich, wodurch womöglich eine Spirale des Hasses und der Gewalt entsteht, die sich bis zu bürgerkriegsartigen Unruhen aufschaukeln kann.“

● WORT DER WOCHE

„Greenpeace ist heute attraktiv für Selfie-hungrige Risikosportler, die sich ihre Abenteuer mit Spendengeldern finanzieren lassen und ‚dem Klima zuliebe‘ um die Welt jetten.“

Claude Cueni, Schriftsteller, auf „Achgut.com“ (28. Juni) zum moralischen Abstieg einer einst geachteten Organisation

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wir ändern das Regime

Wie Winfried Kretschmann die große Chance nutzt, und was Rotchina uns lehrt

VON HANS HECKEL

Nicht nur Winfried Kretschmann wird langsam nervös. Schon Bismarck hatte gewarnt: Wenn der Mantel der Geschichte vorbeifliegt, muss man ihn packen. Sonst war's das und eine historische Chance ist verpasst, Ende, aus! Darauf zu hoffen, dass eine epochale Gelegenheit ein zweites Mal zu Besuch kommt, ist ein Kinderglauben, nichts für erfahrene Politrecken wie Kretschmann.

Der 73-Jährige kennt sich aus, er hat viel erlebt und nichts vergessen, auch nicht die kommunistisch-maoistische Prägung, die er sich in den 70er Jahren verpasst hat. Gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ hat er nun seinen ideologischen Erfahrungsschatz auf ideale Weise verschmolzen mit den aktuellen Chancen unserer Zeit. Es solle erwogen werden, „ob wir nicht das Regime ändern müssen, sodass harte Eingriffe in die Bürgerfreiheiten möglich werden“, und zwar auch solche, die „sehr hart und womöglich zu diesem Zeitpunkt nicht verhältnismäßig gegenüber den Bürgern sind“, ließ Genosse a.D. die Stuttgarter Journalisten wissen.

Wir werden jetzt nicht darüber nachdenken, was Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang gesagt hätte, wenn einem AfD-Politiker so etwas entfleucht wäre. Und warum nicht? Na, weil wir es wissen. Offiziell geht es dem grünen Ministerpräsidenten um die Bekämpfung von Corona. Doch vor allem macht es ihm offenbar große Sorgen, dass die Pandemie vorübergehen könnte, ohne dass hinreichend politischer Honig aus dieser Gelegenheit gesogen worden wäre.

Daher seine verblüffend offenen Worte. Ein bisschen zu offen vielleicht, daher nahm er sie auch gleich wieder zurück. Er sei „missverstanden worden“ – klar doch. Nein, wirklich! Es gehe ihm doch nur darum, die Folgeschäden (der Pandemie) möglichst gering zu halten und lang andauernde, tief greifende Einschnitte in Grundrechte zu vermeiden, so der Grüne. Kretschmann wörtlich: „Es geht mir also nicht um weniger Freiheit für die Bürger, sondern um mehr Freiheit.“

Das regt zum Nachdenken an. Woher kennen wir das? Ja, richtig: So argumentieren regelmäßig Putschisten und Machtergreifer aller möglichen Couleurs, wenn sie in den Regierungspalast gestieft kamen: Nein, wir wollen Freiheit und Rechte der Bürger nicht zertreten, wir wollen sie retten! Vor ihren

Feinden! Nur dazu müssen wir die Rechte und Freiheiten eben „vorübergehend“ kassieren, um sie zu gegebener Zeit, wenn die Feinde besiegt sind, wieder zurückzugeben.

Es stellte sich dann meist heraus, dass die „Feinde“ niemals richtig besiegt waren, trotz aller Anstrengungen, weshalb die Wiedereinsetzung von Freiheit und Bürgerrechten leider ausfallen musste – was den neuen Machthabern schrecklich leidtat, wie sie in einer Rede nach der anderen versicherten.

Hauptsache, ein Feind ist zur Hand

Der nächste Feind nach Corona, zu dessen Bekämpfung man den Bürgern bedauerlicherweise die Freiheiten abknöpfen muss, ist ja schon ausgemacht: der Klimawandel. Fast wäre es gelungen, Corona zu einer Folge des Klimawandels umzudichten. Ist schiefgelaufen, da sich die Laborthese nicht hinreichend dämonisieren ließ. Das macht aber nichts, der Kurs steht trotzdem.

Und im Hause von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) schmiedet man schon eifrig Pläne, wie die Herrschenden das Volk mithilfe des Klimafeindes auf Linie zwingen könnte. Im Entwurf des Ministeriums für die Welt des Jahres 2030 werden mehrere „Szenarien“ durchgespielt, eines davon nennt sich das „Bonus-System“.

Danach soll die Regierung den Bürgern Punkte für erwünschtes Verhalten verleihen, etwa für die Pflege von Alten oder wie sie sich im Verkehr aufführen. Oder eben dafür, wie „klimaneutral“ sie leben. Auch das Engagement in „zivilgesellschaftlichen oder politischen Organisationen“ soll belohnt werden, wobei das alles natürlich irgendwie überwacht werden müsste. Sonst wäre es ja ungerecht.

Neben der sozialen Anerkennung soll es für viele schöne Punkte auch handfeste Vorteile geben, beispielsweise eine verkürzte Wartezeit auf begehrte Studienplätze.

In Rotchina wird das System bereits erfolgreich praktiziert und macht das Riesereich zur bestüberwachten Diktatur der Menschheitsgeschichte. Indes, auch älteren Lesern, die in der DDR ausgewachsen sind, dürfte die Sache nicht ganz neu vorkommen. Auch dort wurde „gesellschaftliches Engagement“ mitgerechnet bei der Vergabe beispielsweise von Studienplätzen.

Selbstverständlich reden wir ausschließlich von solchem „Engagement“, welches die Mächtigen auch gerne sehen. Wer sich in sei-

Auch Putschisten zertrampeln die Freiheit nur, um die Freiheit vor deren Feinden zu schützen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de